400

auswärts
3 DM

INTERIM

2,50 DM

Wochentliches Berlin-Info

Nr. 400

5. Dezember 1996



Guten Tag, liebe GenossInnen!

Wenn ihr dieses Heft aufschlagt, werden euch hoffentlich einige ungewohnte Seiten auffallen. Wir wollten unsere Kritik an der Zeitung praktisch werden lassen und bekamen nun diese Woche Gelegenheit dazu. Wie euch sicher schon aufgefallen ist, wird nicht jede Ausgabe immer von denselben Menschen wie die vorherige gemacht. So ist Lob & Kritik an den MacherInnen der letzten Ausgabe, weil sie z.B.so eine tolle Schwerpunktnummer gemacht oder fast alle aktuellen Texte auf diese Woche verschoben haben, an diese („betr. Nr. 399") zu richten.

Gelangweilt von den sich ewig wiederholenden Parolen in Flugblättern und Demoaufrufen sind wir auf der Suche nach neuen Formen der Informationsvermittlung. Wozu werden in dieser Zeitung die Einheitsfloskeln an den Schluß jedes Aufrufs gesetzt und muß denn jedes Mal alles von Grund auf neu erklärt werden?

Volxsport fördert die Bewegung, aber nicht jede Erklärung wird durch viel Rauch inhaltlich wertvoller. Deshalb haben wir uns vor allem darin versucht, dies alles in kurze Meldungen zu fassen. Dazu ein Wochenüberblick, was so von „unserer" Seite (die Definition des „wir" in der letzten Ausgabe auf Seite 31 fanden wir nahezu genial) lief und der Versuch, zumindest für Berlin einen Überblick über die „offiziellen" Ereignisse zu geben - siehe Seite 4 und 5. Danach folgen weitere drei Seiten mit Kurzmeldungen aus Berlin, der gesamten BRD und dem nicht angeschlossenen Österreich. Wir hoffen, ihr seid uns nicht allzu böse, daß ausgerechnet **e u e r** supergeniales Flugi auf eine Meldung reduziert wurde.

Liebend gerne hätten wir im selben Stil noch zwei weitere Seiten zu internationalen Meldungen, doch damit hätten wir uns völlig übernommen und auch inhaltlich ist dies viel schwerer. Der FernfahrerInnenstreik in Frankreich (Rente mit 55!), die Demonstrationen in Belgrad (gegen die Annullierung der Kommunalwahlen) und in Zagreb (gegen die Schließung des einzigen regierungskritischen Radios), die Kämpfe in Zaire, etc. wären schon Themen für uns gewesen zu denen wir gerne Texte erhalten hätten. War niemand in den letzten Monaten in Belgrad und kann mal eine Seite aufschreiben, wie er/sie die Situation erlebte? Hat niemand unserer LeserInnen nicht mal für zwei Stunden eine der LKW-Blockaden in Frankreich besucht? Kennt sich niemand mit der aktuellen Situation in Zaire aus und kann dazu was erklären?

Weiter geht's mit dem von uns „Debatten, Diskussionen und Dokumentationen" genannten zweiten Teil der Zeitung. Nach einer Seite zur aktuellen Entwicklung bei Mumia Abu-Jamal folgt die Vorstellung einer Anti-SIEMENS-Kampagne, die sich zum 150jährigen Firmenjubiläum am 14.2.97 mit einer Großdemo in Berlin zuspitzen soll.

Matthes - einer der Abgetauchten im Radikal-Verfahren - ist wieder da. Dazu vier Seiten mit seiner Presseerklärung und einer Erklärung von Werner aus Berlin.

Schon länger haben wir auf Berichte und Auswertungen der Antifademo in Wurzen vom 16. November gewartet. Jetzt gibt es dazu einen Artikel, den wir aus der Leipziger KlaroFix geklaut haben. Er wurde schon unmittelbar danach geschrieben, als den AutorInnen der Drucktermin im Nacken saß. Dazu gibt es zwei Versuche der Auswertung, zuerst von der Antifaschistischen Aktion Berlin, die die Organisierung hochhält. Und anschließend „Ein Erfolg auf allen Ebenen?" von dem veranstaltenden Bündnis gegen Rechts mit viel Lob und kritischen Fragen.

Pc - political correctness - dagegen will zwar niemand verstoßen, doch wenn wir so bezeichnet werden, erfüllt es uns auch mit Unbehagen, da diesem Begriff den Beigeschmack von engstirnigem, humorlosen Dogmatismus anhängt. Welche Rolle dieser Begriff beim Zurückdrängen feministischer und fortschrittlicher Positionen auch im Hinblick auf die Linke spielt analysiert ein Text von Karsta Frank.

Ein Interview aus der taz mit dem Vorsitzenden der Berliner Ärztekammer, Ellis Huber, haben wir ins Heft genommen, weil wir es ein gutes Beispiel finden, wie zu einem uns alle betreffenden Thema wie Gesundheit die ganze Spardebatte vom Tisch gewischt werden kann und der Blick auf notwendige und utopische gesellschaftliche Veränderungen gelenkt wird. Auch wenn wir lange nicht mit allem inhaltlich einverstanden sind, an manchen Stellen auch schon die Fallen ahnen, wie seine Vorstellungen in einen ganz neuen kapitalistischen Zyklus integriert

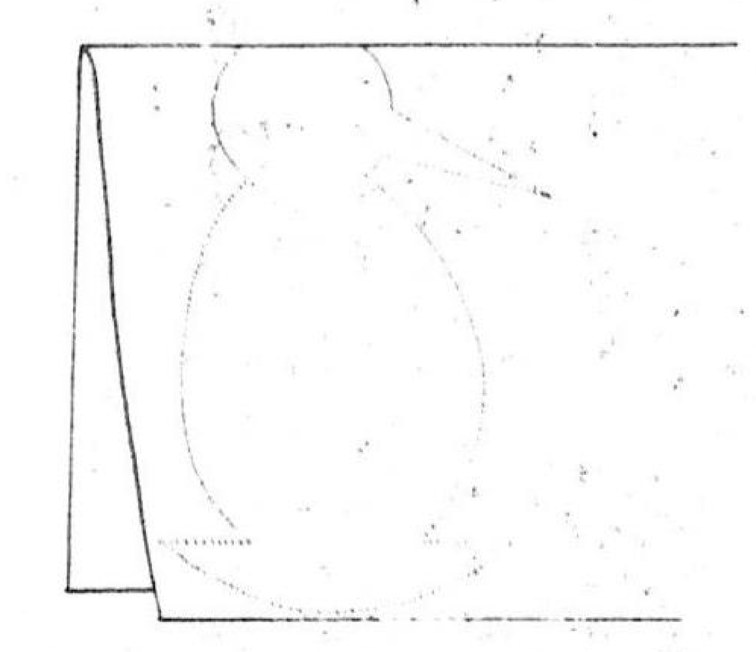
- 1 DIN-A 4-Bogen weißes Tonpapier
- 1 DIN-A 4-Bogen schwarzes Tonpapier
- Bleistift
- Pauspapier
- Schere
- Pritt Bastelkleber
- schwarzer Filzstift

Schaukelpinguin

So ein kleiner Schaukelpinguin ist eine nette Tisch- oder Zimmerdekoration. Fällt vielleicht ein Geburtstag oder sonst eine Feier in diese Jahreszeit, läßt er sich als originelles Tischkärtchen verwenden.

1. Wir nehmen unser weißes Tonpapier und falten es auf die Hälfte, also auf DIN-A 5-Format, zusammen.

Wir pausen die Umrisse des Rückenteil-Pinguins von dieser Seite auf das weiße Tonpapier (Abpausen von Vorlagen siehe Seite 14). Dabei ist darauf zu achten, daß die flache Stelle am Kopf des Pinguins, wie auf der Zeichnung zu sehen ist, genau auf der Faltkante des Tonpapiers liegt.

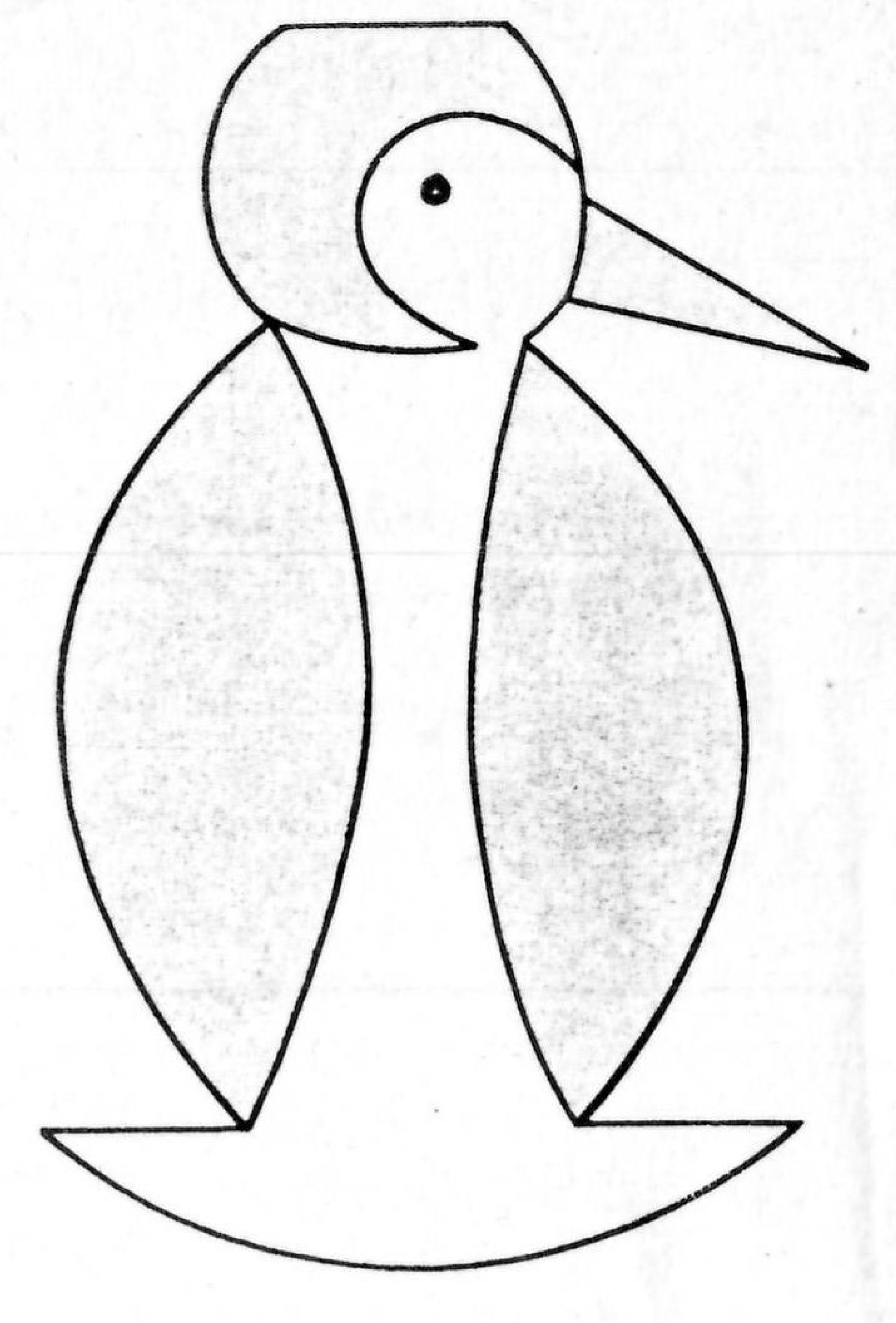


3. Wir schneiden den Pinguin aus. Dabei müssen wir darauf achten, daß wir die Faltkante am Kopf nicht auseinanderschneiden, denn an dieser Stelle werden Vorder- und Rückenteil des Schaukelpinguins zusammengehalten.

4. Die grau gezeichneten Teile vom Vorderteil des Pinguins pausen wir auf schwarzes Tonpapier und schneiden sie aus. Wir kleben sie auf die eine Seite unseres Vogels. Wo die einzelnen Teile hingehören, sehen wir auf der Vorlage.

5. Jetzt pausen wir die grau gezeichneten Teile vom Rückenteil des Pinguins auf schwarzes Tonpapier, schneiden sie aus und kleben sie, wie auf der Vorlage zu sehen, auf.

6. Zuletzt werden die Augen mit schwarzem Filzstift aufgemalt, fertig! Wenn wir unseren Pinguin nun etwas auffalten, aufstellen und sachte anstoßen, kann er losschaukeln.



werden können, finden wir die Schärfe des Blicks und die Weite seines Denkens bemerkenswert.

Danach dokumentieren wir noch zwei Seiten Debatte mit Kritik und Selbstkritik zu Gorleben, Castortransporten und Aktionen dagegen. Nach neuesten Pressemeldungen ist der nächste Transport nun im März '97 geplant.

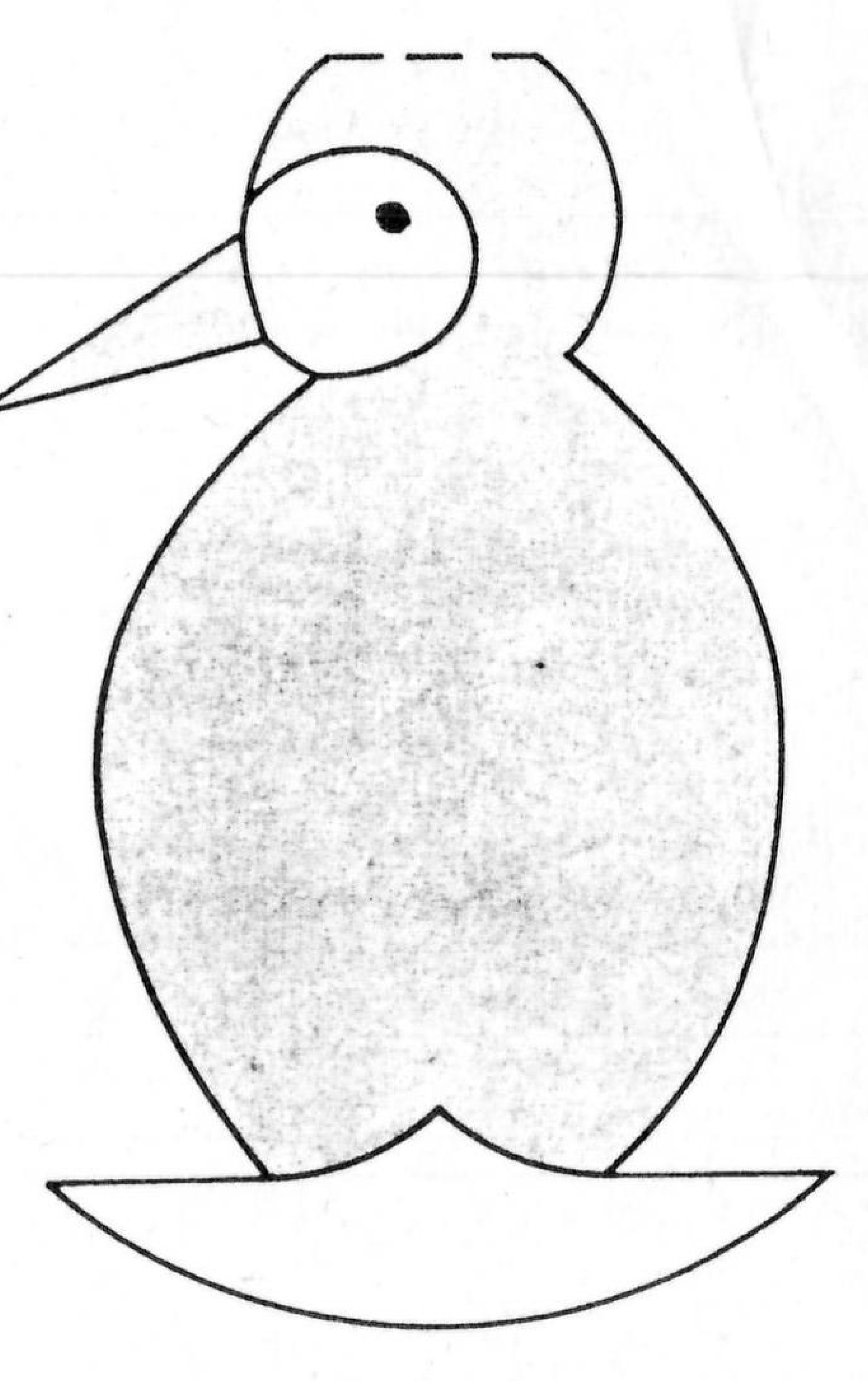
„Das Beste zum Schluß" - auf jeden Fall bedeutet die Plazierung im Heft keine Hierarchisierung nach Qualität. Nun, zu sehr wollen wir den Beitrag zu unserer Zeitungsdiskussion und Umfrage (einer Teilauflage liegt der Fragebogen diese Woche noch einmal bei) nicht loben, aber es freut uns ungemein, wenn sich Menschen so viele Gedanken über uns machen.

In den letzten Wochen ist mit den Antworten reichlich Dank eingetroffen, für den wir wiederum uns bedanken wollen. Menschen aus vielerlei Ländern haben sich in ebensovielen Sprachen Mühe gegeben, um ihre Ideen und Kritiken an der Zeitung auf den Fragebogen zu bringen. Viele vermissen Kunst und Kultur. Wir auch. Wann gibt es eine Film- oder Theaterkritik, eine Buchrezension und Konzert- oder Plattentips? Was vermißt ihr? Fühlt euch zur weiteren massenhaften Beantwortung von Fragebögen angeregt.

Gerne hätten wir unseren Reißwolf angeworfen, um das Papier von P. zu vernichten, leider fanden wir es aber nicht in der Post.

Vorderteil

Wir denken, daß die Interim nicht der geeignete Ort zur Veröffentlichung für Bastelanleitungen ist. In den letzten Jahren gab es lebhafte Diskussionen und Erfahrungen zu diesem Thema, die auch an uns nicht ohne Ergebnisse vorübergegangen sind. Deshalb haben wir, liebes „Kommando N.i.k.o.t.i.n.", eure Seite unserem Aktenvernichter übergeben.



Rückenteil

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen.

PS.: Auch wenn wir Streiks natürlich grundsätzlich prima finden, geht es wirklich nicht an, daß ausgerechnet bei Niederegger gestreikt wird. Denn ohne frisches Marzipan ist die Produktion dieser Zeitung nicht mehr lange gesichert. Die Vorräte gehen zur Neige.

Inhalt:

Diese Woche Berlin	4
Nachrichten	6
Mumia	9
Siemens	10
radikal	12
Wurzen	16
Pc-Diskurs	19
PGP	24
Ellis Huber	25
Gorleben	27
Zeitungskritik	29
Kleinanzeigen	31

Ordner:

Social Beat Festival Münster
Presseerklärung Bullen und Busse, Wurzen
Harmlose Anmache und komplexe Fettnäpfchen
Textsammlung Viva Zapata
Antisemitismusdiskussion Nürnberg
Prozeßerklärung Wolfsburg wegen Hetendorf
Cyber-Tribe und Werbung
Prozeß Rosa-Luxemburg Demo (sorry for being late)
BP-Frauentext Kinderhandel
KfsV: Kriegsflüchtlinge und Abschiebung
Brief von Andreas Böhm
Autonomes Zentrum Aachen und Staatsschutz
Zeugenvorladungen Steinmetz
Angebliche Festnahme G. Kanze
Zeppelinstr. 123, Potsdam
Castorgegnerprozeß von Daniel, Göttingen
Prozeß wegen Aktionen gegen Bikker
Stoppt Sozialabbau, Volxsport Hessen
Volxsport Autonomes Morgengrauen
Brief an Vorbereitungsgruppe Wurzen
Prozeßentwicklung Mumia

Verschoben wurde ein Text zu Mexiko und „Die Glücklichen"

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Diese Woche in Berlin

Sonnabend
Antifademo anläßlich des vierten Jahrestags der Ermordung Silvio Meiers. Die Mörder laufen längst wieder frei herum. 1500 Menschen ziehen durch Friedrichshain. 19 DemonstrantInnen werden leider schon bei Vorkontrollen und bei der Demo festgenommen. Unruhige Stimmung, da unklare Informationen über eine gleichzeitig stattfindende Nazi-Demo ankommen. Nichthinfahren oder doch, die Aufrufe aus dem Lautsprecherwagen wechseln.

Die Nazis marschieren in Köpenick, legal und angemeldet als Gegendemo zur Antifa, von den Bullen bis kurz vor Beginn verheimlicht. Sie sind lediglich 50 Personen, die anwesenden AntifaschistInnen werden von Bullen weggeknüppelt und 3 Leute festgenommen.

Sonntag
Demo verboten. Die geplante Spassparade aus den besetzten Häusern und Plätzen wird für Totensonntag verboten, da die Totenruhe heute gestört werden könnte. Demoplakate müssen geändert werden, weil Ruhe im Land herrschen soll. Bitte keine Musik und Tanz.

Montag
3 Uhr morgens. "... wer zuletzt lacht, Autonome Gruppen", sagt die Parole an der Wand der Sanitärfirma Hellmich in Hellersdorf, Wilhelmsmühlenweg. Daneben brennen 3 LKWs und ein PKW von dem Spekulanten, der im März die seit 6 Jahren besetzte Palisadenstr. 49 in Friedrichshain hat räumen lassen, nachdem er schon vor zwei Jahren mit einem schlagkräftigen Bauarbeitertrupp durch die Wand in das Haus eingebrochen war. Lagerleiter Gottfried H. rechnet mit einer halben Million Sachschaden. Die mit einem chemischen Zeitzünder versehenen Brandsätze gehen nach Angaben der AnwohnerInnen im Minutenabstand hoch, einer unter einem weiteren LKW zündet nicht.

Dienstag
Medienhetze. "Eine neue Qualität des Terrors. Die Autonomen von Friedrichshain - jetzt zünden sie auch Bomben." Schönbohm verkündet den Belagerungszustand für den Bezirk, während der Staatsschutz eine "Hotline" (Zitat) einrichtet, wo die neuesten Party-Termine durchgegeben werden können. Die ehemals besetzten Häuser kommen zu medialen Ehren.

Mittwoch
Der Thälmann-Propaganda-LO geht unter in der Musik der zahlreichen Paradewagen. Bis zu 2000 Paradierende holen die verbotene Demo von Sonntag nach. Dem schlechten Wetter wird getrotzt und gute Stimmung in kleinen Friedrichshainer Straßen verbreitet. Mit einer aufwendigen Organisationsleistung schaffen es die Bullen, sämtliche zentralen Seitenstraßen des Bezirkes mit Wannen von DemonstrantInnen rein zu halten. "Der General gibt nationalen Halt" sagt die Werbung für das überdimensionale Putzmittel.

Donnerstag
"Kleine Sünden bestraft der liebe Gott (sorry) sofort - für die großen brauchen selbst die Autonomen etwas länger". In dem wöchentlichen Berlin-Info "Interim" wird die Erklärung der Gruppe "Autonome Subunternehmer des Sicherheitsdienstes Solidaridad" (kurz: A.S.d.S.S.) dokumentiert, die Hellmichs Fuhrpark verschrottet hat.

Tausende Kreuzberger Kinder und Jugendliche streiken und demonstrieren. Dabei bewerfen sie alle anwesenden Autoritäten (Eltern und LehrerInnen) mit Schneebällen.

Freitag
Morgens, 6 Uhr. Autonome FrühaufsteherInnen (ja, die gibt es auch!) zerschlagen mit schwerem Werkzeug 46 Fensterscheiben und 5 Eingangstüren der Berliner Zentrale des Baukonzerns Hochtief und der daneben liegenden Dresdner-Bank-Filiale am Bayerischen Platz in Schöneberg. Durch den Lärm aus dem Schlaf geschreckte AnwohnerInnen holen die Bullen, die erheblichen Sachschaden konstatieren. Das "Autonome Morgengrauen" will mit dieser Aktion gegen die soziale Umstrukturierung der Berliner Innenstadt protestieren, schreiben sie in ihrer Erklärung.

Sonnabend
Demo zur Verteidigung selbstbestimmter Freiräume. Zu Beginn um 14 Uhr ein paar zarte Sonnenstrahlen nach einem Tag Schneefall und -matsch. Entspannte Stimmung unter 2500 schwarzen Kapuzen trotz mancher Festnahmen im Vorfeld. Einzelne ältere Menschen über 25, die sich solidarisch verhalten wollen, werden auch gesichtet, erkennbar an der bunten Bekleidung. Nach einer Stunde geht es endlich los. Vier Lautsprecherwagen und ein radical-rave-mobil bilden die jeweiligen Identifikationspunkte. Modisch mit leicht grünen Haaren ravt auch die junge welt mit. Leider einige Redebeiträge mit weinerlichen Sätzen wie, "wir wollten doch das Wasser bezahlen, aber sie haben uns keine Wasserrechnung geschickt" oder die immer selbe Litanei "zum Winter produzieren die Bullen wieder ein paar Obdachlose mehr" gemischt mit Verschwörungstheorien. Durch Mitte, an der immer noch leerstehenden geräumten Linienstr. 158/159 vorbei geht es in die Dunkelheit und zum Rathaus. Im aufkommenden Regen und Schnee gibt es dort noch ein richtiges Konzert auf einer großen Bühne.

Diese Woche in Berlin

Kinderspiele

Wie baue ich eine Stadt?

Am Mittwoch wurde der Masterplan für die Umgestaltung der westlichen und östlichen Stadtmitte vorgestellt. Die Ankündigung führte zu vielfältigem Widerstand aus allen möglichen Ecken, da die Hauptstadtplaner von oben herab und undemokratisch über die Stadt ein neues Muster legen wollen. Die Autonome Szene hat sich dort allerdings noch nicht eingemischt. Wollen wir auch die Stadt verändern und lebenswert machen (für den bürgerlichen Mittelstand) oder alles blockieren und stören?

Schönbohm gegen Kreuzberg

Gebietsreform

Der Berliner Innensenator will den Bezirk Kreuzberg abschaffen, um ihn Mitte und Tiergarten anzugliedern. Mit dieser Gebietsreform will er viele Millionen einsparen, indem massenweise öffentliche Bedienstete entlassen werden. Das Rathaus Kreuzberg wird zu einem Bürgerbüro umgewandelt.

2 Milliarden futsch

Auf dem Messegelände versickert

Die Vorstände der westdeutschen Autohersteller haben beschlossen, die weltweit größte Autoschau (IAA) weiterhin in Frankfurt zu veranstalten. Damit entfällt für den 2 Milliarden DM teuren Ausbau des Messegeländes die vom Senat herbeigeredete Legitimation. Wird der Bau nun eingestellt und die halbfertigen Ruinen begrünt?

BVG-Preiserhöhung

Jetzt dreimal im Jahr

Zum ersten Januar 97 steigen die BVG-Tarife mal wieder um 20 bis 30 Prozent, bis gar niemand mehr U-Bahn fährt. Die letzte Preiserhöhung liegt schon drei Monate zurück, und es gibt immer noch Fahrgäste. Der Grund für die schnelle Abfolge liegt im Abbau des Senatszuschusses für den Betrieb. Die CDU rechnet damit damit, daß sich im Jahr 2000 die BVG selbst trägt bei entsprechend höheren Preisen. Die ermäßigte Monatskarte gibt es dann schon für 140 DM, die Umweltkarte für 260 und den Einzelfahrschein für 8 DM.

Neue Koalitionsregierung in Berlin?

CDU kann abgewählt werden

Die Berliner Grünen stellen überraschenderweise fest, daß sie im Abgeordnetenhaus häufig zusammen mit der PDS abstimmen. Ihnen stellt sich nun die Frage, ob die beiden Parteien denn nicht zusammen mit der SPD gleich die Regierung übernehmen sollen, da die drei zusammen sowieso schon die große Mehrheit in Berlin haben. Die Grünen haben erfahrene MinisterInnen, die PDS will Regierungsfähigkeit beweisen und die SPD möchte lieber Senior- als Juniorpartner in einer Regierung sein. Also, wann wird Petra Pau Bürgermeisterin, Wolfgang Wieland Innensenator und Ingrid Stahmer die graue Eminenz im Hintergrund?

Rekrutengelöbnis in der Festung

Bundeswehr muß hinter dicke Mauern

Im Rahmen der 800-Jahr Feier Spandaus 1997 soll ein öffentliches Rekrutengelöbnis in der Zitadelle stattfinden, nachdem dieses Jahr das Gelöbnis vor dem Schloß Charlottenburg so ein internationaler Reinfall war. Spandau sei aus guter Tradition ans Militär gewöhnt, sagte der CDU-Bürgermeister, während selbst die SPD feststellen mußte, daß es im Bezirk keine Militäreinrichtungen gebe, die nicht nationalsozialistisch geprägt seien. Die Zitadelle war Standort der SS und des Heeresgasschutzlaboratoriums und wurde deshalb seit dem Krieg bewußt zu einem kulturellen Zentrum unter Ausschluß aller militärischen Zusammenhänge ausgebaut, was allerdings schon von der letzten SPD-Regierung durchbrochen wurde.

Autonome Maulwürfe

Bonner Villenbesitzer im Ältestenrat

Der Ältestenrat des Bundestages hat beschlossen, in der neuen Hauptstadt Berlin nach dem Umzug keineswegs in Provisorien arbeiten zu wollen. Erst mit der Fertigstellung der Alsen- und Dorotheenblöcke wollen sie in die Stadt umziehen. Das verzögert den Umzug mal wieder um zwei Jahre. CDU-Macker Landowsky beschuldigte den Ältestenrat fehlender patriotischer Gesinnung. Er werde deshalb selbst in einem internationalen Nachtarbeitseinsatz gemeinsam mit portugiesischen Subunternehmern und litauischen Schwarzarbeitern den Bau der Abgeordnetenbüros vorantreiben.

Zu teuer

Gefälschte Briefmarken an Bullen verkauft

Ein Pankower Geschäftsmann wollte Briefmarken im Wert von 300.000 DM verkaufen und gelangte dabei dummerweise an einen Scheinkäufer von den Bullen. Bei der Durchsuchung seiner Wirtschaftsberatungsgesellschaft wurden auf seiner frankierten Geschäftspost weitere Fälschungen entdeckt. Seine Geldgier wurde ihm zum Verhängnis. 140.000 DM für die Briefmarken war für Otto Normalverbraucher einfach zu teuer. Es waren gut gemachte Fälschungen, die die postinternen Kontrollen problemlos überwanden. Sie waren mit der richtigen fluoreszierenden Farbe bedruckt und nur von Fachleuten unter Zuhilfenahme modernster technischer Geräte zu erkennen.

Nawrocki immer noch nicht im Knast

Mißbilligung gegen Senat

Der Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses hat wegen des zweifelhaften Finanzgebahrens der Olympia GmbH unter Axel Nawrocki und dem kontrollierenden Senat seine Mißbilligung ausgesprochen. Viele Millionen sind unter aktiver Duldung des Senats in überhöhte Personalkosten und dubiose Beraterverträge geflossen, deren Ergebnisse nicht nachzuvollziehen sind.

Die Grünen sprachen von tiefen Einblicken in die unappetitliche Welt der internationalen Leistungssportindustrie, die der Ausschuß nun hatte. Nawrocki muß keine Regreßforderungen fürchten, da die Regierungsfraktionen das Prozeßrisiko scheuen. Er darf nun als Chef die Berliner S-Bahn finanziell zugrunde richten. Wir hätten dazu ein paar Vorschläge, aber nur gegen Beratervertrag ...

DIE WELT AM DONNERSTAG

Aufgetaucht

Im radikal-Verfahren Gesuchter wieder da

Matthes aus Bremen ist am Montag, den 25. November wieder ans Tageslicht gekommen. Nach einem Infomorgen zum Kennenlernen für die Solibewegung, auf der ausführlich mit ihm über seine Gründe des Wiederauftauchens diskutiert wurde, zog eine kleine Demo von 150 Leuten mit ihm zur breit eingeladenen Pressekonferenz. Vor 30 Pressemenschen kamen eine Vertreterin der Solibewegung, ein Hauptbeschuldigter im radikal-Verfahren, Matthes und sein Anwalt zu Wort.

Am Dienstag fuhren die beiden letztgenannten zum Oberlandesgericht Düsseldorf, wo die Aussetzung seines Haftbefehls gegen eine Kaution von 20.000 DM und Meldeauflagen entschieden wurde.

Großdemo

1. Lesung des Berliner Haushalts 1997

Das Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung veranstaltet unter hoffentlich breiter Beteiligung am 12. Dezember eine Großdemonstration zum Berliner Abgeordnetenhaus. Treffpunkt ist 17 Uhr am Mehringplatz/Hallesches Tor. Aus den guten Erfahrungen z. B. bei den Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall folgern sie, daß Widerstand möglich ist und erfolgreich sein kann. Sie fordern: Schluß mit dem Sozialabbau, soziale Grundsicherung für alle (1500 plus Miete), keine Diskriminierung von Behinderten, Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr, bezahlbarer Wohnraum für alle, keine Räumung von besetzten Häusern.

die guten

Dieser Terror kann euch alle treffen

Eine Stinkaktion fand am Freitag, den 29. November, im Berliner KadeWe und im Europacenter statt. Verantwortlich dafür erklärt sich die Gruppe "d.i.e. g.u.t.e.n. (dies ist eine gruppe unabhängiger terroristischer emanzipations neurotikerinnen)", die pünktlich zum Weihnachtsgeschäft den Palästen den Krieg erklärt.

BEKENNERINNENSCHREIBEN ZUR STINKAKT
IM KDW + EUROPACENTER AM 29.11.9[illegible]
pünktlich zum weihnac[illegible] geschäft

KRIEG DEN PALÄSTEN !!!

WAHREND UND DAMIT IN DEN KONSUMTEM DER STADT DAS FEST DES LIEBEN GELDES BEGANGEN WIRD/ WERDEN KANN, WIRD EIN KR[illegible] GEGEN JEGLICHE FORM ALTERNATIVEN LEBENS GEFÜHRT.

WIR VERWEIGERN UNS DIESEM KONSUMTERROR !!!

eigentum ist mord

WIR WOLL'N NICHT EURE WELT,
WIR WOLL'N NICHT EURE MACHT UND AUCH NICHT EUER GELD !

WIR WOLLEN NICHTS VON EUREM SCHWI[illegible]DEL HÖR[illegible]
WIR WOLLEN EUERN SCHWINDEL ZERSTÖRE[illegible]

dieser terror kann euch alle treffen !!!

d.i.e. g.u.t.e.n.

DIES IST EINE GRUPPE UNABHANGIGER TERRORISTISC[illegible] EMANZIPATIONS NEUROTIKERINNEN

Beschwerde

Lebensfreude?

Der revolutionäre Funke beschwert sich, daß ihre Veranstaltungen nicht abgedruckt werden, und vermutet, den Grund dafür im Vorwort der Nr. 399 erkannt zu haben. Deshalb halten sie es für nötig zu erklären, daß der rev. Funke nicht am Aufbau einer bolschewistischen Partei interessiert ist.

Schon wieder

Naziband in Berlin

Zum wiederholten Male kommt die widerliche Band type-o-negative nach Berlin, diesmal am 5. Dezember in die Arena. Informationen über sie findet ihr in der Interim Nr. 172 und der radikal Nr. 145, als damals das Konzert hier verhindert wurde.

Autonomes Morgengrauen

Wie sie Hochtiefs Scheiben kaputt machten

Um dem im vollen Gange befindlichen sozialen Umstrukturierungsprozeß punktuell Widerstand entgegenzu setzen, haben sie einige gute Ratschläge eines Genossen aufgegriffen und zitiert: "Die Eigenschaften deR StadtguerillerA sind Initiative, Einfallsreichtum, Flexibilität, Vielseitigkeit und Geistesgegenwart. Die ursprünglichen Vorteile deR StadtguerillerA sind: 1. Die Überraschung des Feindes. 2. Die bessere Kenntnis des Gebietes, in dem die Aktion durchgeführt wird. 3. Eine größere Beweglichkeit und Schnelligkeit als die Polizei und die übrigen Kräfte der Repression. Die Sabotage hat einen zerstörenden Charakter und kann von wenigen Personen durchgeführt werden. Leichte Sabotageobjekte sind öffentliche Bürso, Dienstleistungsbetriebe." Carlos Marighela, Das Handbuch des Stadtguerillero

Spendenkampagne

Die Autonomen Wuppertals brauchen einen Hubschrauber

Sie wünschen sich schon lange für ihre vielfältigen politischen Aktivitäten einen kleinen ferngesteuerten Hubschrauber. Wer wollte denn nicht schon mal mit einem kleinen Transparent am Bullenpräsidium vorbeifliegen oder beim nächsten Kohl-Besuch rote Socken oder schlimmeres über dem Kanzler abwerfen. Der Phantasie sind eben keine Grenzen gesetzt, und auch sonst ist ein ferngesteuerter Hubschrauber für das nächste radikale Jahrtausend unverzichtbar. Also spendet reichlich!! Bis Weihnachten wollen sie das Geld zusammen haben. Konto Freie Medien, Postbank Essen, Kontonr. 470834-437, BLZ 360 100 43, Stichwort: Kein Jahr mehr ohne Hubschrauber.

Staatsschutzorgane aktiv

Aachen

Am Montag und Dienstag letzter Woche versuchten BKAler drei Leute aus der Stadt überraschend zu verhören. Sie paßten sie auf ihrer Arbeitsstelle oder der Straße ab, um sie zu überrumpeln und rhetorisch geschickt durch Unklarheiten unter Druck zu setzen. Ein Mann wurde dabei 6 Stunden lang im Bullenpräsidium über die politische Szene Aachens verhört, um allgemein und möglichst umfassend Informationen zu bekom-

men. Rückfragen über Ermittlungsausschuß, Autonomes Zentrum Aachen, Vereinsstr. 25, 52064 Aachen, Tel.: 0241/38468.

Alle Räder stehen still

Dezentrales Bahn-Aktions-Konzept

Die freie Republik Wendland will ihre Widerstandskraft zum Ausdruck bringen und plant deshalb, am 6. Dezember um 16 Uhr alle Räder der Bahn für symbolische 5 - 10 Minuten stillzulegen. Aktionsmöglichkeiten sind die Sprengung der Bahnhöfe (mit Gießkannen), das Festbinden der Züge, das Bemalen und vieles mehr. Dokumentation siehe hinten im Dokumententeil.

Beugehaft

5 Monate für Ursel aus Saarbrücken

Bei einem Verhör durch den Bundesgerichtshof in Karlsruhe am Donnerstag, den 28. November, verweigerte Ursel Quack die Aussage und wurde umgehend zu 5 Monaten Beugehaft und 800 DM Geldstrafe verdonnert. Sie befindet sich zur Zeit in der JVA Bühl, ihre Verlegung ins Saarland wurde schon beantragt. Ursel wurde erst im Juni wegen Unterstützung der RAF zu 120 Tagessätzen verurteilt, weil bei Birgit Hogefeld ein Brief von ihr gefunden wurde, nachdem sie schon vorher deshalb in U-Haft gesessen hatte. Sie sollte vor dem BGH gegen Klaus Steinmetz aussagen. Was sie dazu gegenüber der Linken zu sagen hatte, zu ihrem fast vierjährigen Kontakt und zu ihrer politischen Verantwortung darin, wurde schon im August 94 in der Aufarbeitung zur Krise der rev. Linken "Like a rolling stone ..." veröffentlicht. Ihre Adresse: JVA Bühl, Hauptstr. 94, 77815 Bühl.

Angebliche Festnahme

Deutsche Frau zusammen mit ETA-Verdächtigem festgenommen

Anfang der Woche wurde Juan Lete zusammen mit einer deutschen Frau auf der Autobahn Bayonne - Pau (Frankreich) verhaftet. Das spanische Innenministerium verbreitete die Nachricht, daß es sich bei der Frau um Gabriele K. handeln soll, die Ehefrau Benjamin Ramos Vegas, die mit gefälschtem Ausweis unterwegs gewesen sei. Sie lebt legal in Berlin und tut dies immer noch, wird allerdings von den spanischen Behörden mit internationalem Haftbefehl gesucht. Deutsche können allerdings von der BRD nicht ins Ausland ausgeliefert werden. Die Festgenommene ist eine Deutsche aus Frankfurt, die jetzt in Paris im Knast sitzt. Sie hatte ihr Kind dabei und hat sich auch nicht mit einem falschen Personalausweis ausgewiesen.

Zu verkaufen

Potsdam will besetzte Häuser loswerden

Am 18. Oktober erschienen im Amtsblatt für die Stadt Ausschreibungen für den Verkauf zweier besetzter Häuser. Die Zeppelinstr. 123 ist seit ca. einem halben Jahr besetzt, am 14. November fand eine Verhandlung am Amtsgericht statt. Dort wurde beschlossen, daß die BewohnerInnen bis zum 5. Dezember das Haus "freiwillig" verlassen, ansonsten wird geräumt.
Die Leipziger Str. 60 ("Archiv") ist seit zweieinhalb Jahren besetzt. Es existieren hier inzwischen eine Kneipe, ein Café, eine Disco (oder "Gewölbe"), ein House-base-Keller, Atelier, Antifa-Archiv, diverse Bandproberäume und anderes mehr. Außerdem gibt es einen Wohnbereich, der von vielen Menschen bewohnt wird. Alle Räumlichkeiten werden genutzt, das Archiv ist die letzten Jahre zum größten unkommerziellen Kulturschauplatz in Potsdam geworden.
Dieses Objekt soll nun offenbar inclusive Besetzer verscheuert werden, die Stadt Potsdam hat in keinster Weise zu ihnen Kontakt aufgenommen, was auch so interpretiert werden könnte, als ob die Stadt den missliebigen schwarzen Peter BesetzerInnen loswerden möchte. Ein zukünftiger Privatbesitzer kann sich ja den Streß reinziehen, die BesetzerInnen loszuwerden, ohne ihnen gleichzeitig Alternativen anzubieten, wie es die Stadt tun müßte.
Antifa-Archiv Öffnungszeiten: Di. 17.30 - 19 Uhr, Do. 19 - 20 Uhr

Frischluft im Sozialamt

Gegen den Sozialabbau in Hessen

In der Nacht zum 28. November besuchte eine namenlose Gruppe die Sozialämter in Goldstein und Bergen-Enkheim, um die Türschlösser zu verkleben, Fenster- und Türscheiben einzuwerfen und die Fassade mit Farbe und Parolen zu verschönern. In diesen beiden Sozialämtern werden unterschiedliche Modelle getestet, um vermeintlichen Mißbrauch nachzuweisen. In Gruppengesprächen müssen die AntragstellerInnen ihre Situation darstellen und ihre Hilfsbedürftigkeit erklären. Ziel ist es, Widersprüche in der Darstellung zu erzeugen, um Ansatzpunkte für Überprüfungen zu finden. Der Konkurrenzdruck wird verschärft, um gute Berechtigte von bösen Mißbrauchern zu trennen. Nach Abschluß dieses Pilotprojektes soll das erfolgreichere Modell in allen Sozialämtern Einzug halten.

Kriegsverbrecher immer noch frei

Prozeß gegen Antifas

Am 4. November 1995 fand in Hagen eine antifaschistische Kundgebung vor dem Haus des "Henkers von Ommen", Hubertus Bikker statt. Die Interim berichtete. Am 4. Dezember findet nun ein Prozeß gegen zwei TeilnehmerInnen der Kundgebung wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz statt. Auf einer Veranstaltung dazu werden Menschen aus dem Auschwitz-Komi-tee, der VVN-BdA und der Geschichts-werkstatt über die Verschleierungstaktik der deutschen Justiz gegenüber Kriegsverbrechern berichten und eine Wiederaufnahme des Falles betreiben.

Autonomes Zentrum

Lederfabrik in Mülheim/Ruhr

Am 23. März 96 wurde eine leerstehende Lederfabrik von 180 Menschen besetzt, um es in ein autonomes Zentrum umzuwandeln. Es fanden Veranstaltungen statt, nervige Verhandlungen mit der Stadt, Angriffe von Nazis, Streß mit blöden Punks. Am 25. Juli war das vorbei, weil die Bauaufsicht das Gebäude sperrte. Zur Zeit gibt es Verhandlungen um ein neues Gebäude, was im Rahmen der inter-

nationalen Bauausstellung umgebaut werden soll und dann allerdings erst in zwei bis drei Jahren als AJZ genutzt werden kann. Mehr Informationen im Internet: HTTP://Members.col.com/AjzMH/ajz.htm. e-mail: AJZMH a col.com

Olympia 2008 verhindern

Diesmal Rhein und Ruhr

Das Ruhrgebiet und Düsseldorf wollen sich für die Ausrichtung der Olympiade 2008 bewerben. 1990 hatte die Region nicht ganz freiwillig auf die Bewerbung für Olympia 2000 zugunsten Berlins verzichtet, das später wegen der vielfältigen Aktionen der Olympia-GegnerInnen scheiterte.

Leuchtspurmunition

Weiter Prozesse gegen Castor-GegnerInnen

Am Montag, den 7. Januar 97, findet in Göttingen ein weiterer Prozeß gegen einen Teilnehmer der Castor-Demonstration vom 20. April 95 statt. Daniel wird beschuldigt, mit Leuchtspurkugeln auf Bullen geschossen zu haben, d. h. Landfriedensbruch und versuchte Körperverletzung.

Randale gegen Burschenschaftler

3000 Menschen in Wien

Bei der österreich-weiten Demo gegen den Festkommers der Burschenschaftler in der Wiener Hofburg kam es zu Auseinandersetzungen, bei den 5 Bullen und ein Demonstrant verletzt wurden. Schon im Vorfeld wurden auf antifaschistischen Druck hin den Veranstaltern des Festkommers zahlreiche Räume gekündigt und ihr Umzug radikal verkürzt. Die Freiheitlichen, eigentlich Veranstalter zusammen mit den deutschnationalen Burschenschaften und dem Ring volkstreuer Verbände, zogen Haider und andere Promis vorsichtshalber aus der Schußlinie und schoben Terminschwierigkeiten vor. Die Bullen versuchten auch bereits vorher, die von der Österreichischen HochschulerInnenschaft angemeldete Antifa-Demo zu behindern, Teile davon zu verbieten und zu bespitzeln. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz sprach der Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde davon, daß die Ordnungsmächte immer auf der rechten Seite sind.

Morgenrot

Neue antifaschistische Zeitung

In Wien erschien die erste Ausgabe der "Morgenrot", deren Inhalte die Diskussionen und Vorgänge innerhalb der Antifa 10 nach außen widerspiegeln sollen. Die ZeitungsmacherInnen erwarten Anregungen, Wünsche und Kritik bitte an folgende Adresse: Antifa 10, Stiftgasse 8, A - 1070 Wien. Abos sind erhältlich für 10,- ATS pro gewünschter Ausgabe.

AG Einstürzende Neubauten

bumm und klirr

In der Nacht vom 6. zum 7. November hat es in Göttingen und Hannover bei 4 Firmen und Verwaltungen Scherben, Farbe und Feuer gegeben. Alle sind am Neubau einer Bullenwache in Göttingen beteiligt, für die trotz Sparmaßnahmen offensichtlich genug Geld vorhanden ist. Die autonome Gruppe, ag "einstürzende Neubauten" erklärt, "heute war nicht alle Tage, wir kommen wieder, keine Frage."

Bahnkunden gefährdet

Gewerkschaft gegen Castor

Die Gewerkschaft der EisenbahnerInnen Deutschlands will noch diese Woche über einen Stopp der Atommülltransporte mit dem Bahnvorstand verhandeln, solange die Sicherheit der Kunden und des Personals nicht gewährleistet sei.

Wegen Lügeck

Guten Tag

Leider ist die Antwort der Lübeck-AG Berlin auf die Kritik in der Interim 398, S. 29 etwas zu länglich geraten. Deshalb hier nur der Verweis für die Schnitzeljagd nach der Bedeutung ... Der vollständige Text mit dem Titel "Harmlose Anmache und komplexe Fettnäpfchen" kann im Ordner nachgelesen werden oder unter http://www.berlinet.de/ari/kampagne/luebeck/harmlose.htm. In ihm wird ausführlich die Bezeichnung "Lügeck" begründet.

Herzlich willkommen

Nachbereitung zu Wurzen

Am Sonnabend, den 7. Dezember findet das Nachbereitungstreffen der Wurzener Antifademo in Leipzig statt. Folgende Punkte stehen auf der Tagesordnung: Mobilisierung, Demoablauf, Bullenverhalten, Vermittlung an die Bevölkerung, Pressearbeit, Bündnisarbeit, Perspektiven antifaschistischer Arbeit im Muldentalkreis, Presseauswertung. Ein Video mit allen Fernsehberichten zur Demo wird für 10 DM in Kürze erhältlich sein. Sonnabend, 7. 12., 14 Uhr im Werk II, Halle 5, Windscheidstr. (Nähe Connewitzer Kreuz)

Naziaufmarsch verhindern

Aschaffenburg

Am 22. Februar 97 findet in Aschaffenburg eine groß mobilisierte Antifademo statt, um den mittlerweile traditionellen Naziaufmarsch an diesem Tag in der Stadt zu verhindern. 1993 zog bei einem Angriff von 20 Nazis auf eine Gruppe von 5 albanischen Flüchtlingen ein schon schwer verletzter Albaner ein Messer und erstach einen Angreifer. Es gibt seither Aufmärsche mit jährlich wachsender Beteiligung für den toten Nazi, zuletzt 1996 mit 350 Teilnehmern.

Prozeß

wegen Mord an Antifaschistem

Im Februar 1996 wurde der Antifaschist Sven Reuther in Brandenburg/Havel ermordet. Der Täter konnte aufgrund von aufmerksamen NachbarInnen sofort festgenommen werden. Obwohl sie aussagten, die Tat hätte sie an eine Hinrichtung erinnert, wurde der Täter am nächsten Morgen wegen Verdachts auf Notwehr von den Bullen entlassen. Die am Wochenende darauf stattfindende Protestdemo von AntifaschistInnen in der Brandenburger Innenstadt wurde verboten und sämtliche ca. 100 TeilnehmerInnen festgenommen. Neben der jungen welt berichtete die Interim als einziges Presseorgan über die Tat und die folgenden Proteste.

Im November fand nun der Prozeß gegen den inzwischen wieder inhaftierten Täter unter breitem Medienecho statt. Wegen schweren Totschlags erhielt der Fascho siebeneinhalb Jahre Gefängnis.

„Für Mumia Abu-Jamal bedeutet finanzielle Unterstützung den Unterschied zwischen Leben und Tod“

Noch ist nicht absehbar, wann der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania über den Berufungsantrag entscheiden wird. Abu-Jamals Anwälte haben eine mündliche Anhörung beantragt, aber das Gericht kann auch nach Aktenlage entscheiden. Es wird angenommen, daß diese Entscheidung im Winter 1996/97 getroffen wird.

Abu-Jamals Anwälte sehen es als vordinglichste Aufgabe an, weitere AugenzeugInnen der Nacht vom 9.12.1981 zu finden. Denn Veronica Jones ist bei weitem nicht die einzige AugenzeugIn, die von der Polizei zu belastenden Aussagen gegen Abu-Jamal gezwungen wurde. Wie im Fall von Veronica Jones, die mehrfach ihren Namen und ihren Wohnort gewechselt hatte, gestaltet sich allerdings das Auffinden der anderen AugenzeugInnen sehr schwierig und kostspielig.

Laut einer Studie einer us-amerikanischen Juristen-organisation belaufen sich die Kosten zum Erreichen eines Wiederaufnahme-verfahrens für einen Todesstrafengefangenen auf eine bis drei Millionen US-Dollar. Je länger die Verurteilung zurückliegt - und bei Mumia Abu-Jamal sind es mittlerweile 14 Jahre -, desto teurer wird es, ZeugInnen zu finden, Gutachten zu bezahlen usw.. Viele Menschen in den USA und in anderen Ländern haben mittlerweile Geld für Mumia Abu-Jamals Wiederaufnahmeverfahren gespendet - und doch ist es nur ein Bruchteil dessen, was normalerweise veranschlagt würde. Obwohl Mumias Anwaltsteam, das aus vier AnwältInnen besteht, beispielsweise mehr als 50% der Arbeit pro bono macht. Mumia Abu-Jamal und seine Familie sind mittellos und daher vollkommen auf Spenden angewiesen. Bis jetzt haben die Spenden die Kosten der Verteidigung und Ermittlungen knapp gedeckt, denn "kurz vor dem Hinrichtungstermin haben viele Menschen gespendet," so Len Weinglass. "Aber seit der Aussetzung des Hinrichtungsbefehls sind die Spenden dramatisch zurückgegangen. Dabei benötigen wir gerade jetzt dringend Geld, um die Suche nach weiteren ZeugInnen fortsetzen zu können. Für Mumia Abu-Jamal bedeutet finanzielle Unterstützung den Unterschied zwischen Leben und Tod." (s. auch beiliegendes Interview aus der "jungen Welt").

Wir möchten Euch/Sie bitten, Mumia Abu-Jamals Kampf um ein Wieder-aufnahmeverfahren - um sein Leben und seine Freiheit - zu unterstützen. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten:

Petition:
An die US-Botschaft in Bonn:
Fax-Nr: 0228-333601
und an Gouvernor Thomas Ridge, Pennsylvania: Fax-Nr. 001-717-783-1396 o. 001-717-787-7859

Dear Mr. Ambassador,
Dear Governor Ridge,

today 15 years ago, the African American journalist and ex-Black Panther Mumia Abu-Jamal, was arrested and falsely charged with the killing of a police officer in Philadelphia. Mumia Abu-Jamal has been sentenced to death. Currently, Abu-Jamal's death warrant has been stayed and his defense team is appealing for a new trial. We support Mumia Abu-Jamal's demand for a new and impartial trial. We also demand, that Judge Albert F. Sabo be removed permanently from the case. We also demand that Attorney General Jant Reno starts an independent federal investigation of the human rights abuses that occurred in Abu-Jamal's case. We urge Pennsylvania's governor Thomas Ridge to refrain from signing a new execution warrant for Mr. Jamal and to stop executions in Pennsylvania.

Sincerely,

Spendenkonto: Sonderkonto Mumia Abu-Jamal, Archiv '92, Kto-Nr.: 1008738701, BLZ 290 101 11, BfG Bremen

Am **9. Dezember** diesen Jahres - dem 15. Jahrestag von Abu-Jamals Verhaftung - findet ein internationaler Aktionstag statt. Abu-Jamals UnterstützerInnengruppe "International Concerned Family and Friends" bittet darum, daß an diesem Tag durch Petitionen und Faxe an Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge mit der Forderung nach einem neuen Verfahren für Abu-Jamal und einer unabhängigen Untersuchung zu den Verletzungen von Abu-Jamals Bürgerrechten Nachdruck verliehen werden soll. In den USA wird es eine zentrale Aktion in New York geben - eine ganztägige Blockade des Börsenviertels an der Wall Street.

Darüber hinaus bitten wir Euch/Sie, für Mumia Abu-Jamals Prozeßkosten zu spenden. Die Spenden werden von dem zentralen Konto der bundesdeutschen Mumia Abu-Jamal Solidaritätsgruppen direkt an Rechtsanwalt Len Weinglass weitergeleitet.

Liebe Brüder, Schwestern, FreundInnen und UnterstützerInnen,
Ona Move !
Während wir die aktuelle Phase des Widerstandes beginnen, werde ich durch die Umstände gezwungen, Euch folgendes zu schreiben:
Unsere Bewegung ist gewachsen und wächst weiterhin - mal mehr und mal weniger schnell. Dadurch säen wir die Idee des Widerstands immer breiter. Darin drückt sich vor allem die harte und aufopfernde Arbeit von vielen guten Leuten aus, von denen viele gerade diesen Brief lesen werden. Ihr macht gute Arbeit ! Und ich möchte mich dafür bei Euch allen bedanken !

Es war und ist kein einfacher Kampf angesichts eines derart hinterlistigen Gegners: Viele Menschen von Vermont bis Minnesota, von Philly bis Frisco wurden von der Polizei geschlagen und verhaftet! Einige von uns haben hautnah erfahren, wie dieses "Gesetz" der Ungerechtigkeit funktioniert; der Angriff des Systems auf die sog. "freien" Menschen, auf die Menschen außerhalb der Knastmauern, die einfach nur wagten, die Wahrheit zu sagen. Die Schlußfolgerung daraus liegt auf der Hand: Wenn Du für Deine Rechte kämpfen mußt, dafür geschlagen wirst, man Dich anlügt und Dich juristisch auflaufen läßt, wenn Du auf diese Rechte bestehst, dann kann das alles hier nicht ganz so frei sein, oder ?
Aber war es das jemals ?

Auch meine Anwälte sind alles andere als frei. Wir sind sehr glücklich darüber, daß uns ein so fähiges und aufopferndes Anwaltsteam zur Seite steht, das von dem brillianten Rechtsanwalt Len Weinglass angeführt wird, der meine Verteidigung übernahm, als diese Bewegung nicht einmal einen kleinen Raum füllen konnte.

Len und Co. haben hart und mit geringen Ressourcen gegen diesen Staat gekämpft.
Die Spendenkampagne für den juristischen Teil der Kampagne wurde und wird vor allem von "International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal" (durch den Black United Fund) und dem "Committee to Save Mumia Abu-Jamal" (durch die Bill of Rights Foundation, New York City) durchgeführt. Die Spendenkampagne hat bis jetzt dafür gesorgt, daß unseren AnwältInnen die notwendigen Mittel zur Verfügung standen, um Privatermittler zu bezahlen, ZeugInnen aufzufinden und vorzuladen und um Sachverständige bezahlen zu können.
Kurz gesagt: Die Spenden haben es ermöglicht, überhaupt vor Gericht auftreten zu können. Dabei handelt es sich um eine Justiz, die uns mit einer unglaublichen Feindseligkeit und grenzenloser Boshaftigkeit begegnet.Die Juristenzeitschrift "American Lawyer" schrieb über das Verhalten des Gerichts während unserer letzten Anhörung für das Wiederaufnahmeverfahren: "Richter Sabo glänzte durch Befangenheit, triefte von Parteilichkeit für die Staatsanwaltschaft und versuchte unverhohlen, Rechtsanwalt Weinglass zu schikanieren, dessen Verhalten im Gerichtssaal so korrekt war, wie das von Richter Sabo unkorrekt war."

Wir sind alle Teil eines gemeinsamen Kampfes! Es gibt viele, die mit ihren Füßen, ihren Schreibwerkzeugen oder mit der Sprühdose kämpften - einige haben durch ihre Gebete gekämpft - und alle sind wichtig und wertvoll in diesem Kampf. Meine Familie, meine FreundInnen und ich selbst schätzen jeden einzelnen und jede einzelne von Euch sehr. Ich danke Euch allen. Allen, die geholfen haben (und allen, die helfen wollen), die gerichtliche Auseinandersetzung überhaupt möglich zu machen, herzlichen Dank für Eure Spenden !!!

Aus dem Todestrakt, Mumia Abu-Jamal, 3. Oktober 1996

Neue Schikanen

Seit Anfang November diesen Jahres hat die Gefängnisbehörde von Pennsylvania eine neue Anordnung für den Umgang mit Medieninterviews mit Gefangenen verabschiedet. Seit dem Inkrafttreten dieser Anordnung dürfen keinerlei Radio- und Fernsehinterviews mit Gefangenen (dieses Regelung gilt für alle Gefangenen im Bundesstaat) gemacht werden. Journalisten dürfen nur noch Telefoninterviews führen oder mit einem Bleistift und einem Notizblock bei einem Besuch "Interviews" machen. Diese Regelung, die auch schon seit den Gefängnisrevolten im letzten Jahr im Bundesstaat Kalifornien praktiziert wird, verhindert de facto jegliche Berichterstattung über die Situation von Gefangenen. Im Fall von Mumia kann sie nur als ein Versuch gewertet werden, seinen Zugang zur Öffentlichkeit weiter einzuschränken.

Gorleben ist überall ? - SIEMENS ist überall !!

Thesen für eine Groß-Demo gegen SIEMENS am 8.2.97 in Berlin

Der Castor-Sammeltransport ist für dieses Jahr abgesagt worden. Die offizielle Begründung: Sie haben nicht mehr genügend Bullen zur Verfügung. Ein schöner Erfolg der uns Bestätigung und Ermunterung zugleich bedeutet. Die Konzentration auf Gorleben und die Bahn AG haben sich bewährt. In diesem Sinne wird der Widerstand für den ins Frühjahr verschobenen Transport weitergehen. Durch die Ausweitung der Aktivitäten auf die Bahn ist es gelungen überhaupt wieder von einer bundesweiten Bewegung sprechen zu können. Das hat auch an vielen anderen Standorten zu einer Neuauflage der Initiativen geführt.
Gorleben wird den Atomstrategen mittlerweile zu teuer, deshalb wird Ahaus genehmigungsrechtlich für die Aufnahme von Castor Behältern mit hochabgebrannten Brennelementen vorbereitet, so daß Gorleben, neben der teuren Wiederaufarbeitung in La Hague oder Sellafield, wahrscheinlich bald nicht mehr den einzigen Entsorgungsnachweis zum Weiterbetrieb der Atommeiler darstellt.
Die Fixierung auf Gorleben und den Castor könnte sich somit sehr schnell als Strohfeuer entpuppen, wenn der „Gorleben Castor“ als Symbol nicht mehr zur Verfügung steht. Deshalb ist es an der Zeit weitere Schwerpunkte zu thematisieren. Wir verstehen die folgenden Thesen als (unvollständigen) Vorschlag in diese Diskussion einzusteigen.
Die größte Atom-Schweinerei passiert gerade in München, bzw. Garching: Im August wurde dort begonnen einen neuen „Forschungs“-Reaktor (FRM II), betrieben mit hochangereichertem Uran (HEU), zu bauen. Ungeachtet internationaler Proteste soll dieses Projekt durchgezogen werden (O-Ton Stoiber: „Ich erwarte große Widerstände, aber ich will es durchsetzen“). Die offizielle Begründung „Forschungsbedarf“ kann auch technisch schnell wiederlegt werden. Wir wollen uns hier mehr den politischen Dimensionen widmen:

> Der wichtigste Hintergrund erscheint im Zusammenhang mit der angestrebten Weltmachtrolle Deutschlands: Den Zugriff auf die Atombombe zu besitzen um bei den zukünftig sich verschärfenden weltweiten Spannungen, z. B. bei der Verteilung der Ressourcen, unabhängig agieren zu können. Die Ablösung von dem atomaren „Schutzschild“ Frankreichs und der USA ist beabsichtigt.
>
> Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Aufrechterhaltung des Atomstandortes Deutschland. An den deutschen Hochschulen gibt es für den Studiengang Kerntechnik kaum noch Interessenten. Dem Aussterben der Atomiker soll durch interessante „Forschungs“-Projekte vorgebeugt werden. Bezeichnenderweise wird der FRM II intern „Fadenrissreaktor“, der „Know-How-Faden“ soll nicht abreissen) genannt und verdeutlicht die Schlüsselstellung die diesem Projekt für die deutsche Atomwirtschaft zukommt.

Jetzt kommt SIEMENS ins Spiel.

> SIEMENS, bzw. die 100% Tochter KWU in Erlangen, hat sämtliche deutsche Atomreaktoren gebaut und ist auch beim Bau von FRM II in Garching federführend.
> SIEMENS hat zusammen mit der französischen FRAMATOME die „neue“ Generation von EPR-Atomreaktoren entwickelt. Geplante Standorte: Viereth bei Bamberg und Greifswald. Der Kern-Fusionsreaktor IPP an dessen Entwicklung SIEMENS ebenfalls maßgeblich beteiligt ist, soll ebenfalls nach Greifswald. 4 Mrd. DM sollen dafür bis zum Jahre 2005 verbaut werden. Allein für diese beiden Projekte müssen an den Hochschulen, bzw. aus den Bildungsetats der Länder, Mittel von 430 Mill. (Bavaria), bzw. 660 Mill. (Mäc-Pomm), bereitgestellt, d. h. an anderer Stelle gekürzt, werden.
> SIEMENS ist zusammen mit FRAMATOME dabei die drei bestehenden Uranerzbergwerke in Saskatchewan, Kanada, auf dreizehn zu erweitern. Mit allen bekannten verheerenden Folgen für die kanadischen UreinwohnerInnen und die Umwelt.
> SIEMENS erhofft sich durch die Fertigstellung des slowakischen AKW Mochovce den Einstieg in die Aufrüstung von 40 weiteren maroden AKW Mittel- und Osteuropas. Mochovce soll für SIEMENS den Türöffner in diesem Markt spielen. Der Weiterbetrieb dieser Reaktoren wäre demnach auf Jahrzehnte hinaus gesichert, ein Umbau der Energiewirtschaft auf lange Sicht blockiert.
> SIEMENS sorgt dafür, daß die Energiewende nicht stattfindet. SIEMENS hat sich mit RWE die Rechte für die Produktion von Solarzellen gesichert und ist zu einem führenden Hersteller geworden. Welche Bedeutung SIEMENS der Solareenergie beimißt, zeigt die Eingliederung des Geschäftsbereichs bei der NUKEM in Hanau. In Wackersdorf wollte SIEMENS nach Beendigung

der WAA-Pläne angeblich eine große Fertigung von Solarzellen aufziehen. In Wirklichkeit ist der letzte Produktionsstandort in Wedel bei Hamburg letztes Jahr geschlossen worden.

Dies allein sind Gründe genug SIEMENS als **das** führende Unternehmen der deutschen Atomwirtschaft zu benennen. Es gibt aber auch genug andere gute Gründe weshalb wir vorschlagen SIEMENS als Symbol dieses menschenverachtenden Systems anzugehen.

SIEMENS steht als einer der größten Konzerne stellvertretend für das deutsche Großkapital. Der Abbau von Arbeitsplätzen führt andererseits zu immer größeren Gewinnen. Der Profit von SIEMENS wird immer weniger durch die Herstellung und den Verkauf ihrer vielen überflüssigen Produkte getätigt, sondern vielmehr durch Finanzschiebereien. Wer sich näher mit dem Thema beschäftigt kann den Eindruck bekommen, daß SIEMENS Arbeitsplätze nur noch zum Kassieren von Subventionen dienen und verschleiern sollen, daß SIEMENS inzwischen eine weltweit operierende Bank geworden ist.
SIEMENS gehört weltweit zu den größten Lieferanten für Waffenelektronik und ist z. B. zusammen mit der Daimler Tochter DASA an der Entwicklung und dem Bau der neuen Nato-Flugabwehrrakete MEADS, die ab dem Jahr 2005 zum Einsatz kommen soll, beteiligt.
SIEMENS ist einer der ersten Konzerne gewesen, die im Zuge der Globalisierung Produktionsstandorte ins Ausland verlegt haben. Der Abbau von Arbeitsplätzen geht einher mit dem Abbau von sozialen Leistungen und gleichzeitiger Gewinnmaximierung, hier wie dort.
SIEMENS verweigert bis heute seine Mitverantwortung und -Schuld am Leid tausender ZwangsarbeiterInnen, die während der Nazi-Zeit bei SIEMENS unter erbärmlichen Verhältnissen schuften und sterben mußten.
SIEMENS hat seine dreckigen Finger in mehr als 150 Ländern der Erde im Spiel, so auch in Nigeria. Wie Shell kooperiert SIEMENS mit der herrschenden Machtclique. Mit welchen Folgen ist hinlänglich bekannt. Nach Aussagen des Pressesprechers gehört es (sinngemäß) zur Firmenpolitik von SIEMENS, sich nicht um Menschenrechte und Ökologie zu scheren.

SIEMENS baut in China am 3-Schluchten-Staudamm, mit unübersehbaren Folgen für die Menschen, Umwelt und Klima. So sollen mehr als 1 Million Menschen zwangsumgesiedelt werden.

Also Gründe genug um SIEMENS neben dem Castor zu einem weiteren Symbol unseres Kampfes zu machen. Ein Symbol nicht nur für die Atomwirtschaft allein sondern die HERRschende Ordnung und die uneingeschränkte Macht des Kapitals weltweit.

Um nicht mißverstanden zu werden: SIEMENS soll nicht als Ersatz für Gorleben oder den Castor herhalten. Der Widerstand gegen weitere Castortransporte ins Wendland geht unvermindert weiter, soll auch so sein. Das Thema SIEMENS bietet uns, gerade in den großen Städten, die Chance, auch andere Aspekte und Inhalte unseres Widerstands zu vermitteln.

Erfreulicherweise findet in Berlin das 150-jährige Jubiläum des Hauses SIEMENS statt. Die Hauptaktionärsversammlung wurde dafür extra an den früheren Konzernsitz nach Berlin verlegt und findet am 13.2. im ICC statt. Eine passende Gelegenheit ....

Soviel zu einem ersten Diskussionspapier einer an der Vorbereitung beteiligten Gruppe. Viele Thesen sind hier nur kurz angerissen, die nächsten Wochen werden dazu dienen insbesondere zu den Themen Atomenergie im Zusammenhang mit Faschismus, Patriarchat, Sexismus, Kapitalismus, Rassismus tiefer in die Diskussion einzusteigen und tragfähige Positionen zu entwickeln. Entsprechende Arbeitsgruppen haben sich gebildet. Einen Demoaufruf, der von allen beteiligten Gruppierungen getragen wird, wollen wir ca. Mitte Dezember veröffentlichen. Für die Mobilisierung soll ein Video erstellt werden das Anfang kommenden Jahres in vielen Städten gezeigt wird.

Für **Samstag den 8. Februar 1997**, das Wochenende vor der Aktionärsversammlung, ist eine Großdemo mit bundesweiter Beteiligung angedacht. Die folgende Woche bietet aufgrund der zahlreichen Jubelfeierlichkeiten und des zu erwartenden Medienechos vielfältige Aktionsmöglichkeiten mit größtmöglicher Aufmerksamkeit. Höhepunkt dieser arbeitsreichen „Aktionswoche" bildet das gemeinsame Abschlußbuffet am Donnerstag den 13. Februar im ICC.

SEE YOU THERE!!!

eine Gruppe aus dem Anti-Atom-Plenum Berlin am 25.11.96



Heute, ist Matthes, der letzte Gesuchte im „radikal"-Verfahren zurückgekehrt.

Im Zuge der bundesweiten Durchsuchungen am 13.06.95 tauchte er gemeinsam mit drei weiteren Beschuldigten unter, um sich der drohenden Verhaftung zu entziehen. Genau ein Jahr später kamen Jutta, Frank und Ulli zurück, um sich den Verfahren zu stellen. Matthes blieb weiter untergetaucht. In einer Presseerklärung vom 13.06.96 beschreiben die drei Aufgetauchten ihren Entschluß, sich zunächst den Verfahren zu entziehen so: „Da die ganze Situation unkalkulierbar war, haben wir es damals vorgezogen, uns erstmal aus den Staub zu machen. Aufgrund des riesigen Aufwandes des Staatsschutzes war es zu erwarten, daß die Verhafteten / und somit auch wir Gesuchte für geraume Zeit im Knast landen. In so einer Situation ist es gut, die Möglichkeit zu haben, abtauchen zu können und dann aus der Ferne zu gukken was weiter passiert, wie sich das ganze entwickelt. Auf diese Weise hat mensch erstmal Zeit und Platz und im günstigen Fall auch Leute, um die neue Situation in den Griff zu bekommen, zu diskutieren und selbst zu entscheiden, was mann/frau machen will".

Wir nehmen an, daß Matthes sein Abtauchen ähnlich begründen wird. Zu seiner jetzigen Rückkehr teilte er mit, daß er an einen Punkt angelangt sei, wo zur Entscheidung stand, sich endgültig in seinem Fluchtland einzurichten oder jetzt zurückzukommen. Er hat sich dafür entschieden, den Prozeß zusammen mit den anderen Beschuldigten zu führen und während des Prozesses anwesend zu sein. Sicherlich hat auch noch eine Rolle gespielt, daß der Vorwurf der AIZ-Mitgliedschalft, der gegen Matthes bestand, fallengelassen wurde.

Moin, moin!
Bremen, den 25-11-96

Heute tauche ich nach ca. anderthalb Jahren wieder in Bremen auf. Noch ist es nicht deutlich was mich erwartet, ob ich in Bremen bleiben kann oder ob ich erst in den Knast muß. Bis vor kurzem lief noch ein Ermittlungsverfahren wegen der AIZ gegen mich, was nun eingestellt wurde. Dies erfreut mich und beschleunigte mein Auftauchen. Das andere Verfahren ist ja sicher bekannt: Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Herstellung der ‚radikal'.

Also muß ich mich mit der Situation auseinandersetzen ein halbes Jahr abzugehen oder überhaupt nicht. Falls ich dann auf freien Fuß gesetzt werde, müssen 20.000 DM aufgetrieben worden sein und als weiteres werde ich mich wahrscheinlich drei Mal in der Woche bei den Bullen melden müssen und bekomme noch ausgestellt, daß ich mich mit einer bestimmten Zahl von Leuten nicht treffen darf - also Kontaktverbot. Darauf lasse ich mich ein, wenn ich zurückgehe.

Dem stand die Möglichkeit gegenüber in den Niederlanden zu bleiben. Seit mehr als einem Jahr bin ich nun weg. Die Zeit war nicht immer einfach. Viele Konflikte verharmlosten sich, andere taten sich auf. Dennoch überwog häufig das Gefühl, ihnen ein Schnippchen geschlagen zu haben. Das war auch in der ersten Zeit ein gutes Gefühl - einfach zu sehen, daß ihr Apparat doch nicht vollständig funktioniert. Ihre Trefferquote betrug am 13.6.95 schlicht 50% und bedenkt mensch: an dieser Aktion waren 2000 Bullen, aller erdenklichen Einheiten, beteiligt.

Nach außen sah diese ganze Sache bombastisch aus, trotzdem zeigten sich die ersten Fragezeichen, als diese Aktion nur einen Tag Interesse fand in der bürgerlichen Öffentlichkeit. - Mit diesem Gefühl also abgetaucht und diesen Schlag verarbeiten.



In einigen Städten bekam die Szene eine neue Beschäftigung - Antirepressionsarbeit. Die Aktion ‚Wasserschlag' ist in aller Munde, zumindest gibt es niemanden, der nicht schon mal davon gehört hat. Die klassischen linken und feministischen Reaktionen stellen sich ein. Veranstaltungen wurden organisiert, Plakate wurden verklebt, Sprüche gesprüht, kleinere Demos fanden statt. Dann gab es auch eine Demo mit 5000 Leuten in Hamburg und eine Extra-Zeitung kam auf den Markt, Soli-Partys ohne Ende und das sprengt den üblichen Rahmen!: auch zwei neue radis wurden den LeserInnen nicht vorenthalten und mensch munkelt, sie sollen jetzt sogar gelesen werden (von der Alt-Szene), die Jüngeren hatten darauf ja immer schon Bock. - Aber zurück zum Thema!

Für mich war die Anfangszeit davon geprägt, zu gucken was sich in der BRD so tut. Viele Leute rödelten und ich saß hier fest und konnte nur registrieren. Lesen war eine Hauptbeschäftigung, aber was weitaus wichtiger war, daß ich Leute fand, mit denen ich reden konnte.

Danach begann das Zuhören. Ich wußte nicht soviel von Holland. Sicher habe ich schon gehört, daß mensch hier Coffeeshops hat, daß es hier liberaler zugehen soll und überhaupt viel schöner ist als Kaltland. Aber mit dieser Oberfläche hier zu leben ist unmöglich. Die Leute sind auch scheiße, die Gesetzgebung ist auch repressiv -natürlich nicht so hart wie in der BRD , die koloniale Geschichte wird sehr zurückhaltend behandelt und die Marktwirtschaft, sprich Kapitalismus, ist hier auf höchstem Niveau entwickelt. Es gibt hier auch zig SprecherInnen, die links für tot erklärt haben, sich distanzieren und ihre Hauptaufgabe darin sehen, linke Ideen zurückzudrängen. Dennoch auf der anderen Seite gibt es noch immer viele ‚kraaks', z.B. in Amsterdam, Amheim, Nijmwegen und Utrecht etc. Aber auch gegen den ‚koppelingswet' finden Demos und Veranstaltungen statt. Dieses eben benannte Gesetz schreibt die Behandlung von illegalen Flüchtlingen vor, wie sie aus Krankenkassen, Sozialhilfe, Schulversorgung usw. ausgeschlossen werden sollen. Aber ich will jetzt nicht alles aufzählen, was ich hier so mitbekommen habe. Im großen und ganzen ist es vergleichbar mit der BRD. Dennoch will ich einen Unterschied nicht unerwähnt lassen. Soziale Bewegungen werden als Ansprechpartner akzeptiert. Dies wird deutlich, wenn mensch die Berichterstattung betrachtet zu Faschisten, zu Durchsuchungen bei der Ravage oder auch über politische Kampagnen, wie die Erweiterung des Flughafens Schiphol.

Dennoch kommt nach einiger Zeit das Gefühl zurück, was mache ich hier eigentlich. Natürlich bin ich beschäftigt, mit der hiesigen Geschichte und Realität, aber die Entwicklungen um das Verfahren in der BRD holen mich immer wieder ein. Mensch macht sich Hoffnungen, weil z.B. vier Leute mit einer ähnlichen Anklage aus dem



Knast kommen oder ist überrascht, daß am 13.6.96 nur einer in der Kiste bleibt und zwei weitere wieder gehen können. Das sind Geschichten, wo es klar wird, die Zeit hier wird mehr und mehr zu einem Übergang. Es setzt sozusagen ein Doppelleben ein. Mensch denkt dauernd an Deutschland, lebt hier aber einigermaßen holländisch -spricht die Sprache, liest die Zeitung usw. Um so länger ich wegbleibe, um so mehr Zeit muß ich dafür aufwenden mein Leben in Holland zu organisieren. Da ich das dann nach meinen Vorstellungen realisieren will, bedeutet dies zwangsläufig die Kontakte nach Deutschland zu beschränken. Mit diesem Doppelleben klarzukommen, war nicht einfach. Das machte sich auch an Beziehungen bemerkbar, daß mensch z.B. oft mit seinen Gedanken woanders war.

In meiner Situation war es wichtig, nicht die Realität aus den Augen zu verlieren. - Was läuft nun in der BRD? Wie ist der Stand des Verfahrens? Wie entwickeln sich Diskussionen? usw. - Dies mußte ich im Kopf behalten. Denn Verdrängen führt dazu sich mehr und mehr zu entziehen, d.h. einem ist das Risiko nicht mehr bewußt, doch mal abgegriffen zu werden. Mensch lebt also in einer Art Spannung, die mal mehr - mal weniger auftaucht. Diese Spannung drückt sich aber nicht nur in bezug zur Repression aus. Sie ist auch besonders spürbar, wenn mir Konflikte zu Ohren kommen. In solchen Situationen kam es sehr stark auf die Vermittlung an, damit ich überhaupt reagieren konnte. Oft kam es mir dabei hoch - mal auf den Tisch zu hauen , aber meistens war die Auseinandersetzung dann schon wieder an einem anderen Punkt. Sich in Diskussionen eingebunden fühlen, war schwierig. Dieses Gefühl tauchte eher selten auf. Wenn ich mich dann mal äußerte, kam es falsch an und ich wurde mit Interpretationen konfrontiert, die mit meiner Situation nur wenig zu tun hatten. Dies entschuldigte ich oft damit, daß die Leute in der BRD unheimlich beschäftigt sind und meine Realität einfach nicht wahrnehmen können. Natürlich könnten sie, wenn sie wollten, aber als Abgetauchter ist mensch weit weg....

An dieser Stelle will ich nochmal nachdrücklich betonen, das ich abgetaucht war und nicht im Exil. Exil ist natürlich der einfachere, griffigere Begriff und ich habe ihn auch verwendet. Aber nach mehreren Diskussionen schien sich dieser Begriff ‚Exil' eher auf viele kleine und größere Fluchtbewegungen zu beziehen. Wie z.B. im Deutschen Reich 33-45, wo sehr viele Menschen betroffen waren von Flucht. Viele bekamen in europäischen Ländern, aber nicht nur dort, Aufenthaltsrechte, viele blieben Illegal -abgetaucht. Andere konnten Öffentlichkeit schaffen über die Zustände im Faschismus aufgrund ihrer Anerkennung als Flüchtlinge, was zum Beispiel sichtbar wurde in der Exilliteratur, im Exiltheater usw.

Dies konnte auch bei dem Militärputsch in Chile beobachtet werden. Hier nahm z.B. die ehemalige DDR viele Menschen auf und sie konnten dem sicheren Tod entkommen, konnten selbst Ausbildungen beginnen und eine neue Lebensperspektive entwickeln. Aber nicht nur in Chile der siebziger Jahre kam es zu großen Fluchtbewegungen.

Auch bei dem Putsch in der Türkei 1980 waren viele Menschen gezwungen, sich den faschistischen Häschern zu entziehen. Dies war ihnen in vielen europäischen Staaten möglich. Auch hier gab es wieder Leute, die sich legal äußern konnten, und ein anderer Teil rettete sich, indem sie ein verdecktes Leben begannen. Ganz aktuell ist es immer noch bei der Situation in Kurdistan, was von der türkischen Kolonialmacht besetzt ist.

Diese Reihe könnte noch fortgesetzt werden mit Ungarn, Südafrika, Uruguay, El Salvador und vielen anderen Ländern.

Wer oder Welche sich diese kurzen Beispiele nochmal vor Augen führt, merkt: In der BRD ist keine so extreme Situation, wo massenweise Menschen aus ökonomischen oder politischen Gründen flüchten müssen. So war es auch nicht am 13.6.95. Ich hätte auch in den Niederlanden niemals um politisches Asyl fragen können, weil ich aus einem sicheren Drittstaat komme und weil die niederländischen Autoritäten meinen, daß die Rechtsgarantie in Deutschland hoch entwickelt sei. Somit wäre es auch falsch zu analysieren: solange in Holland zu bleiben bis sich die Zustände in der BRD grundsätzlich verändern. Mit dieser Perspektive hätte ich nämlich auch nicht in Holland bleiben können, weil es sich, wie oben schon erwähnt, in rechtlicher, ökonomischer und politischer Ausrichtung nicht viel von der BRD unterscheidet. Aus diesem Grunde lebte ich abgetaucht in den Niederlanden.

Noch einen Unterschied will ich nicht unter den Tisch fallen lassen. Ich war nicht in der Situation, daß ich mich in der BRD gegen ein besonders repressives Regime wehre, wie z.B. dem Hitler-Faschismus, dem Chile der siebziger Jahre oder auch nicht mit der heutigen kurdischen Situation konfrontiert war. Umso länger ich mich mit dem Thema ‚Exil' beschäftigte, erschien es mir als falsch, mich als Exilierten zu definieren. Besonders wichtig war dabei, daß ich nicht mit dem TOD bedroht war. Knast ist natürlich auch keine feine Sache, aber ich kann mich so einigermaßen darauf verlassen, daß ich nicht gefoltert werde. Daß dies in der BRD geschieht und auch weiter geschehen kann, will ich damit keinesfalls ausschließen. Aber es ist ein Unterschied 5, 10, 15 oder 20 Jahre eingeknastet zu werden oder eben mit einem halben Jahr zu rechnen, was schon lang genug ist.

Somit ordne ich meine abgetauchte Zeit ein, als ein entziehen vor der BRD-Justiz und das ich es in der Hand habe, wann und wo ich mich in ihre Fänge begebe. (...)

Eine weitere Überlegung nun wieder aufzutauchen war, daß es hilfreich sein kann, bei dem Prozeß mit acht Angeklagten aufzutreten. Mittlerweile ist das nicht mehr so aktuell, weil es sein kann, daß mehrere Prozesse stattfinden. Was aber weiterhin stimmt, daß dann jede und jeder seine/ihre eigene Stimme hat und sich entsprechend zu anstehenden Diskussionen verhalten kann. Wie ich oben andeutete, ist dies häufiger schon in mir aufgekommen. Als besonderes Beispiel fällt mir ein Artikel in der ‚Trouw', einer überregionalen holländischen Tageszeitung ein, wo es u.a. um das Auftauchen am 13.6.96 ging und eben meinen Verbleib in Holland. Dieser umstrittene Artikel erzeugte mehr Diskussionen und Reaktionen in bezug auf die Abgetauchten, als je zuvor. In der Soli-Szene wurde es heiß diskutiert.

Auch an der Diskussion, warum Erkenntnisse aus den Akten so spät veröffentlicht wurden, wäre ich gerne beteiligt gewesen. Sicher gäbe es noch mehr Punkte zu benennen, wo ich gerne Teil der Diskussion gewesen wäre, aber das würde den Rahmen hier einfach sprengen.

So das wars! Matthes

Presseerklärung

anläßlich der Rückkehr eines vermeintlichen radikal-Mitarbeiters

Ich heiße Werner Konnerth, geboren am 25.1.62 in Sibiu, Rumänien, wohnhaft in Berlin. Ich habe weiße Socken und eine schwarze Seele.

Während der Razzien am 13.6.95 wurde ich verhaftet und für ½ Jahr in den Knast gesteckt. Ich soll seit 12 Jahren bei der radikal mitgemacht haben. Im nächsten Jahr wird uns zu viert oder zu neunt der Prozeß gemacht.

Ich werde meine Mitarbeit hier weder bestätigen noch dementieren, aber ich stehe hinter den Zielen und dem Organisationsprinzip der radikal. Da in der Öffentlichkeit weitestgehend die BAW definiert hat, was darunter zu verstehen ist, möchte ich hier eine andere Version schildern, beginnend mit der Auslegung des Namens: der Duden übersetzt radikal nicht mit terroristisch, sondern mit "an die Wurzel gehen".

Eine Darstellung der 20-jährigen Geschichte der radikal entnehmen Sie bitte der Pressemappe. Ich will hier nur kurz zwei Phasen der Repression erwähnen, da sie für das Folgende von Bedeutung sind:

1984 wurde nach monatelangen Observationen und Durchsuchungen zwei vermeintlichen Mitarbeitern der Prozeß gemacht. Das Urteil lautete auf 2½ Jahre Knast ohne Bewährung, obwohl auch liberale Medien, die Grünen, Schriftstellerinnen und schließlich auch das Europaparlament gegen diesen Angriff auf die Pressefreiheit protestierten. Aufgrund dieser Erfahrung organisierten sich die Leute von der radikal verdeckt, das heißt sie verzichteten auf ein Büro und verlegten die Kontaktadresse der Zeitschrift ins Ausland.

Da sie unbekannt blieben, richtete sich der nächste repressive Schlag 1986 gegen den Vertrieb der radikal. Bundesweit fanden über 100 Razzien bei Handverkäufern und in Buchläden statt, und es folgten 200 Ermittlungsverfahren wegen Par.129a, Werbung für terroristische Vereinigungen.

Daraufhin wurde auch der Vertrieb verdeckt organisiert. Die radikal stellte der Linken und ihren LeserInnen die Frage, ob sie bereit wären, die Zeitschrift nicht nur zu lesen, sondern auch für ihre Verteilung zu sorgen. Sie verknüpfte ihre Zukunft und Daseinsberechtigung mit der Antwort auf diese Frage. Die radikal sollte nicht nur eine Zeitschrift FÜR, sondern auch VON den LeserInnen und der Linken sein, und sie konnte nicht mehr relativ passiv konsumiert werden wie andere Presseerzeugnisse.

Es dauerte Jahre, aber die Antwort war positiv. Die Zeitschrift ging von Hand zu Hand, sie wurde in Eigenverantwortung weitgehend über autonome Netze verteilt: in kleinen und großen Städten und auch im benachbarten Ausland, der Schweiz, in Österreich, Holland und Dänemark. Es gab regelrechte Verteil-Aktionen, bei denen maskierte Leute die radikal auf Veranstaltungen und in Kneipen verkauften, was auf ihre spezielle Situation aufmerksam machte und großen Anklang fand.

Die Auflage stabilisierte sich auf dem Stand vor den Repressionswellen, obwohl immer wieder einzelne Buchändler und Handverkäuferinnen verfolgt wurden. Sie blieb die auflagenstärkste Zeitschrift der radikalen Linken.

Nachdem sowohl die Redaktionen wie auch der Vertrieb dem direkten Zugriff der Repressionsorgane entzogen waren, blieb und bleibt als wunder Punkt nur noch die Bezugs- und Kontaktadresse der radikal im Ausland.

Sie hat eine besondere Bedeutung, denn sie stellt die einzige Kommunikationsmöglichkeit mit Leserinnen und Unterstützern dar. Sie ist die sensibelste Schnittstelle der illegalen Struktur zur Öffentlichkeit, worauf Medien generell nicht verzichten können, erstrecht nicht eine verdeckt organisierte Zeitschrift, die eh schon unter dem Druck steht, ganz in die Illegalität abgedrängt zu werden.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in Deutschland, daß eine Zeitschrift ins Ausland emigrieren muß. Ich gebe mich allerdings nicht der Illusion hin, daß sie im Zuge der Angleichung der europäischen Rechtssysteme dort auf ewig in Ruhe gelassen wird.

Anfang der 90er kam es innerhalb der radikal zum Konflikt, der 1993 mit dem Ausstieg einer Fraktion endete. Diejenigen, die weitermachten, erklärten öffentlich, daß sie vor großen Problemen stünden, aber trotzdem eine Reorganisation der Struktur in Angriff nehmen wollen.

Wenige Monate später, im September 93 wurde ein vermeintliches Treffen eines angeblichen Teils der radikal-Struktur abgehört: ein Zufallstreffer, denn die Verwanzung des Hauses in Baar-Wanderath wurde mit Ermittlungen gegen die R.A.F. begründet. Es folgte einer der größten bekanntgewordenen politischen Observations- und Überwachungseinsätze in der Geschichte der BRD, der sich über fast 2 Jahre hinzog, und an dem BKA und die LKAs mehrerer Bundesländer beteiligt waren.

Der Rest der Geschichte ist bekannt. Sollten die Annahmen der Bundesanwaltschaft zutreffen, wurde die radikal in einer Phase der Neuorientierung und Instabilität getroffen. Aber auch heute konnte nicht erreicht werden, daß sie von der Bildfläche verschwindet, denn bereits 3 Monate nach den Razzien und Verhaftungen erschien eine neue Ausgabe und am Jahrestag der Razzien die nächste.

Auch die den Razzien zugrundeliegende Annahme, daß die radikal organisatorische Verbindungen zu sogenannten terroristischen Vereinigungen habe - das heißt zu militant und bewaffnet kämpfenden Gruppen - mußte von der BAW zurückgezogen werden. Das Verfahren wurde an untergeordnete Länderinstanzen abgegeben.

Nach dieser groben und an der Repression orientierten Darstellung, möchte ich ein paar Worte zum politischen Hintergrund der Geschichte sagen. Auf den ersten Blick läßt sich nicht erklären, warum derart kontinuierlich und massiv gegen wenige Gruppen vorgegangen wird, deren Verbrechen in der Herausgabe einer Zeitschrift bestehen soll.

Zum einen handelt es sich um den Angriff auf eine Struktur, die sich der staatlichen Kontrolle entzogen hatte und auch durch den Einsatz von Undercover-Agenten und Spitzeln nicht geknackt werden konnte. Eine solche Struktur birgt die permanente Möglichkeit, daß sich daraus etwas entwickelt, was sich jenseits der staatlichen Toleranzgrenze befindet, also gefährlich werden kann.

Zum anderen handelt es sich bei der radikal nicht um eine selbstbezogene Sekte, sondern um eine Zeitschrift mit Aufklärungs- Mobilisierungs- und Außenwirkung. Ihre Inhalte lassen sich nicht von der verdeckten Struktur trennen, sie sind geradezu der Grund für diese Form der Organisation.

Ich will damit sagen, daß es meines Erachtens in diesem Verfahren weniger um beschuldigte Personen oder eine kleine Zeitschrift geht, sondern um das, wofür sie steht. Und die radikal steht in ihren Inhalten und mit ihrer Organisationsform für die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und für eine Moral und Politik, die sich im ausdrücklichen Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen befindet.

Nun ist es nicht verwunderlich, wenn diejenigen, die an der Macht sind, all jene verfolgen, die sie infrage stellen oder bekämpfen. Das geschieht auf der ganzen Welt, zu jeder Zeit und Epoche.

Unterschiede bestehen lediglich in der Definition dessen, was den Staat gefährdet und deshalb illegal ist, und was als Protestform bei der sogenannten demokratischen Willensbildung als hinnehmbar erscheint.

Je fester die Eliten im Sattel sitzen, desto gelassener können sie auf Kritik und auch Widerstand reagieren. Wollen Sie Widerstand präventiv ausschließen oder fürchten zurecht fundamentale Kritik, weil sie ihren Verlust an Legitimität spüren, kämpfen sie mit allen nötigen Mitteln, auch wenn sie deshalb die eigenen Gesetze übergehen oder ändern müssen. Sie richten sich gegen eine Zeitschrift, Haus- oder Platzbesetzerinnen, gegen antifaschistische Gruppen wie die Antifa (M) aus Göttingen, gegen Flüchtlinge oder ganze ethnische Gruppen wie aktuell die Kurden.

Die radikal lebt seit vielen Jahren mit der Repression. Sie ist weder überrascht noch empört darüber. Sie beruft sich nicht auf Gesetze oder auf verfassungsmäßig garantierte Rechte wie die Presse- und Meinungsfreiheit, denn sie gelten offensichtlich nicht für diese Art von Presse und Meinung.

Die radikale Linke allgemein erwartet vom Staat nichts anderes als Repression gegen eine Politik, die nicht nur Ausuferungen, sondern Grundsätze kritisiert. Auf Dauer muß man sich beugen und aufgeben, oder sich eben so organisieren, daß man die Angriffsmöglicheiten auf die eigene politische Identität weitestgehend ausschließt.

Abschließend möchte ich auf einen Aspekt eingehen, mit dem die Verfolgung der radikal am meisten begründet wird. Es heißt, sie würde beispielsweise durch den Abdruck von Aktions-Erklärungen für sogenannte terroristische Vereinigungen werben, sie würde zu Gewalt aufrufen, diese billigen, und so weiter.

Diese Vorwürfe gründen auf dem geschilderten Verfolgungsinteresse gegenüber radikaler Politik und sind ansonsten Interpretationssache. Es versteht sich von selbst, daß eine staatlicherseits und von den Massenmedien gefertigte Interpretation wesentlich mehr Gewicht erhält als die einer Minderheit, erstrecht wenn diese an der Artikulation ihrer Position gehindert wird.

Desinformationspolitik gründet auf der einseitigen Füllung komplexer Thematiken und auf deren Wiederholung, bis die andere Sichtweise totpropagiert ist. Was die Definition von Gewalt angeht ist, die staatliche und mediale Auslegung dieses Begriffes schon längst gesellschaftliche Wahrheit geworden.

Wenn jemand Terrorismus und Gewalt verurteilt, sollte man annehmen, daß er selber Pazifist ist oder zumindest eine saubere Weste hat. Das ist aber nicht der Fall.

Staatlicherseits werden terroristische Regime und Gruppen unterstützt, wann immer es opportun erscheint. Also wenn es Marktvorteile bringt, strategischen Interessen dient, oder wenn die Rüstungsindustrie davon profitiert. Staatlicherseits wird täglich Gewalt angewendet. Und zwar nicht nur in ihrer körperlichen oder militärischen, sondern auch in struktureller Form. Beispielsweise über Gesetze und Verordnungen, wie dem Asylrecht, das diesen Namen nicht verdient, oder bei den neuen Ausländergesetzen.

Was der Staat bei der radikalen Linken als Gewalt diffamiert, nenne ich Militanz. Militanz ist eine Haltung,

eine Einstellung, die auf die radikale, das heißt grundlegende Kritik an den herrschenden Zuständen folgt. Sie kritisiert nicht nur oder protestiert, sondern sie enthält das praktische Element, sich mit den Zuständen nicht zufrieden zu geben.

Ulrike Meinhof hat gesagt: "Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das was mir nicht paßt nicht länger geschieht". Militante Aktionen sind nur eine, aber eine wesentliche Ausdrucksform einer militanten Einstellung.

Auch die radikal definiert Militanz nicht nur über Molotow-Cocktails und Bomben. Sie enthält Analysen und Diskussionen, die diese Aktionsform sowohl infrage stellen, wie auch den Hintergrund militanter Einstellungen beschreiben und füllen. Das sind beispielsweise Artikel, die sich mit der deutschen Geschichte seit der Weimarer Republik befassen oder mit dem Selbstverständnis von Frauen, die in der Sexindustrie arbeiten. Oder Diskussionen zum Faschismusbegriff und zu den Kriterien von Aktionen.

Aktions-Erklärungen stehen also auf dem Hintergrund einer politischen Theorie, die oft auch nur sich selbst und nicht die Aktion zum Ziel hat. Deshalb kann der Inhalt der radikal nicht allein auf die militante und bewaffnete Form reduziert werden.

Ich möchte zwei Beispiele nennen von in meinen Augen gerechtfertigten militanten Aktionen, die ich der herrschenden Auslegung des Gewaltbegriffs gegenüberstelle. Dieser eben gesagte Satz ist nach geltender Rechtssprechung strafbar. Denn diese Aktionen werden als terroristisch eingestuft, und jede nicht eindeutig distanzierte Meinung dazu kann als Werbung für sogenannte terroristische Vereinigungen oder Billigung von Gewalttaten ausgelegt werden.

Ein Beispiel sind die mit Wurfankern gestoppten Intercity-Züge, Aktionen die im Zusammenhang des Widerstandes gegen die Castor-Transporte stehen. Ein anderes Beispiel sind zwei Aktionen des KOMITEE:

Das KOMITEE war eine militante Gruppe, die einen Brandanschlag auf eine Kaserne der Bundeswehr durchführte. Auch durch diese Aktion wurde niemand verletzt. Sie richtete sich gegen die militärische Aufrüstung der Türkei aus deutschen Waffen- und Panzerbeständen, gegen die Ausbildung türkischer Todesschwadrone durch die GSG 9, gegen die Zahlung von Millionenbeträgen an das türkische Regime, die für weitere Waffenkäufe genutzt wurden.
Der deutsche Staat ist Kriegspartei in Kurdistan. Dort wird täglich eine Dimension von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung ausgeübt, gegen die die Aktion des KOMITEE wie eine Spielerei erscheint.
Diese Erklärung wurde in der radikal veröffentlicht.

Anders wie Staatsanwaltschaft und Justiz differenziert sie und interessiert sich für die Gründe, mit denen Leute militante Aktionen durchführen und dabei bewußt erhebliche persönliche Risiken eingehen.

Seit April 95 werden 3 Genossen wegen dieser und einer weiteren, nicht stattgefundenen Aktion des KOMITEE gesucht. Ich kenne sie persönlich, mit zwei hab ich zusammengewohnt. Sie werden aus ihrem Exil nicht so einfach auftauchen können wie Matthes und andere Beschuldigte im radikal-Verfahren, weil sie nicht mit Monaten, sondern mit vielen Jahren hinter Gittern rechnen müssen.

Die zweite und letzte Aktion des KOMITEE richtete sich gegen einen in Bau befindlichen Abschiebeknast. Aber Terroristen sind die, die Abschiebeknäste bauen lassen und nicht die, die sich mit Flüchtlingen solidarisieren. Terroristen sind die, die Menschen in Not in den Sudan, in die Türkei und andere Folterregime ausliefern, die den Tod von Flüchtlingen in der Oder, in Abschiebeknästen und in ihren Herkunftsländern zu verantworten haben.

Ich spreche diesen Leuten jegliche Legitimation ab, über Gewalt auch nur zu reden. Und ich spreche jedem Gericht die Legitimation ab, über diesen oder andere Inhalte der radikal zu urteilen.

Danke.

Weitere Infos:

Antirepressionsbüro:
Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin
Öffnungszeiten:
Mo 18.00-20.00 und Fr 12.00-14.00
tel 6949254 · fax 6949354

Greift ins Portemonnaie

Berliner Solikonto:
Rote Hilfe Berlin
! Stichwort 13.6.!
(nicht vergessen anzugeben !)
Konto-Nummer.: 71 89 590 600
Berliner Bank BLZ 100 200 00

Weitere Informationen zum Stand der Verfahren insbesondere zu Matthes' Wiederauftauchen sind im WWW unter http://members.aol.com/hbkombo/home.htm abzurufen.

-- schnippp --

Hallo liebe Interim-leute, wenn ihr die nachricht nicht bringt, wie ihr das schon mit einigen von uns rübergereichten gemacht habt, dann solltet ihr wenigstens im editorial darauf verweisen!



Wurzen, die Demo und die Antifa

KlaroFix 12/96

VORFELD

Warum es Leute als wichtig empfunden haben, in Wurzen eine antifaschistische Demonstration zu veranstalten, haben wir in unseren letzten Ausgaben in Form von offiziellen Aufrufen und mehreren Situationsberichten aus dem Muldentalkreis ausgiebig dargestellt. Mehrere Initiativen haben lange im Vorfeld die rassistischen und neofaschistischen Entwicklungen im Muldentalkreis aufgearbeitet. In einer beachtlichen Broschüre wurden die Ergebnisse dokumentiert, Wurzen-Kampagnen wurden in's Leben gerufen und eine Informationstour durch's Bundesgebiet initiiert. Als Höhepunkt der monatelangen Öffentlichkeitsarbeit galt die Demonstration am 16. November. Ein Block von Bündnispartnern hat antifaschistisch eingestellte Menschen und Initiativen zur Teilnahme aufgerufen. Irritationen erregte ein ausführlicher Demoaufruf, der schon in der Vorbereitung das unterschiedliche Verständnis über Antifa-Arbeit und seine Formen bei den verschiedenen Leserkreisen offenlegte. Die bürgerlichen Medien sahen Wurzen - ihr gutes Stück Sachsen - schon in Flammen und auch einige PDS GenossInnen interpretierten bestimmte verbale Antifa-Standards als Aufrufe zu Mord und Totschlag. Auch wenn diesen Personenkreisen der Angstschweiß von der Stirn getupft werden konnte, gab es genug Leute, die Wurzen schon in ein zweites Verdun verwandelt sahen. Wurzens Bürgermeister Pausch und SPD Vertreterinnen stemmten sich mit allen Mitteln der ideologischen Kriegsführung gegen die Demonstrationsgenehmigung und sorgten dafür, daß sich die Behörden tatsächlich auf einen Grabenkrieg mit den wilden Anarchistenhorden aus Kreuzberg und Hafenstraße einrichteten. Die Muldentaler Faschos surften auf den Wellen der Panikmache von Presse und Politik mit, sammelten an Wurzener Schulen Unterschriften und verteilten schreckeneinflößende Flugblätter. Sie versuchten sogar, in Zwickau zu einer Gegendemo zu mobilisieren (14 Festnahmen) und gaben über's Infotelefon die Order aus, Antifas auf den Bahnhöfen abzufangen. Damit nordöstlich von Leipzig nicht alles vor Todesangst an Herzschlag stirbt, überschlugen sich dann kurz vor dem Demotermin auch die 'prominenten' AnmelderInnen - Steffen Tippach (PDS) und Annelie Buntenbach (Grün) -, der Weltöffentlichkeit den Schrecken vorm dritten Weltkrieg zu nehmen und unbedingte Gewaltfreiheit zuzusichern. Das im Nachhinein vielbesungene 'gelungene Konzept der Sicherheitspartnerschaft' war von den eigentlichen InitiatorInnen nie erwogen worden und ist eine reine Gazetten-Ente. John Wayne wäre blaß geworden, hätte er am Vorabend der Ungeheuerlichkeit BILD gelesen, die von einer verbarrikadierten Stadt schrieb, in der die Rolläden herunter gelassen waren, sämtliche Schulen und Supermärkte geschlossen sind und jeder Wurzener, der sein Leben liebt, keinen Fuß vor die Haustür setzt.

[illegible]

In den Vormittagsstunden des 16.11. reisten per Bahn und Bus 4-6000 TeilnehmerInnen aus dem Bundesgebiet in Wurzen an und formierten sich in Marschordnung. Die Polizei war offiziell mit 1200 Leuten vor Ort, hielt sich aber in ihrer Masse im Hintergrund (anwesend waren Cops aus Bayern, Hessen, USK, Leipzig, Magdeburg). Mit über einer Stunde Verspätung und dem üblichen Demostreß setzte sich der mehrere hundert Meter lange Zug durch die verwinkelte Stadt in Bewegung. Auf der Strecke wurden Redebeiträge verlesen und auf Ereignisse der Vergangenheit hingewiesen. Nur wenige Schaulustige und Sympathisanten säumten die Straßen, und bekamen dafür auch teilweise noch den antifaschistischen Zorn der DemoteilnehmerInnen ab. Ansonsten gab es außer ein paar kaputten Scheiben einer Bankfiliale und drei angebeulten Bullen keine ernsthaften Ereignisse, die das Demokonzept zerstört hätten. Im Gegenteil, es ist sicher vielmehr gelungen, die Wurzner Bevölkerung zumindest für einen Tag zu beeindrucken und aus ihrem Dornröschenschlaf zu schrecken. Die staatlichen Ordnungshüter machten sich wegen ihrer martialischen Ausstaffierung eher zum Gepött des Tages, als daß sie die Rolle des schlichtenden Übervaters ausgefüllt hätten. Hier versuchte man durch Auflagen, Schaulaufen und Schikane Muskeln zu zeigen und sich als Herr der Lage aufzuspielen. Herr der Lage waren da aber sicher eher die Demo-Organisatoren, die den Ballanceakt zwischen militanten Gruppen, bürgerbewegten Demokraten, erlebnishungrigen Punkerhorden und der bürgerkriegsgerüsteten Polizei halbwegs würdevoll überlebten. Im Nachhinein kann man von einer gelungenen Demonstration sprechen, deren politisches Ziel erreicht wurde und die die erhofften Zeichen gesetzt haben wird. Wurzen erfreut sich bester Gesundheit, kein Fascho wurde zu Tode gehetzt oder in der Luft zerissen, kein Bulle ernsthaft beschädigt und keiner der unterschiedlichen Gruppen hat wohl ernsthaft ihr Gesicht verloren, obwohl die wenigsten Teilnehmer mit allem zufrieden gewesen sein dürften. Aber Demos werden ja nicht vorrangig für Teilnehmer gemacht. Die regionalen Medien haben dem Thema den erhofften Platz eingeräumt, wenn sie sich auch nicht an Ehrgeiz überschlugen und im Falle von LVZ wieder bitterböse bis gefährliche Ahnungslosigkeit bewiesen. Dort war vom Antifa-Aufmarsch die Rede und landeten Antifa und Faschos unterschwellig wie gewohnt in einem Gewalttäter-Topf. In überregionalen Medien wurde die Demo nur als Kurzbericht erwähnt.

WAS BLEIBT

ist zu fragen, ob das nun alles war? Die Antwort liegt auf der Hand. In Wurzen konnten 6000 Leute den Faschos lediglich für einen Tag den Schneid abkaufen. Wie sich die politischen Vertreter nach der Öffentlichmachung ihres Problems verhalten, bleibt abzuwarten, dürfte aber keine entscheidenten Umbrüche bringen. Rassismus und Faschismus, dessen Ursachen sich im System wiederfinden, läßt sich konsequent eben nur bekämpfen, von Menschen, die dieses System an sich kritisieren und sich gegen seine Auswüchse auflehnen. Dabei wird ihnen kein Vertreter des Systems helfen. Die antifaschistischen Kräfte müssen den Zuständen durch ihre Stärke und ihrer Entschlossenheit und Solidarität den eigenen Willen aufzwingen. Hier gilt es nun, das in Wurzen geschaffene Bündnis von antifaschistischen Kräften am Leben zu erhalten und auszubauen. „Kein Fußbreit den Faschisten" bedeutet in der Konsequenz eben nicht „Nazis raus", sondern die Räume mit eigenem Leben zu füllen. Überall. Wie dringend geboten dies ist, beweist, wie selbstbewußt die Rechten hier schon wieder agieren. Waren es bisher Linke, die gegen rechte Aktivitäten mobilisierten, sind es nun schon die Rechten, die zu Gegendemos und Aktionen aufrufen. Wenn es ihnen auch noch nicht so richtig gelingt, liegt das aber weniger an der tollen Polizei oder einer pfiffigen Antifa. Wenn die jugendlichen Faschos aus ihren Bomberjacken und Boots herauswachsen, haben wir es mit bürgerlichen Saubermännern zu tun, die im rechten Konsens der Gesellschaft eine bequeme Hängematte finden, mit der sie sich zu immer extremeren Forderungen aufschwingen werden. Wer Wurzen ausschließlich als Demo wahrnimmt, dem entgeht eine Chance weiterzumachen. Bleibt abzuwarten, wie die Organisatoren selbst ihre Aktivitäten beurteilen werden.

KlaroFix 12/96



Der Fragebogen zur Interim:

Ihr braucht nicht alle Fragen (wenn sie euch z.B. zu blöd sind) zu beantworten; Mehrfachnennungen sind selbstverständlich auch möglich.

Kurz zur Person:

Du bist

☐ unter 21
☐ zwischen 21 und 30
☐ zwischen 30 und 45
☐ über 45

Du bist

☐ weiblich
☐ männlich
☐ hast Judith Butler gelesen und kannst mit der Frage nicht mehr soviel anfangen

Du bist eher in

☐ der westdeutschen Gesellschaft sozialisiert bzw. aufgewachsen
☐ der ostdeutschen Gesellschaft sozialisiert bzw. aufgewachsen
☐ einer der europäischen Gesellschaften sozialisiert bzw. aufgewachsen
☐ außerhalb von Europa sozialisiert bzw. aufgewachsen

Du wohnst in Berlin

☐ ja
☐ nein

Du wohnst in einem/r

☐ Dorf
☐ Stadt
☐ Großstadt

Wie lebst du?

☐ alleine
☐ zu zweit
☐ WG
☐ Großgruppe

In welchem Spektrum bist du eher politisch aktiv?

☐ autonom-undogmatisch-libertär
☐ Frauen/Lesben-Gruppen
☐ autonom-kommunistisch
☐ antifa
☐ anarchistisch
☐ antiimperialistisch
☐ anti-AKW
☐ antirassistisch
☐ Tierrechte
☐ Ich mach' gar nix mehr
☐ Sonstiges ...

Hier geht's richtig los:

Du kaufst die Interim

☐ regelmässig
☐ meine MitbewohnerIn kauft sie und ich klaue sie von ihrem/seinem Nachttisch
☐ Ich blättere sie häufig im Buchladen durch, ob es sich lohnt, sie zu kaufen
☐ Ich kaufe sie, wenn politisch gerade was los war oder was ansteht
☐ Ich kaufe sie, wenn mir das Titelblatt gefällt
☐ Ich habe sie noch nie gekauft
☐ Ich habe sie früher gelesen (bis wann?)

Wenn du sie nicht mehr kaufst/liest, warum nicht mehr?

☐ zu wenig Inhalte
☐ politisch stehengeblieben
☐ zu undogmatisch
☐ Du wirst Vater und konzentrierst dich jetzt darauf
☐ Im Untergrund ist sie so schlecht erhältlich
☐ Du machst jetzt Karriere
☐ Im Alter läßt die Konzentrationsfähigkeit nach
☐ Du bist in der Redaktion und hast keine Zeit, sie auch noch zu lesen
☐ keine klare Linie
☐ Die Stalinisten kommen zuviel zu Wort
☐ Militanzfetischismus
☐ Du gehst jetzt auf den langen Marsch durch die Parlamente
☐ Dein Auge wird durch das Layout beleidigt
☐ andere Gründe: ...

Du liest	immer	oft	selten	nie
alles	□	□	□	□
Termine	□	□	□	□
Comics und Fotos	□	□	□	□
Vorwort	□	□	□	□
Wort zum Donnerstag	□	□	□	□
Volxsporterklärungen	□	□	□	□
Bastelanleitungen	□	□	□	□
Alles, was knallt und kracht	□	□	□	□
Demoaufrufe	□	□	□	□
bestimmte inhaltliche Texte	□	□	□	□
- Anti-AKW	□	□	□	□
- Antifa	□	□	□	□
- Antipat.	□	□	□	□
- Antira.	□	□	□	□
- Antirep.	□	□	□	□
- Antideutsch	□	□	□	□
- Feminismus	□	□	□	□
- Internationales	□	□	□	□
- Klassenkampf	□	□	□	□
- Kultur und Kunst	□	□	□	□
- Tierrechte	□	□	□	□
- Umstrukturierung	□	□	□	□

Hast du dich schon mal über die Interim geärgert?

□ nein
□ ja
□ Wenn ja, vor ... Wochen. Was war der Anlaß?

Welches Heft hat dir in letzter Zeit besonders gut gefallen?

Nr.:
Warum?

Welchen Gebrauchswert hat die Interim für dich?

□ Bescheid wissen, was aktuell läuft
□ Du kriegst Informationen, die nirgendwo sonst stehen
□ zum Archivieren (dir fehlen noch die Nummern 1 - 3 und 142, wer kann dir helfen?)
□ um dich zu ärgern
□ um sicher zu sein, daß du nichts verpaßt/zu wissen, was du verpaßt hast
□ berufliches Interesse
□ um zu lesen, was die blöden Autonomen denken
□ um zu wissen, wann ich mein Auto woanders parken muß

Hast du schon mal was für die Interim geschrieben?

□ nein
□ ja

Wenn ja,

□ einmal
□ mehrmals
□ jede Woche
□ allein
□ zusammen mit meiner Gruppe

Welche Inhalte kommen dir zu wenig vor?

Welche Inhalte sind dir zu oft drin?

Welche Inhalte findest du überflüssig?

Wie findest du die Gestaltung und Aufmachung der Interim?

	ja	nein	na ja
gut	□	□	□
einfach, klar und logisch	□	□	□
übersichtlich	□	□	□
lesbar	□	□	□
ästhetisch ansprechend	□	□	□
zu wenig Bilder	□	□	□
zu wenig Text	□	□	□
schlecht	□	□	□
unübersichtlich bis chaotisch	□	□	□

Sollen die ZeitungsmacherInnen (z.B. im Vorwort)

□ mehr kommentieren
□ einen inhaltlichen Abriß der Artikel geben
□ darüber informieren, was sie gerade diskutieren
□ ihre politische Meinung ständig zum besten geben
□ das Maul halten

Wird in die Interim zu sehr redaktionell eingegriffen?
- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ Zu wenig

Ist dir der Charakter einer Flugblattsammlung angenehm?
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Beziehst du Informationen über Aktionen/politische Themen nur aus der Interim?
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Wenn nein, aus welchen anderen Medien bzw. an welchen anderen Orten?

Welche anderen Zeitungen benutzt bzw. liest du?
- ☐ Junge Welt
- ☐ taz
- ☐ Berliner Zeitung
- ☐ Tagesspiegel
- ☐ Frankfurter Rundschau
- ☐ FAZ
- ☐ Süddeutsche
- ☐ Spiegel
- ☐ radikal
- ☐ ak
- ☐ zitty
- ☐ telegraph
- ☐ Handelsblatt
- ☐ autonome/antifa-regionalblätter

Welcher Erscheinungsrythmus ist dir am liebsten?
- ☐ Wöchentlich
- ☐ 14-tägig
- ☐ monatlich

Hast du Probleme, die Interim kaufen zu können?
- ☐ nein
- ☐ ja

Wenn ja, welche?

Findest du den Preis von 2,50 DM (auswärts 3.-DM)
- ☐ ok
- ☐ zu teuer
- ☐ zu billig

Würdest du die Einrichtung von Einzelabos verlangen (kostet dann aber 4.-DM pro Ausgabe und Vorauskasse)
- ☐ ja
- ☐ nein

Würdest du die Interim gerne im Internet lesen?
- ☐ ja
- ☐ nein
- ☐ wieviel Zuschuß zahlt ihr mir zur Anschaffung eines Computers?

Soll die Interim so wie bisher weiterproduziert werden?
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Wenn nein, Begründung:

Wenn ja, in der bisherigen Form? Oder welche Verbesserungsvorschläge hast du trotzdem?

Stell dir vor, eines Tages knallt dir jemand einen großen Stapel Flugblätter, Artikel, Termine und ähnliches auf den Schreibtisch, und gibt dir 8 Stunden Zeit, daraus eine Ausgabe der Interim zusammenzustellen. Was würdest du anders machen als bisher? Wäre deine Antwort anders, wenn du 48 Stunden Zeit bekämst?

Und nun ab zum Briefkasten. Der Einsendeschluß ist der 26. Dezember (Datum des Poststempels).

Interim [*lat.*; „inzwischen, einstweilen"] *das*; -s, -s: 1. Zwischenzeit. 2. vorläufige Regelung, Übergangslösung (vor allem im politischen Bereich). interimistisch [*lat.-nlat.*]: vorläufig, einstweilig. Interims|konto *das*; -s, ...ten: Zwischenkonto; vorläufig eingerichtetes Konto, das zwischen endgültigen Konten eingeschaltet wird

Eintagsfliege mit Motivationsschub

Über Erfolg und Mißerfolg der bundesweiten Demonstration in Wurzen



Organisieren, organisieren, nochmals organisieren? Wurzen am 16. November

ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERLIN

Die Demonstration in Wurzen bewerten wir unter folgenden Gesichtspunkten als Erfolg:

- Die Öffentlichkeit wurde über die Existenz einer starken rechten Szene im Muldentalkreis in Kenntnis gesetzt. Politische Verantwortungsträger stehen unter Handlungsdruck.
- Die Demonstration vermittelte ein offensives Antifaschismusverständnis, das die gesellschaftlichen Ursachen von Faschismus miteinschließt (Bsp.: Angriffe von Unbekannten auf die Filiale der Dresdner Bank zu der Parole »Hinter dem Faschismus steht das Kapital«)
- An der Demonstration beteiligten sich Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die 6 000 TeilnehmerInnen bewiesen die gegenwärtige Mobilisierungsstärke der Antifa-Bewegung.
- Die Demo zeichnete sich durch professionelle Mobilisierung und erfolgreiche Bündnisarbeit aus und stellt einen Motivationsschub für die Antifa-Bewegung dar.

Über den Tag hinaus

Der Erfolg einer Demonstration mißt sich nicht allein in Teilnehmerzahlen oder dem tagespolitischen Erfolg, sondern dem Nutzen für die Weiterentwicklung antifaschistischer Politik. Anhand der Demonstration in Wurzen wollen wir aufzeigen, wie sehr eine antifaschistische Organisation notwendiges Mittel für ein effizienteres politisches Eingreifen ist. Dabei stehen für uns folgende Prämissen im Vordergrund.

● *Arbeitsfähige bundesweite Strukturen, die ein schnelles und effektives Handeln garantieren*

Der vom Bündnis gegen Rechts (BGR) betriebene Arbeitsaufwand (nach eigener Auskunft führte das BGR über dreißig Informationsveranstaltungen in der gesamten BRD durch) wäre durch das Bestehen einer Organisation wesentlich verringert worden. Eine einmal ausgearbeitete Veranstaltung hätte nach Absprache in verschiedensten Städten verläßlich stattfinden können, ohne daß die Referenten jedesmal anreisen. Ebenso verhält es sich mit dem Ausarbeiten von Adreßverteilern, dem Knüpfen von Kontakten, um die Mobilisierung in den einzelnen Städten zu ermöglichen, und der bundesweiten Aufgabenverteilung auf der Demonstration. Bisher muß diese Arbeit erfahrungsgemäß bei jeder größeren bundesweiten Veranstaltung von vorn begonnen werden.

● *Grundlage der Organisation ist die lokale Basisarbeit*

Bundesweite Demos können kein Ersatz, sondern höchstens eine Ergänzung regelmäßiger Antifa-Arbeit in der eigenen Region sein (Jugend-, Bündnis- und Pressearbeit, Vorgehen gegen rechte Strukturen vor der eigenen Haustür, antifaschistische Bildungsarbeit). Um dies auf Dauer zu gewährleisten, müssen in den einzelnen Städten kontinuierlich arbeitende Antifa-Gruppen existieren (im Gegensatz zu losen, anlaßbezogenen Plena). Erst auf dieser Basis kann in einem zweiten Schritt bundesweite Politik dauerhaft koordiniert werden.

● *Einbindung Interessierter*

Eine Einbindung der vielen Demoteilnehmer in diese aktiven, kontinuierlich arbeitenden Antifa-Strukturen kann ebenfalls nicht hauptsächlich über bundesweite Demos, sondern vielmehr durch lokale Präsenz stattfinden. Die gezielte Integration Interessierter in feste Gruppenstrukturen ist im bundesweiten Maßstab ohnehin eher die Ausnahme als die Regel.

Diese Tatsache steht exemplarisch für die kurze Halbwertzeit der meisten AktivistInnen: In den meisten Fällen führt schon das mehrmalige Teilnehmen an Demos zum Gefühl der politischen Wirkungslosigkeit und damit zum Abschied aus der Politik. Eine inhaltliche und persönliche Weiterentwicklung wird nicht allein durch Demonstrieren erreicht. In wenigen Fällen entstehen lokale Antifa-Gruppen, deren Existenz nach zeitweise vielversprechenden Anfängen meist ebenfalls nach zwei Jahren ihr Ende findet. Es fehlt die Perspektive, das übergeordnete Ziel, das den Mühen der alltäglichen Kleinarbeit ihren Sinn verleiht. Banal, aber wahr: Das Ziel einer politischen Bewegung muß es sein, nicht weniger, sondern mehr zu werden. Auf der Ebene lokaler Basisgruppen sollen sich Neue entsprechend ihren Möglichkeiten und Interessenschwerpunkten einbringen und politisch weiterentwickeln können. Eine überregionale Organisation soll die längerfristige Perspektive für ein erfolgreiches politisches Handeln bieten.

● *Strategiedebatte*

Bürgerliche Zeitungen wie die *Muldentalzeitung* schrieben nach der Demo, wer das Eintreten gegen rechte Gewalt den Linken überlasse, müsse sich über solche Veranstaltungen nicht wundern. Dies zeigt die Gefahr auf, daß der Antifaschismus der Staatsgewalt als geschäftsführendem Ausschuß der herrschenden Klasse überlassen wird – den Verwaltern eines Gesellschaftssystems, das die Entstehung von Faschismus überhaupt erst ermöglicht.

Daher müssen wir als Linke den Begriff Antifaschismus für uns besetzen. Die Ablehnung von Nazis an sich ist gesellschaftlich breit konsensfähig. Die Interpretation des Begriffes Antifaschismus und die dahinterstehenden Interessen aber sind das Entscheidende, das die bürgerlichen Erklärungsmuster (Jugendgewalt, mangelndes Freizeitangebot in der ehemaligen DDR, Faschismus als Totalitarismus) von einem linken, antikapitalistischen Antifaschismusverständnis trennt. Für eine vorwärtsweisende Debatte über diese Punkte aber halten wir einen organisatorischen Rahmen für eine unbedingte Voraussetzung.

Konkrete Antworten auf konkrete Fragen

Jede erfolgreiche politische Bewegung (d.h. jede Bewegung, die bewußt und mit dem Ziel von Konsequenzen in gesellschaftliche Entwicklungen eingegriffen hat), hat die Organisationsfrage auf die eine oder andere Weise beantwortet. Auch für die Frage nach Perspektiven antifaschistischer Arbeit ist dieser Schritt mehr als notwendig. Die Form der Organisation muß sich dabei an den politischen Zielen orientieren. Klar aber ist: Wenn wir mehr wollen als punktuelle Mobilisierungen, wenn wir tatsächlich öfter als einmal im Jahr zur gesellschaftlichen Kraft werden wollen, benötigen wir eine Organisation als Rückgrat antifaschistischer Politik. Wir brauchen regelmäßig arbeitende Gruppen in den Städten und Regionen, damit die noch zu bestimmende Strategie bundesweit koordiniert in konkrete Praxis umgesetzt werden kann und umgekehrt die sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen und praktischen Erfahrungen in die Bestimmung der politischen Strategie miteinfließen.

Mit der Gründung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation haben wir 1992 zusammen mit anderen Gruppen einen Schritt in diese Richtung unternommen. Die Organisation mit ihrem dezentral angelegten Konzept soll gegenwärtig vor allem ein Werkzeug der antifaschistischen Gruppen vor Ort sein, um antifaschistische Politik überregional zu koordinieren und langfristig zu gemeinsamen Handlungsperspektiven zu gelangen.

Antifaschistische Aktion Berlin

Kontakt: AAB, Waldemarstraße 36, 10999 Berlin, Bürozeiten jeden Freitag von 16-20 Uhr. Tel.: 030/6157329, Fax: 6153860

Ein Erfolg auf allen Ebenen?

Die ersten Nachbetrachtungen zur antifaschistischen Demonstration in Wurzen bewegen sich zwischen Euphorie und zukunftsorientierter Nachdenklichkeit.

Demo rum und keine "besonderen Vorkommnisse" - es ist klar, daß alle an der Vorbereitung Beteiligten abends am 16.11. den Tag zunächst als vollen Erfolg werteten: die Anspannung der letzten Monate fiel von uns ab wie der Deckel aufs Klo. Immerhin: 6000 überwiegend der autonomen Antifa zuzurechnende und zurechnungsfähige TeilnehmerInnen, und das organisationstechnische Konzept war im Großen und Ganzen aufgegangen. Und darüber hinaus hatte dieser Tag durchaus gezeigt, daß wir es geschafft haben, einen wirklichen Motivationsschub zu leisten - zumindest, was antifaschistische Mobilisierungen betrifft.

Das Mobilisierungsmodell - die Demo!

Das Leipziger Bündnis Gegen Rechts (BGR), welches vor der Planung der Demo vorallem mit der Veröffentlichung von Fakten über die faschistische Szene im Muldentalkreis beschäftigt war, legte bei den mehr als dreißig Informationsveranstaltungen zum „Ende der faschistischen Zentren, wie wir sie kennen" sehr viel Wert auf eine inhaltliche Thematisierung der Muldentaler Fascho-Szene als neuartige Qualität des Neonazi-Organisationsmodells für Deutschland. Mittlerweile haben sich in allen Gegenden der Bundesrepublik mehr oder weniger neonazistische Strukturen etabliert und würden unter diesem Gesichtspunkt eine breitere Mobilisierung antifaschistischer Gegenwehr rechtfertigen. Aber gerade das Modell der Schaffung „befreiter Zonen" durch die Nazis erweist sich als exemplarisch für ganze Landstriche in den neuen Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Ostsachsen usw.) und auch jüngste Berichte über faschistische Aktivitäten in provinzielleren Gegenden der alten BRD (z.B. Breverstedt bei Bremerhafen) ließen Parallelen in der Organisationsstruktur zur Muldentaler Fascho-Szene erkennen. Deshalb schien es gerechtfertigt, bundesweit zu dieser Demonstration aufzurufen - nicht nur um den politisch Verantwortlichen, der Bevölkerung und den Neonazis vor Ort ein beachtliches Zeichen des antifaschistischen Widerstands vor Augen zu führen, sondern auch um in Antifa-Kreisen einen Diskussionsprozeß anzuregen, wie solchen faschistischen Zentren zu begegnen sei. Während der mit enormem Aufwand betriebenen Mobilisierung dann wurde und deutlich, daß sie sich zu dem Selbstläufer entwickelte, den wir durchaus gewollt hatten, auch wenn dabei immer die Gefahr bestand, daß vom exemplarischen Charakter sowohle der anzugreifenden Strukturen als auch der Demo selbst abgesehen wird. Als die junge welt zwei Tage vor dem 16. November auf der Antifa-Seite „Die Demo!" ankündigte, traf sie die Sache ziemlich auf dem Punkt. Das heißt aber auch, daß das BGR die Forcierung inhaltlicher Überlegungen, wie im Muldentalkreis nach der bundesweiten Aktion antifaschistische Ansätze etabliert werden können, darüber etwas vernachlässigte. Letztendlich braucht es, soviel hat diese Demonstration gezeigt, will man einen ähnlich starken Effekt erzielen beides. Ohne die Herausstellung inhaltlicher Prämissen und einen lange im Voraus angelaufenen Diskussionsprozeß, lassen sich auch die straightesten Antifas in Anbetracht der momentanen Kräfteverhältnisse nicht mehr aus ihrem regionalen Problembereich locken. Kommt dazu noch die vorraussehbare Bedeutung eines Ereignisses an sich - und so ehrlich sollten wir sein, daß die autonome Antifa ein gewisses Maß an Selbstdarstellung braucht, um sich ihres immer noch vorhandenen Interventionspotentials bewußt zu werden, kann eine bundesweiten Mobilisierung auch heute noch erfolgreich laufen.

Erfolgreiche Bündnispolitik.

Noch gibt es keine umfassende Nachbereitung mit allen BündnispartnerInnen der Demonstration. Aber wir wollen uns um eine gemeinsame Diskussion bemühen. Überhaupt war das Bündnis recht schmal: die Anzahl von ca. 70 aufrufenden Gruppen sollte nicht darüber hinweg täuschen. Von uns im Vorfeld angesprochene Gewerkschaften, Kirchengremien, Parteigliederungen und bestimmte Einzelpersonen konnten nicht einbezogen werden bzw. wollten sich nicht einbeziehen lassen. Letzteres trifft vorallem auf Sozialdemokraten und Bündnisgrüne zu. Nicht aber nur auf diese: Auch mit der PDS ergaben sich enorme Bündnisschwierigkeiten, die sich einerseits um das Problem mit dem militanten Grundverständnis der autonomen Antifa seitens vieler GenossInnen, andererseits darum drehten, daß einige Vertreter des Bündnis gegen Rechts den real vorhandenen Pluralismus in der PDS unterschätzt bzw. gar nicht gesehen hatten. Doch eins scheint schon absehbar, einige Kreise innerhalb der beteiligten PDS-Verbände konnten ihre Ängste betreffs „militanten Grundverständnisses" autonomer Antifa-Gruppen abbauen und nicht wenige GenossInnen verstehen jetzt, daß es mehrere Möglichkeiten gibt, wie Provokationen von Polizei und Neonazis entgegengetreten werden kann. Es wurde klar , daß verschiedene Ansätze antifaschistischer Politik durchaus nebeneinander bestehen und sich auf einer Demonstration repräsentieren können, ohne das ein Bündnis daran zerbricht - zumal ein Bündnis, das erst kurze Zeit besteht und weniger als ein halbes Jahr zusammen eine Demonstration plant. Und alle DemoteilnehmerInnen hielten sich an das Konzept, die Kleinstadt nicht in Schutt und Asche zu legen, aber mit Nachdruck zu zeigen, warum in dieser Stadt demonstriert wird und damit auch den marginalen Bevölkerungsteil anzusprechen, der mit kritischem Blick die heimische Fascho-Szene betrachtet. Das BGR hätte sich dabei durchaus noch mehr MitgliederInnen der PDS bei der Veranstaltung gewünscht. Aber vielleicht war es ja ein erster Anfang. Die folgenden Diskussionen werden zeigen, wie sich die Partei in Sachsen, ihre verschiedeen Entscheidungsinstanzen und innerparteilichen Gruppen zu autonomen Antifa-Ansätzen auch öffentlich positionieren. Nur noch soviel, die Beobachtung vom 16. November, wie der PDS-Block gemeinsam mit Autonomen die kurdischen DemonstrationsteilnehmerInnen in die Mitte nahm, um sie vor einem eingriffsbereitem Polizeispalier zu schützen, nötigte vielen Antifas mit eher skeptischem Verhältnis zu der Partei des Demokratischen Sozialismus einigen Respekt ab.

Die Perspektiven im Muldentalkreis

Die ersten Reaktionen der Medien auf die antifaschistische Demonstration waren die schlechtesten nicht. Im Wurzen selber spiegelte sich in erster Linie Erleichterung wieder, daß die Infrastruktur und Wohnhaussubstanz der Stadt auch nach der Demo völlig intakt schien. Aber der Kommentar eines Redakteurs der „Muldentalzeitung", der schrieb: „Wer das Eintreten gegen rechte Gewalt - und die gibt es in Wurzen - nur den „Linken" überläßt, muß sich über solche Veranstaltungen nicht wundern", deutet daraufhin, daß es nicht mehr einfach gelingt, antifaschistische Gegenwehr von vorneherein zu diskreditieren. Natürlich sollten solche Aussagen und die Tatsache, daß doch einige WurznerInnen sich der Demonstration angeschlossen bzw. mit „Verständnis" darauf reagierten, nicht überbewertet werden. Aber diese Personen und die ansässige Struktur der PDS als einziger größerer Bündnisparner vor Ort sind von einiger Bedeutung, für das was jetzt im Muldentalkreis folgen muß. Die Demonstration war schon immer als Teil eines Prozesses geplant, an dessen „Ende" die Neonazis sicher nicht vom Erdboden verschluckt, zumindestens aber viel isolierter und wirkungsloser sein sollen und nicht mehr den hegemonialen politischen und jugendkulturellen Faktor darstellen. Für das BGR könnten sich hier eine ganze Reihe von Schwierigkeiten auftun: Geht es jetzt doch darum, auf anderen Ebenen Antifa-Arbeit zu leisten. Es wird sich nicht umgehen lassen, jugendkuturelle und sozialarbeiterische Aspekte zu thematisieren, ja sogar versuchen diese im Muldentalkreis praktisch umzusetzen. Und dies muß so schnell wie möglich passieren, denn der Druck den die Demonstration auf die politischen VerantwortungsträgerInnen im Muldentalkreis und innerhalb der sächsischen Staatsregierung ausgeübt hat, ist noch überall zu spüren, nur werden besagte Stellen alles daran setzen, sich von diesem loszureisen.

Zum Schluß gebührt selbstredend unser Dank für die engagierte Teilnahme allen Beteiligten und, wie das ja immer ist, ganz besonders den Anmeldern und Anmelderinnen der Demo. Wir meinen, daß durch diese Demo ein Diskussionsprozeß innerhalb der bundesweiten Antifa, egal welchem Strang zugehörig, notwendig geworden ist und über ein weiteres gemeinsames Vorgehen in solchen neuartigen Nazi-Zentren, wie der Muldental eines ist. Keine Frage, daß dies der erste würdige Ort dazu ist, Euer aller Meinung zu unserer Analyse, Demo und Perspektive einzufordern!

Bündnis gegen Rechts

Das Nachbereitungstreffen findet am 7. Dezember um 14 Uhr in Leipzig statt (näheres unter Tel. 0341 / 4777829).

KlaroFix 12/96

Nach dem gelungenen Abschluß der Demonstration, versuchte dann die Polizei, in Form des bayrischen USKs, noch ihre Akzente zu setzen. Auf der B6 in Richtung Autobahn stoppte nämlich der Hamburger Konvoi kurz vor Borsdorf, weil, Gerüchten zufolge, einige einheimische Jugendliche am Straßenrand noch verabschiedet werden wollten. Sofort waren das USK zur Stelle und die Reisenden gingen zurück in ihre Busse. Nach einigem hin und her begleiteten diese dann den Konvoi Richtung Autobahn, um Kurz vor der Auffahrt die Busse zu stoppen und die Straße abzuriegeln. Mit der Begründung, man wolle die Steinewerfer bei der Bankfiliale in Wurzen ausfindig machen, schwankten die einzelnen Polizeiführer zwischen Busse Stürmen (USK) und Personalien aufnehmen (Leipziger Polizei). Dieses Kompetenzengerangel zog sich schließlich 4 Stunden hin bis das USK Feierabend hatte und die Leipziger mit ihrem Schreibkram zum Zuge kamen. Während der ganzen Zeit ließ das USK die Presse nicht an den Ort des Geschehens (man hatte es sich mit Wasserwerfern, Flutlicht und Gulaschkanone gemütlich gemacht).



kassiber 9/96

PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik

"PC ... IST EINE SACHE VON MINDERHEITEN. IN DEN VEREINIGTEN STAATEN ALSO VOR ALLEM EINE ANGELEGENHEIT DER SCHWARZEN UND ANDERER ETHNISCHER GRUPPEN. ABER DEUTSCHLAND IST KEIN VIELVÖLKERSTAAT, ZUMINDEST NOCH NICHT, UND DESHALB WURDE POLITICAL CORRECTNESS, SEITDEM SIE AUCH BEI UNS IN MODE GEKOMMEN IST, ZUM RESERVAT DER FRAUEN. (KONRAD ADAM IN DER FAZ VOM 22.11.1995)"

Seit Anfang der neunziger Jahre findet die Bezeichnung political correctness im deutschen Sprachraum zunehmend Verbreitung. Vor allem aus den politischen Debatten über Frauen, Minderheiten und Trikont-Themen ist dieses Schlagwort kaum mehr wegzudenken. Gleichzeitig wird in den politischen Tages- und Wochenzeitungen ausführlich über das Phänomen der political correctness berichtet. Auch die Monographien zum Thema häufen sich neuerdings (vgl. Hughes 1994; Bonder 1995; Röhl 1995; Behrens/Rimscha 1995). Von einer publizistischen Debatte, in der KritikerInnen und BefürworterInnen ihre Argumente austauschen, kann trotzdem keine Rede sein. Tatsächlich unterscheiden sich die Beiträge zwar nach ihrem intellektuellen Niveau und der Differenziertheit ihrer Argumentation, aber Unterschiede in der politischen Bewertung der PC sind kaum auszumachen: Die ist durchgängig kritisch. Diese Feststellung ist nicht besonders überraschend, da es in der Bundesrepublik auch keine nennenswerten politischen Gruppen oder Personen gibt, die sich das Etikett pc freiwillig anheften würden. Anders als für Bezeichnungen wie links-alternativ oder feministisch, die nach wie vor noch umkämpft sind, hat sich für politisch korrekt das Konzept des Stigmawortes unwidersprochen durchgesetzt. Es ist also das sonderbare Phänomen zu beobachten, daß die KritikerInnen der »political correctness« auf keinen Gegner stoßen, der sich als solcher zu erkennen gäbe, sondern sich ihren

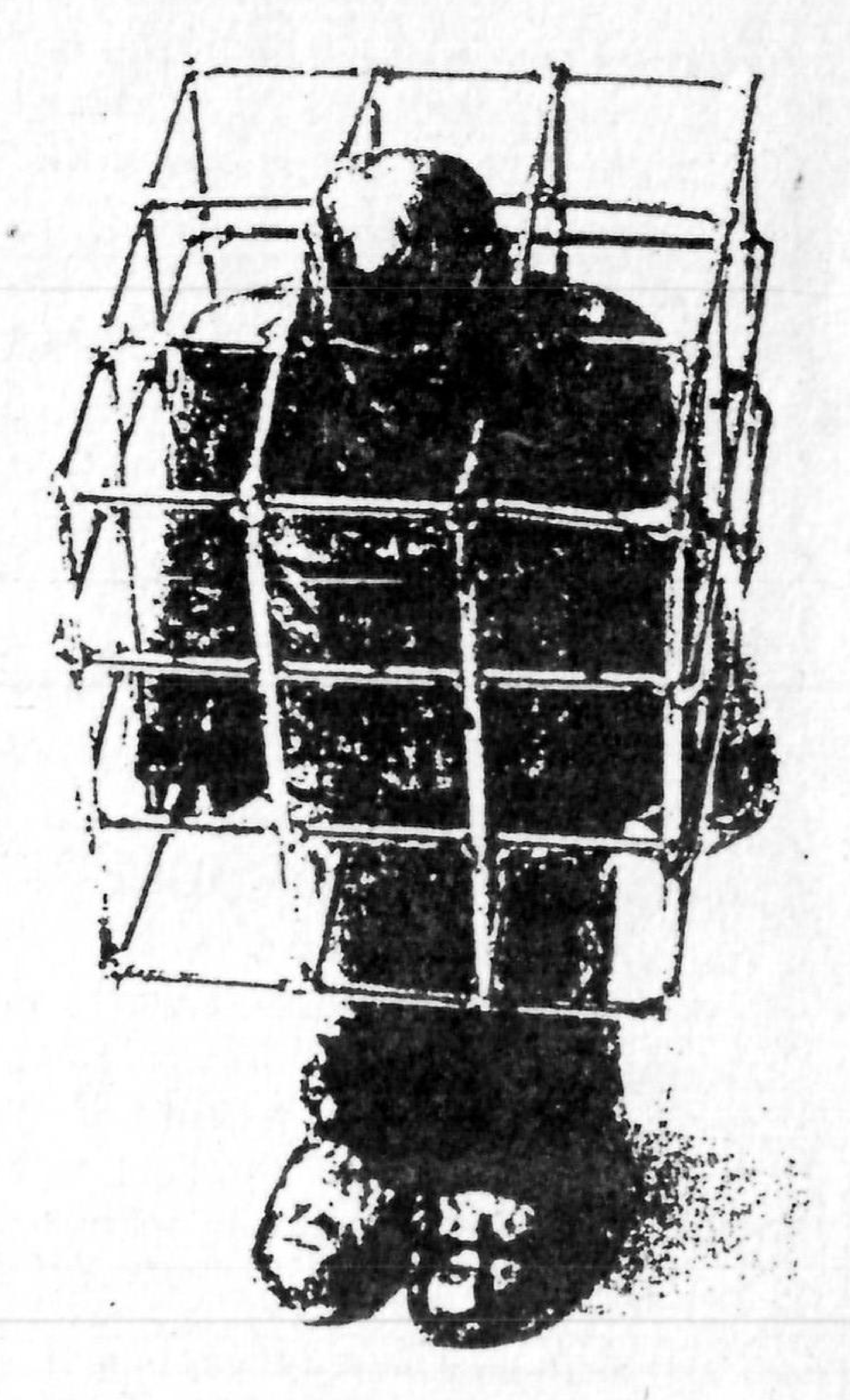
Gegner (»die PC«) gleichsam selbst erschaffen. Das Prinzip scheint darin zu bestehen, so scheußliche Zerrbilder zu zeichnen, daß sich niemand darin erkennen mag und folglich auch niemand dafür in die Bresche springt. Kaum mehr zu übersehen ist inzwischen allerdings, daß eins dieser Zerrbilder weibliche Züge trägt und die Feministin darstellt. Es soll gar nicht bestritten werden, daß der PC-Diskurs Fragen aufwirft, die von Feministinnen bearbeitet werden müssen (und die ohne den Rekurs auf pc zum Teil auch bereits seit Jahren bearbeitet *werden*: Dazu gehört etwa die Frage nach dem Sinn oder Unsinn von antisexistischen Sprachregelungen ebenso wie die, wem (wenn schon nicht den Frauen) Institutionen wie Die Gleichstellungsbeauftragte oder Die Frauenministerin eigentlich politischen Nutzen bringen. Davon abgesehen *ist* die political correctness in der Bundesrepublik jedoch vor allem das erfolgreiche Produk[illegible] nes medialen Diskurses. Hatt einen Pappkameraden, einen bessern findst du nit ... - so kommentierte Benedikt Erenz bereits 1993 die Warnung seines Kollegen Dieter E. Zimmer vor einer »linken Tugenddiktatur«. Aus feministischer Sicht läßt sich über diesen »Pappkameraden« zwar nicht diskutieren, aber als eine Konstruktion ist er durchaus ernstzunehmen: Schon deshalb, weil der PC-Diskurs nicht nur antifeministisch ist, sondern weil er darüber hinaus, so die These, die in diesem Beitrag entwickelt werden soll, einen neuen Antifeminismus stützt, legitimiert und in gewisser Weise auch neu strukturiert

DER PC-DISKURS IN DEN USA

Der Ausdruck »politically correct«, ursprünglich eine selbstironische Phrase der leninistischen Linken in den USA, wurde im Verlauf der bildungspolitischen Debatte Ende der achtziger Jahre wiederentdeckt. In diesem neuen Kontext diente er der kritischen Etikettierung der an einigen US-amerikanischen Universitäten praktizierten Politik des Multikulturalismus. In den USA hatten sich seit Ende der sechziger Jahre weite Teile der Frauenbewegung , der Schwulen- und Lesbenbewegung sowie viele *African Americans* und Angehörige der verschiedenen ethnischen Minderheiten enttäuscht von der egalitären *civil-rights*-Bewegung abgewandt. Als Alternative setzten sich die *identy politics* durch, deren Vertreterinnen eher die Differenz und die Besonderheiten der je eigenen Kultur betonen, als auf die Integration in die Dominanzkultur abzuzielen. Aus den Schwierigkeiten, diese eigene Kultur im angeblichen *melting pot* USA noch zu definieren und sie im öffentlichen Raum (Presse, Theater, Museen, Universitäten) sichtbar zu machen, erwuchs die Kritik an der überwältigenden Dominanz der weißen Kultur, der Kultur der *Dead white European Males* (vgl. z.B. Berman 1992; Diederichsen 1992; Rosenberger 1993; Scheit 1994; Ostendorf 1992). Diese Kritik führte an einigen Universitäten und Colleges zu Konsequenzen. Eine davon war die sogenannte *affirmative action*, also die Einrichtung von Programmen zur Erhöhung des Anteils der *African Americans* und anderer ethnischer Minderheiten an der Studentenschaft.

An einigen geisteswissenschaftlichen Fakultäten wurden zudem dieLehrinhalte (insbesondere die verbindlichen Leselisten für die Studentinnen im Grundstudium) im Geiste des Multikulturalismus erweitert bzw. revidiert. Etliche Colleges und Universitäten verpflichteten die Studierenden, racial awareness seminars oder sensitivity trainings zu absolvieren. Damit wurde auf die Zunahme rassistischer und sexueller Übergriffe auf dem Campus reagiert (Ehrenreich 1992; 335). Eine weitere Reaktion waren die besonders heftig umstrittenen speech codes, die Stanford, die University of California und zahlreiche andere Universitäten erlassen haben. Unter Androhung universitärer Sanktionen verbieten es die speech codes den Studentinnen und Studenten, fighting words zu gebrauchen. Gemeint ist damit die abwertende Referenz auf Rasse, Geschlecht oder sexuelle Orientierung, aber auch auf Religion oder Behinderung einer Person (vgl. Fish 1992; Gutmann 1993; Hentoff 1992; PerryI/Williams 1992).

Es versteht sich von selbst, daß eine solche Hochschulpolitik in den USA auf heftigen Widerstand stieß. KritikerInnen (nicht nur aus dem konservativen Lager) sahen das intellektuelle Erbe des Westens gefährdet und zeigten sich besorgt über den Verlust von Qualitätsstandards in der Literatur- und Kunstkritik. »Wenn die Zulus einen Tolstoi hervorbringen, werden wir ihn lesen« - so etwa lautet ein vielzitiertes, Saul Bellow zugeschriebenes Wort, das diese Position auf den Punkt bringt (zit. n. Taylor 1993, 33). Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand jedoch die angeblich auf dem Campus herrschende »Atmosphäre der Unterdrückung«, die an die McCarthy-Ära in den fünfziger Jahren erinnere, die Lehrfreiheit einschränke und Studierende und Lehrkräfte zwinge, ihre Rede zu kontrollieren und öffentlich anders zu sprechen als privat Die Kritiker sahen dadurch die Redefreiheit verletzt, die das



First Amendment, der erste Zusatz zur amerikanischen Verfassung, garantiert. Ähnlich wie später auch in der Bundesrepublik, hat sich die Bezeichnung political correctness in den USA als ein Stigmawort für das Programm des politischen Gegners durchgesetzt, obwohl es zunächst keine Gruppierung gab, die sich mit diesem Kürzel identifiziert hätte (Diederichsen 1992, 27). Daß schließlich die gesamte bildungspolitische Diskussion unter der Überschrift political correctness geführt wurde, sagt deshalb eigentlich schon alles über die darin herrschenden Kräfteverhältnis. (1) Inzwischen sind in verschiedenen Bundesstaaten richterliche Urteile ergangen, mit denen Universitäten gezwungen wurden, ihre *speech codes* zu revidieren oder zurückzuziehen sowie die *affirmative action* einzustellen (vgl. Kister 1992).

DER PC-DISKURS IN DER BUNDESREPUBLIK

In den deutschen mainstream-Medien tauchte die Bezeichnung political correctness zunächst nur in Zusammenhang mit der US-amerikanischen Diskussion auf. Eine Vorreiterrolle kam dabei dem FAZ-Korrespondenten Jörg von Uthmann zu, dessen einseitig diffamierende Berichterstattung die deutsche Diskussion in gewisser Weise vorstrukturiert haben dürfte. Eine erste Verknüpfung mit den bundesdeutschen Verhältnissen leistete dann im Herbst 1993 Dieter E. Zimmer in einem vielbeachteten Zeit-Artikel. Der Verfasser

entwickelt darin die These, das Phänomen der »Political Correctness« existiere nicht nur in den USA, sondern sei auch in der Bundesrepublik »ein bestimmendes Element der öffentlichen Meinung«. Die PC beruhe auf einer Reihe unreflektierter Denkprämissen (z.B. daß Männlichkeit und Weiblichkeit nicht Natur, sondern Kultur sind), deren Diskussion sie tabuisiere. Wer als ein nachdenklicher Mensch diese Denkverbote (z.B. auch zu den Themen Euthanasie oder Nation) mißachte, werde von der unbarmherzig dichotomischen PC als menschenverachtend, rechts oder faschistisch stigmatisiert und gejagt: Gegenpositionen zur PC-Meinung seien nämlich nicht nur falsch, sondern auch böse.

Im Anschluß an den Artikel von Zimmer kam es zu einem Boom von Publikationen, die sich mit dem Thema political correctness auseinandersetzten. Mit dem Beitrag von Zimmer haben die meisten dieser Veröffentlichungen gemeinsam, daß sie die Bezeichnung political correctness zum Stigmawort machen: zu einem Kürzel, das den politischen Gegner diffamiert und als Feind der verbindlichen gesellschaftlichen Werte darstellt (vgl. Strauß u.a. 1989, 36). Entsprechend zielen viele dieser Texte nicht auf die Reflexionsfähigkeit der impliziten LeserIn ab, sondern setzen Stereotype voraus und bedienen sie. Statt zu argumentieren oder zumindest ihre Behauptungen zu belegen, stellen die AutorInnen eine pejorative Bedeutung von political correctness mit suggestiven Strategien her. (2) Dazu gehören u.a. Diffamierungen (PC-Brigade, akademische Ajatollahs, Sprachpolizei usw.) sowie der ausgiebige Gebrauch von Anspielungen und Metaphern, die den komplizierten Sachverhalt zu einer griffigen, Eindeutigkeit suggerierenden Erzählung verkürzen. Übrigens weisen die verwandten Metaphern und Anspielungen so gravierende Übereinstimmungen auf, daß schon daran der intertextuelle Zusammenhang der Beiträge aufweisbar wäre. Angespielt wird typischerweise auf das kommunistische Manifest (Ein Gespenst geht um...), auf Orwells 1984 (Newspeak), auf Kafkas Der Prozeß (die anonym wirkende Behörde, gegen deren Anschuldigungen eine Verteidigung nicht möglich ist), auf den Tugendterror der Jakobiner nach der französischen Revolution und schließlich, ganz subtil, auch auf die stalinistischen Säuberungen. Denselben Horizont des Sinnverstehens eröffnet auch die typische Metaphorisierung von PC als Inquisition, die vor allem bei Dieter E. Zimmer aus-buchstabiert wird, aber auch z.B. in dem Spiegel-Titel *Hexenjagd auf dem Campus* an zentraler Stelle wiederkehrt.

Clemens Knobloch, einer der wenigen journalistischen PC-Kritiker, dem bei diesem Gegenstand nicht die Fähigkeit zu einer differenzierten Argumentation abhanden gekommen ist, hebt schließlich den Aspekt der Banalisierung in der gängigen Berichterstattungspraxis hervor:

Durch die Medien geistert das negative Etikett, verknüpft mit ein paar skurrilen Beispielen, die Distanz. Kopfschütteln und Spott auslösen. Wer wird schon Blinde ‚anderssichtig oder Zwerge vertikal beeinträchtigt nennen wollen?. Das klingt nach einer kabarettistischen Zuspitzung der Euphemismen, an die wir uns schon fast gewöhnt haben. (Knoblauch 1995)

Differenziertere Betrachtungen zum Thema political correctness stellen Ausnahmen dar (z.B. Bendkowski 1995; Detje 1994; Erenz 1993; Harpprecht 1995; Knobloch 1995), die hinsichtlich der Bedeutungsentwicklung wirkungslos blieben. Was sich generell durchgesetzt hat, ist das Konzept des Stigmawortes.

(...)

Unter den Oberbegriff »Political Correctness« fallen z.B. die Kritik an dem Essay *Anschwellender Bocksgesang* von Botho Strauß, die Kritik an Steffen Heitmann (u.a. wegen seiner originellen Äußerungen über die Rolle von Frauen als Müttern), die mit dazu beitrug, ihn als Präsidentschaftskandidaten für die CDU untragbar zu machen, oder die Kritik an Charlotte Höhn, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, die u.a. aufgrund ihrer Äußerungen über »rassisch bedingte« Intelligenzunterschiede von ihrem Amt suspendiert wurde. Vor allem die Fälle Höhn und Heitmann müssen zudem als Belege für die Macht herhalten, die die PC, vermittelt durch die »linken Meinungsführer« in den Medien, angeblich ausübt (vgl. z.B. Behrens/Rimscha 1995, 107ff; 118ff).



Ich bin sicher keine Tochter der Frauenbewegung. Da ich in der ehemaligen DDR aufgewachsen bin, ist mir der Femilismus eher fremd. Ich denke auch, daß der Feminismus mit seinen oft extremen und lauten Forderungen meinem Wesen wenig entspricht, vor allem weil ich zu realistisch bin. Die Frauenbewegung halte ich trotzdem für wichtig und unverzichtbar — schließlich sage ich ja selbst ständig, daß Frauen für ihre Rechte kämpfen und sie einklagen müssen. Insofern betrachte ich die Frauenbewegung auch als Unterstützung für meine Arbeit. Und sicherlich hat die Frauenbewegung dazu beigetragen, daß sich das Selbstverständnis vieler Frauen gewandelt hat.
Angela Merkel, Bundesfrauenministerin, Bonn

Auf die Macht der political correctness verweisen schließlich auch die Erfolge der feministischen Sprachkritik, das heißt insbesondere die (angebliche) Durchsetzung geschlechtergerechter Sprachverwendungen:

»Kein Politiker, der eine Versammlung noch mit ‚Liebe Mitbürger anreden könnte im Vertrauen auf die alte Übereinkunft, ‹ das damit alle anwesenden Personen gleich welchen Geschlechts gemeint seien ...; heute hat er, wenn er nicht als Sexist unwählbar sein will, ‚Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger zu sagen.« (Zimmer 1993; vgl. auch Adam 1995; Behrens/Rimscha 1995, 40ff; Stern 1994, 299ff)

Als die Subjekte der PC haben demnach Feministinnen und die Linke (was immer das zur Zeit sein mag) zu gelten. Dieter E. Zimmers diffuse Behauptung, political correctness sei ein bestimmendes Element der öffentlichen Meinung mußte noch in diesem Sinne dechiffriert werden; in jüngeren Publikationen dagegen werden die linken Meinungsführer ganz direkt angegangen: Sie beherrschen die Medien (3) und lassen konservativen Werthaltungen keine Chance. Der Beleg: Die sogenannten Meinungsführer ordnen sich selbst zu zehn Prozent als konservativ oder christlich-demokratisch ein, zu fast Dreivierteln (sic!) als linksliberal (21%), liberal (19%), sozialdemokratisch (17%). grünalternativ (10%) oder sozialistisch bzw. »kommunistisch« (4%) (Behrens und Rimscha 1985, 112). Diese Behauptung ist natürlich grotesk, wenn man die deutsche Medienlandschaft unter Einschluß von Leo Kirch, Bild, Welt, FAZ, Focus usw. betrachtet. (4) Die Autoren, die ihre Quellen sonst akribisch benennen, bleiben hier denn auch jeden Beleg schuldig. Vorsichtshalber lassen sie auch offen, was sie unter einem Meinungsführer eigentlich verstanden wissen wollen: Das erlaubt bei Nach-

fragen jederzeit eine beliebige Umdeutung.

POLITICAL CORRECTNESS ALS STIGMAWORT

Während es in den Jahren 1992 und 1993 noch von der politischen Ausrichtung der Redaktion bzw. der AutorIn abhängig war, mit welcher sozialen Bewegung der Ausdruck political correctness versehen wurde, sind seit Anfang 1994 in den Medien kaum mehr Wortverwendungen in einer positiven oder zumindest neutralen Bedeutung nachweisbar. (5) Aus den Kontexten ist zu erschließen, daß es nur mehr in den seltensten Fällen Zustimmung für einen Sachverhalt ausdrückt, ihn als politisch korrekt zu bezeichnen. In der Regel wird eine politische Position, eine Person oder ein Verhalten mit dieser Bezeichnung stigmatisiert oder zumindest ironisiert. Einige wenige Ausnahmen sind allenfalls in taz-Leserbriefen (LeserInnen ?, die Red.) oder in alternativen Publikationsorganen zu finden. Dazu eins der inzwischen raren Beispiele:

1) »Gibt es politisch korrekten Sex/Anmache(?)« (Aus dem Fragenkatalog der AG sexuelle Zwangsmoral und neue Moral auf dem Mannergruppentreffen 1 994 in Nürnberg. Männerrundbrief 3, April/Mai 1994, o.S.)

Sehr viel häufiger werden inzwischen aber auch in linksalternativen Kontexten mit der Bezeichnung politically correct die angeblichen Einschränkungen der Rede-, Meinungs- und Handlungsfreiheit im Namen von Antirassismus und Antisexismus als naiv, lächerlich und/oder intolerant angeprangert.

2) Von wegen Gleicher unter Gleichen. Die Sex-Vielfalt der Schwulen funktioniert wie ein Kastensystem. Das Liebesleben der Lesben hingegen pendelt zwischen der political correctness einiger Alice-Schwarzer-Klone und dem Sex ohne Grenzen der verruchten Wilden.(aus einem Bericht über lesbische Sexualität in der taz vom 30.9.94)

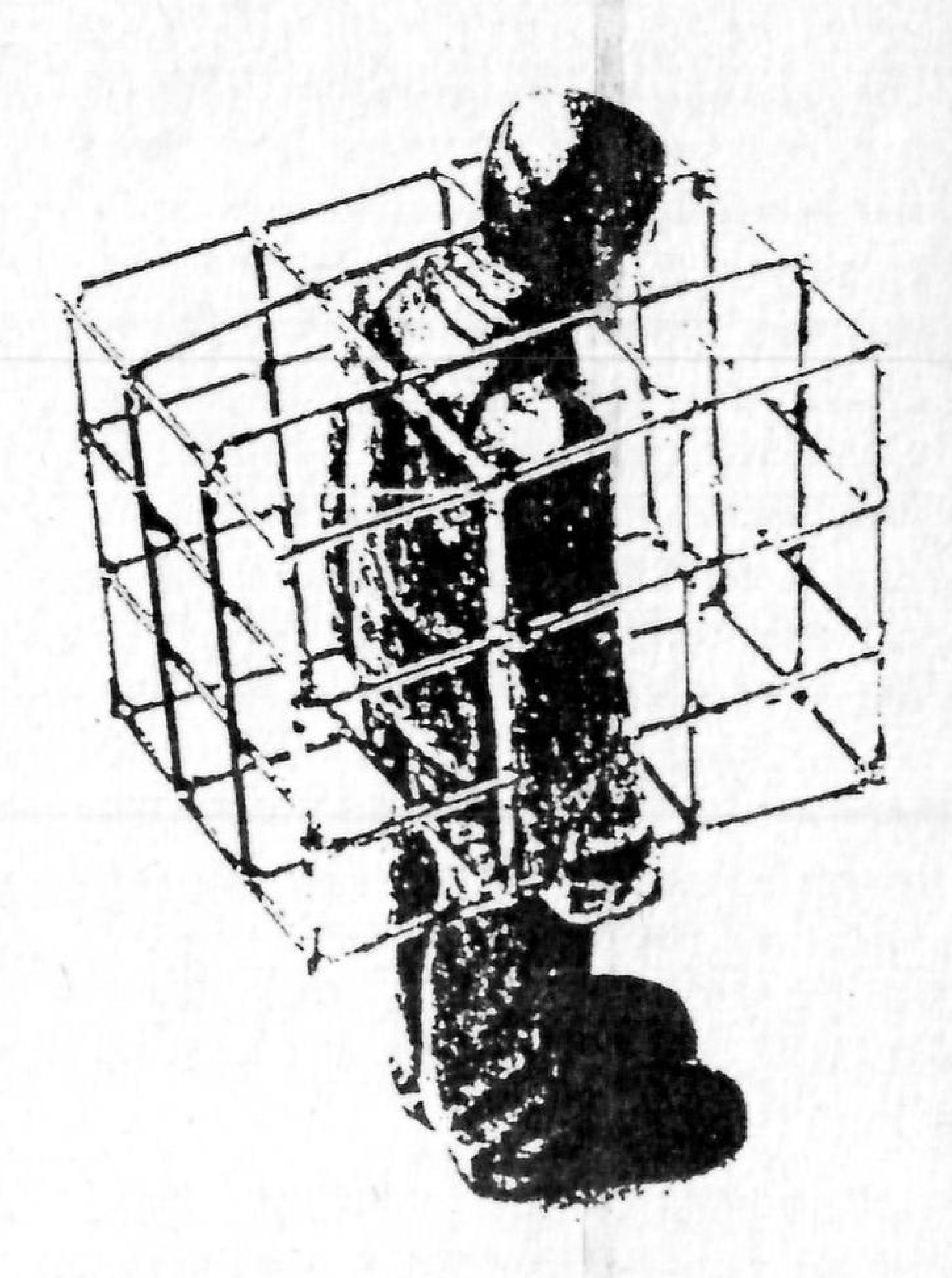
3. Vielen Dank für Deine hochkomische Glosse. Lockere Scheibe, flapsige Formulierungen, voller Sprachwitz wider den Stachel der öden Political Correctness lökkend. (taz-Leserinnenbrief vom 22.6.1995 zu der Glosse *Ich war Bodyguardin bei Wiglaf Droste*)

Diese Wortverwendungen erinnern in gewisser Weise an den selbstironischen Gebrauch der Initialabkürzungen pc innerhalb der leninistischen Linken in den USA. Hier und heute rufen die zitierten Verwendungen allerdings den aktuellen PC-Diskurs auf, zumal in linksalternativen und in konservativen bis rechten Kontexten ein gemeinsamer Bedeutungskern aufweisbar ist. Der rechte PC-Begriff enthält gegenüber dem linken nur einige zusätzliche Merkmale. Als PC-typische gelten hier nicht nur die ideologisch begründeten Einschränkungen individueller Freiheiten, sondern auch die Forderungen nach kompensatorischen Sonderrechten für die 'Angehörigen unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen. Die damit verbundene soziale Bewertung akzentuiert neben dem Aspekt des Lächerlichen auch den des Gefährlichen: Antidemokratisch, totalitär, mächtig, und bedrohlich sind Merkmale, die der PC häufiger (aber keineswegs ausschließlich!) von rechts als von links zugewiesen werden:

4. Es droht von der Linken keinerlei geistige Anregung mehr; sie wird sich allenfalls beteiligen an der Organisation der gesellschaftlichen Zerfalls in Form der politischen Korrektheit. (Botho Strauß in einer Erwiderung auf die Kritik an seinem Essay *Anschwellender Bocksgesang* in: Der Spiegel vom 18.4.1994, 168)

(...)

Welche politische Funktion erfüllt das Stigmawort political correctness? In liberalen bzw. liberalkonservativen Kontexten (z.B. Zeit, Spiegel, Süddeutsche Zeitung) galten feministische und linke Positionen wie z.B. das Engagement für gesellschaftliche Demokratisierung- und Emanzipationsprozesse oder die Parteilichkeit für Frauen, Homosexuelle, Flüchtlinge usw. bisher als zumindest respektabel. Deren Chiffrierung als politisch korrekt scheint nun die diskrete Distanznahme zu erleichtern. Mit der Chiffrierung wird nämlich das Referenzpotential diffus: Auf welche Subjekte political correctness abzielt, muß in diesen politischen Kontexten jeweils erst aus dem Textzusammenhang entschlüsselt werden. Die Unschärfe des Begriffes erlaubt pauschale Aussagen, Unterstellungen und Diffamierungen, da die VerfasserInnen sich damit nicht festlegen sondern bei Nachfragen und Kritik jederzeit beliebig umdeuten können, worauf die Bezeichnung political correctness eigentlich referiert. Während Denkbilder (vgl. Opp de Hipt 1987; 56ff und 127) wie Feminismus als Inquisition oder Die Linke als Gedeankenpolizei noch im Widerspruch zum liberalen Geist z.B. der Zeit stehen würden (und darüber hinaus offenkundig absurd wären), ist die Inszenierung der entsprechenden Denkbilder durchaus



möglich, wenn für links und feministisch die Chiffre politisch korrekt eingesetzt wird.

PC als Inquisition« oder PC als Gedankenpolizei sind Denkbilder, die Inhalte und politische Zielsetzungen ausblenden und herunterspielen und dafür eine bestimmte angeblich intolerante und totalitäre Geisteshaltung akzentuieren. Tatsächlich werden Methoden und Inhalte aber natürlich niemals als unabhängig voneinander gedacht. Bei genauerer Betrachtung erweist sich im Anti-PC-Diskurs stets, daß die Kritik der Methode die Auseinandersetzung mit den Inhalten ersetzt, das kritische Urteil aber für beides, für Inhalt und Methode gilt. So fällt z.B. in dem bereits erörterten Beitrag von Dieter E. Zimmer die gesamte (linke) Kritik an dem Essay *Anschwellender Bocksgesang* von Botho Strauß unter das Verdikt political correctness, ohne daß der Verfasser zwischen dümmlichen Pauschalurteilen (die es zweifellos auch gegeben hat) und einer differenzierten, rational argumentierenden Kritik unterscheiden würde. Der gemeinsame Nenner zwischen einer Strauß-Kritik, die reflexhaft auf bestimmte Stichwörter anspringt, und einer intelligenten Auseinandersetzung mit dem Text liegt sicher nicht in den Methoden der KritikerInnen, sondern in deren (grundsätzlichem) politischen Standort und einigen der daraus abgeleiteten Werthaltungen. Wenn also beide Formen der Kritik unter political correctness fallen, dann ist das Kriterium für die Zugehörigkeit zu dieser Kategorie offenbar nicht eine intolerante und totalitäre Geisteshaltung (wie die üblichen Metaphorisierungen von pc suggerieren), sondern das Festhalten an bestimmten linken Grundpositionen. Die Etablierung von political correctness als

einem politischen Stigmawort erfüllt somit offenbar die Funktion, eine Desavouierung emanzipatorischer Inhalte und Zielsetzungen gesellschaftsfähig zu machen und damit den *common sense* entsprechend zu verändern. Wie fortgeschritten dieser Prozeß ist, belegt der abfällige Gebrauch von pc selbst in linksalternativen (oder vielleicht richtiger: vormals linksalternativen) Kontexten. Dort reflektiert er vermutlich eine Haltung, die Halina Bendkowski in der taz so beschrieben hat:

Eher bekennen sich selbst meine nettesten politischen FreundInnen trotzig als rechts denn als politisch links-antiquiert. Gnadenlos kultiviert wird das Politische schlechthin auf den Müllhaufen der Geschichte deponiert. (...) Der Anti-PC-Liga ist es gelungen, sich selbst als aufrecht und bewegt antiideologisch zu präsentieren, wogegen die Feministinnen und die Linken als totalitär verbohrt und illiberal herzuhalten haben. (Bendkowski 1995)

Wenn Politik tatsächlich zuallererst ein Kampf um Begriffe sein sollte, dann dürfte die sich formierende deutschnationale Rechte die Etablierung des Stigmawortes political correctness als einen ersten großen Sieg feiern. In den entsprechenden Kontexten, z.B. in den Beiträgen des Sammelbandes *Die Selbstbewußte Nation*, ist political correctness ganz unverhüllt ein Synonym für den politischen Gegner: Feministinnen, Linke und vor allem die linken Meinungsführer in den Medien.

DER NEUE ANTIFEMISMUS

Brigitta Huhnke hat in ihrer Dissertation zur politischen Berichterstattung über Frauenthemen zwischen 1980 und 1992 die bereits seit längerer Zeit vorliegenden US-amerikanischen Befunde für die Bundesrepublik bestätigt: Danach erfolgt die Ausgrenzung von Frauen in den Medien durch schlichte Nicht-Thematisierung sowie durch subtile Botschaften, misogyne Diskursfetzen (Huhnke 1995;50), die an die Affekte der LeserIn appellieren. Argumentativ scheint der männliche Superioritätsanspruch im untersuchten Zeitraum dagegen kaum mehr vertreten zu werden; auch die offene Diskriminierung von Frauen ist in der politischen Berichterstattung der seriösen Presse eher selten (Huhnke 1994).

Mein subjektiver Eindruck ist, daß sich an diesem Punkt seit 1992 etwas geändert hat, und zwar zum (noch) Schlechteren. Die Berichterstattung über Frauen und über feministische Themen, deren Umfang sich bis 1992 zumindest in einigen Medien (Zeit und dpa) gegenüber 1980 deutlich erhöht hatte, scheint (u.a. zugunsten der Themen Kinder und Familie) quantitativ wieder stark zurückzugehen. Darüber hinaus häufen sich neuerdings die keineswegs mehr subtil, sondern vielmehr offen antifeministischen Beiträge. Huhnke wird für die Buchveröffentlichung ihrer Dissertation noch die Berichterstattung der Jahre 1993 bis 1995 aufarbeiten, so daß sich herausstellen wird, inwieweit diese Vermutung zutrifft.

Was hat das mit dem PC-Diskurs zu tun? Grundsätzlich gilt natürlich, daß die Stigmatisierung bestimmter Positionen als politisch korrekt indirekt gleichzeitig die Gegenposition legitimiert. Zudem bewirkt die Unterstellung, die PC-Positionen repräsentierten den Zeitgeist und seien bestimmend für die öffentliche Meinung, daß die Gegenpositionen plötzlich chic werden: Es kann wieder ganz unbefangen von der Zähigkeit afrikanischer Untugenden wie Nepotismus und Kleptomanie gesprochen werden, oder, als wäre das eine Offenbarung, festgestellt werden, daß die Selbstverwirklichung von Frauen auf Kosten der Kinder geht(Behrens und Rimscha 1995, 140, 110). Solche Positionen erscheinen nicht mehr als Ausdruck dumpfester Ressentiments, wie sie in jedem Boulevardblatt und in jeder Kneipe zu finden sind, sondern als unterdrückte Wahrheiten, die auszusprechen ein Akt der Zivilcourage und Ausdruck eines unabhängigen Geistes ist.

(...)

Einen Vorgeschmack davon, wie diese »intensive Auseinandersetzung« aussehen wird, bietet der Beitrag von Felix Stern im selben (o.g., Die Red.) Band: *Feminismus und Apartheid Über den Krieg der Geschlechter.* Im Prinzip läßt er sich auf eine einzige Behauptung reduzieren, die variationsreich wiederholt wird: Der Feminismus ziele erfolgreich auf die Separierung von Frauen und Männern ab. Die Argumentation des Verfassers ist dabei so aufgebaut, daß er die entsprechenden radikalfeministischen Positionen der siebziger Jahre (Firestone usw.) umstandslos zu dem Feminismus erklärt, dessen Ziele nunmehr durch die institutionalisierte Gleichstellungspolitik umgesetzt würden. Der Separierung der Geschlechter dienen seiner Auffassung nach unter anderem die Initiierung und staatliche Förderung von Wohnprojekten für Frauen, das Vordringen einer Frauensprache auch in Behörden und im Sozialbereich, in der Männer nicht einmal mehr mitgemeint sein sollen (299), die Masche mit dem sexuellen Mißbrauch, die das Klima bis in die Familien hinein so vergifte, daß die Abschaffung der Traditionsfamilie wieder ein Stückchen näher (rückt) (298), sowie schließlich die Gesetzesinitiativen im Zusammenhang mit dem Thema Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz:

Nun haben sies erreicht, den kleinen Flirt, die Anmache im Büro unter Strafe zu stellen, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, wo es einst auch die Ohrfeige zur rechten Zeit tat oder man im Rahmen von Betriebsratsaufgaben hätte Lösungen finden können. Nein, Täter müssen kriminalisiert werden, nur das hilft, das Image vom ‚bösen Mann aufrechtzuerhalten. Damit hat die Heteroliebe am Schreibtisch kaum noch aussichtsreiche Chancen, wäre doch für jeden die Gefahr zu groß, bei Sympathiekundgebungen mißverstanden oder gar als Arbeitskollege oder lästiger Konkurrent mit der Schmollmund-, Blusen- oder Honigschoßfalle beruflich kaltgestellt zu werden. Fürwahr eine feministische Meisterleistung, wo doch schon längst die Verwaltungen der großen Dienstleister wie Banken, Versicherungen und Behörden zum anerkannt größten und notwendigen

Heiratsmarkt für den ohnehin bezugsarmen Menschen geworden sind. Liebe im Büro verletzt nämlich nicht nur, sondern kann auch beflügeln. US-Studien haben hier Erstaunliches herausgefunden - warum dies den Menschen nicht selbst überlassen, sondern ideologisch verbieten, womit man selbst vielleicht nicht klar kommt. (297)

(...)

Das Schlüsselwort für diesen Text ist Apartheid. Daran, also »an die frühere Apartheid in Südafrika« (304), fühlt sich der Autor erinnert, wo Feministinnen den Ausschluß und die Diffamierung der Männer als einen meist gar nicht mehr als Sexismus empfundenen Geschlechter-Rassismus (294) praktizierten.

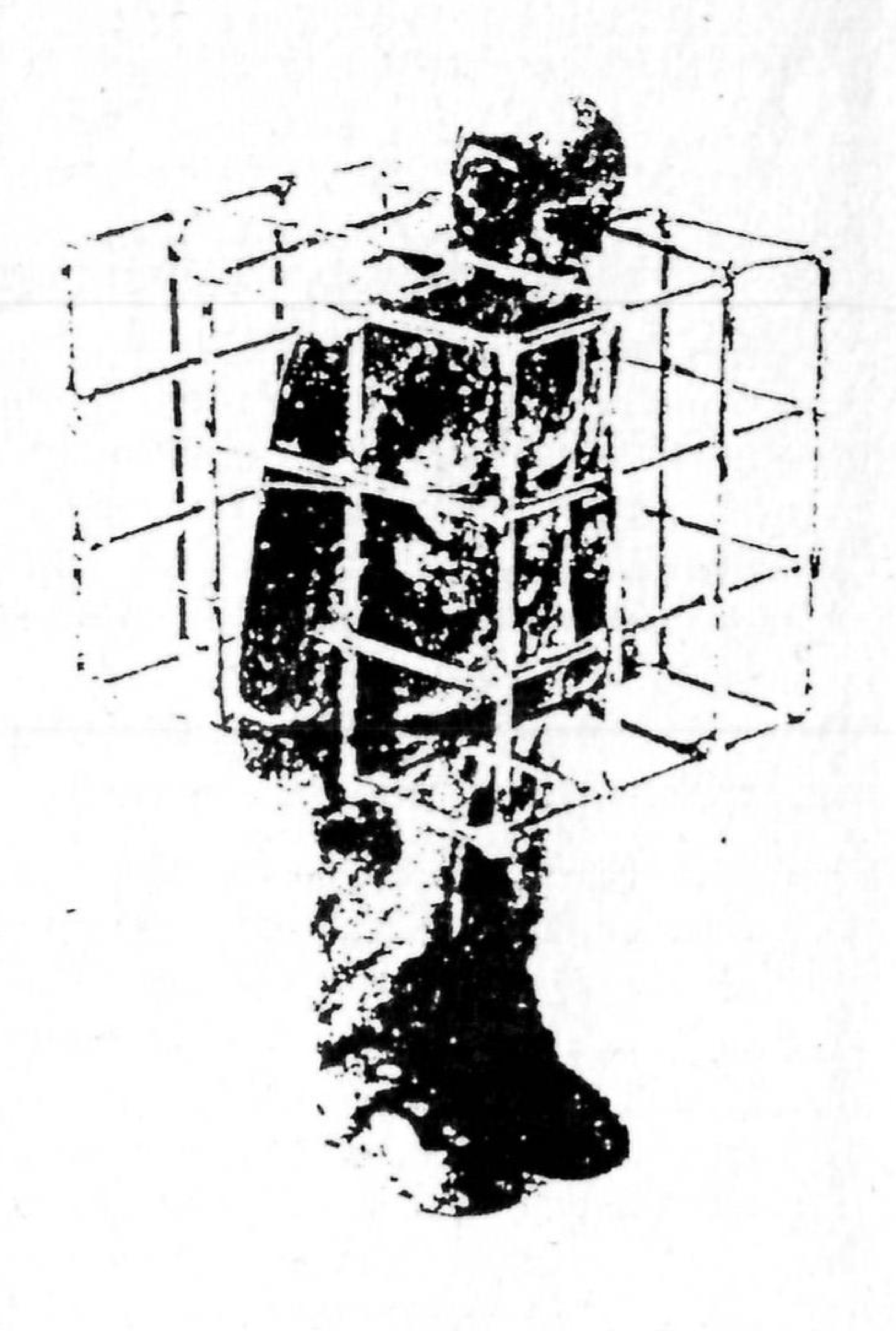
(...)

Der Beitrag von Felix Stern fällt (noch) aus dem Rahmen, weil er auf alle »frauenfreundlichen«, beschwichtigenden Floskeln verzichtet, an die sich auch konservative Publizisten und Politiker in den letzten 15 bis 20 Jahren gewöhnt haben. Tatsächlich ist er aber als Teil eines Diskurses anzusehen. der nicht nur das beschriebene Reformvorhaben legitimiert, sondern der zum Beispiel auch Männern den Zugang zum Beruf der Hebamme verschafft hat, die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots

für Frauen (mit)begründet und möglicherweise irgendwann auch zu einer Wehrpflicht für Frauen (bzw. zu einem Pendant dazu) führen wird. Insofern kann Sterns Argumentation keineswegs als eine Rechts-außen-Position abgetan werden. Die beiden Schlüsselwörter Sexismus« und Apartheid markieren bei Felix Stern die zwei Seiten der selben Medaille: Der Vorwurf, eine Gleichstellungspolitik nur für Frauen sei sexistisch, begründet den Verlust der wenigen Privilegien, die Frauen historisch zugewachsen sind, während die Analogie Feminismus = Apartheid darauf abzielt, Frauen die Chancen, die Männer immer schon hatten, wieder zu nehmen bzw. sie ihnen gar nicht erst zuzugestehen. Als ein antifeministisches Stigmawort (das z.B. mit Alexander von Stahl inzwischen auch in die institutionelle Politik eingezogen ist) wendet sich »Apartheid« dagegen, Frauen als eine gesellschaftlich diskriminierte Gruppe anzuerkennen, für die Chancengleichheit mittels kompensatorischer Maßnahm   erst herzustellen ist. Ironischerweise muß dabei gerade das Prinzip der Gleichheit herhalten, um die Perpetuierung von Ungleichheit zu begründen. Daß auch diese Position zunehmend (wieder) an Boden gewinnt, haben im Oktober 1995 die Ablehnungen eines Frauenquorums durch den Bundesparteitag der CDU in Kahrlsruhe gezeigt sowie der Spruch des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg, Frauen dürften allein wegen ihres Geschlechts bei Ernennungen und Beförderungen nicht bevorzugt werden.

Karsta Frank

aus: Das Argument, Januar/Februar 1996 (redaktionell gekürzt)



Anmerkungen:

(5) Diese Bedeutungsentwicklung läßt sich gut nachvollziehen anhand der (über die CD-ROM-Recherchen leicht zugänglichen) Wortverwendungen in der taz, der ja eigentlich eine positive Grundeinstellung gegenüber den als pc-typisch geltenden Positionen unterstellt werden dürfte. Wenn political correctness selbst hier seit dem Frühjahr 1994 nahezu ausschließlich in einem negativen oder zumindest höchst ironischen Sinne verwandt wird, ist dies ein überzeugender Beleg dafür, daß sich das Konzept des Stigmawortes im deutschen Sprachraum durchgesetzt hat.

PGP jetzt im Tagesspiegel

In seiner Ausgabe vom 6.11.96 wird der Gebrauch von „PGP" empfohlen

Vor einem Jahr. Razzia wegen der „radikal": zielgerichtet stürzen sich die Staatsschützer auf alle Computer im Haus und untersuchen, ob darauf das Verschlüsselungsprogramm „pgp" installiert ist. Werden sie fündig, wird der Computer verschleppt, und gegen die/den BesitzerIn scheint ein weiteres Indiz gemäß ihrer Logik gesammelt.

Doch damit ist es spätestens jetzt vorbei. Hat schon das Büchlein „Der kleine Abhörratgeber" in der Edition ID-Archiv für eine größere Verbreitung des Programms geführt, ist eine Veröffentlichung im Tagesspiegel der Durchbruch in die Normalität. So wie jedeR einen Briefumschlag für Briefe benutzt, werden Dateien durch „pgp" vor ungebetenen MitleserInnen geschützt. Auf absehbare Zeit scheint die Verschlüsselung für staatliche Behörden noch nicht knackbar zu sein.

Trotzdem sollte mensch immer die rasante technische Entwicklung in diesen Bereichen im Auge behalten und sich nicht zu sicher fühlen.

SURFEN AUF DEM INTERNET: EINE EINFÜHRUNG (20 UND SCHLUSS)

Das Knacken dauert Jahrzehnte

„PGP" verschlüsselt E-Mails vor fremdem Zugriff / „Ziemlich gute Privatsphäre"

VON HANS-PETER STRICKER

Spätestens, wenn es an die Übertragung von Kreditkartennummern geht, wird der bis dahin arglose E-Mail-Benutzer mißtrauisch. Kann er solch sensible Daten einfach dem Internet anvertrauen? Können sie nicht – die nötige kriminelle Energie oder einen übertriebenen Kontrollzwang vorausgesetzt – von unbefugter Seite ausgespäht werden?

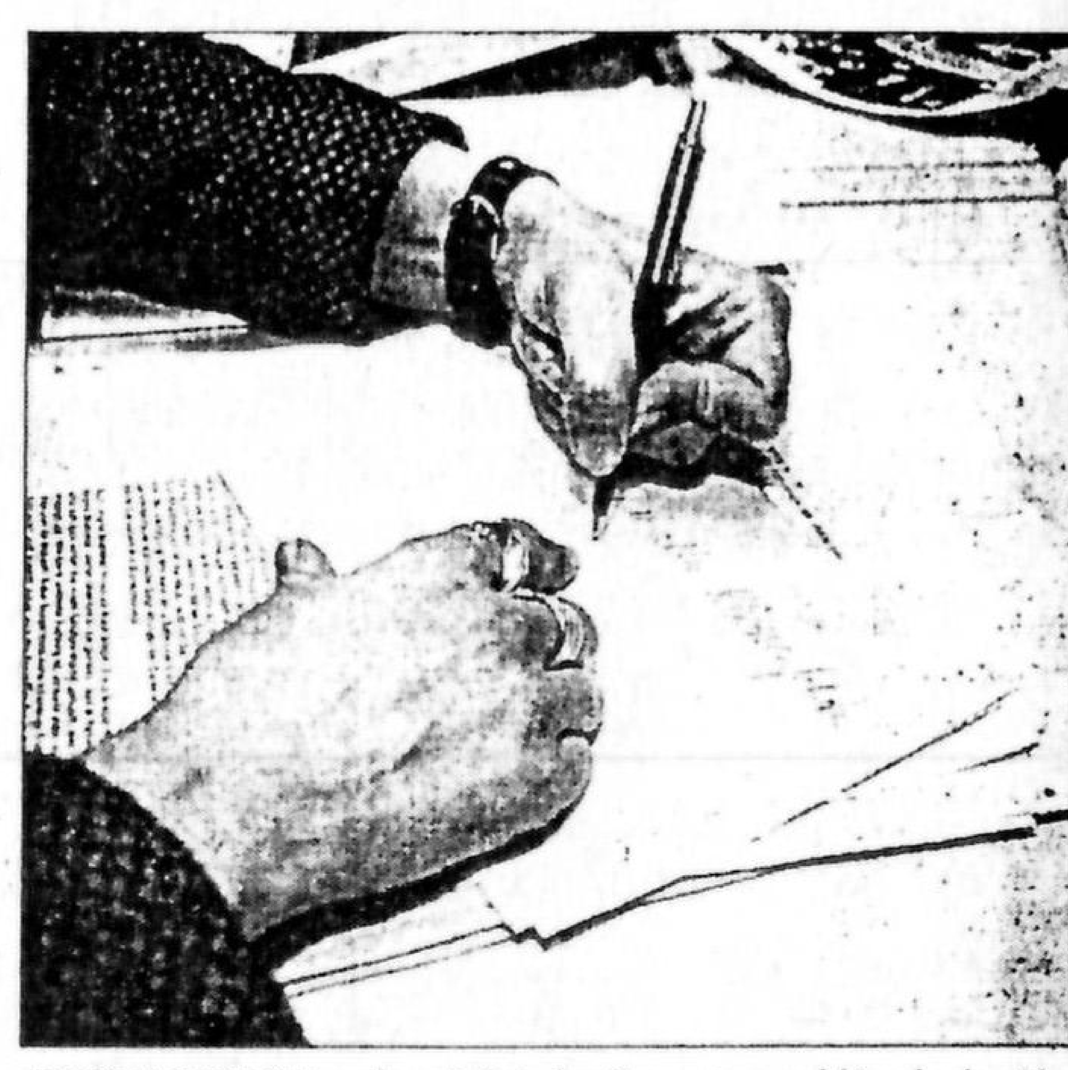
Die knappe Antwort lautet: Sie können. In welchem Maße das freilich praktiziert wird, ist jedoch nirgendwo statistisch erfaßt. Doch kann man davon ausgehen, daß es eher selten vorkommt. Zumindest ist noch kein Fall belegt, in dem es auf diese Weise zu größeren Schäden gekommen ist.

Wer sich trotzdem im Gefühl der Sicherheit wiegen will, für den gibt es mit dem Programm PGP eine gleichermaßen unknackbare wie einfach zu bedienende Methode, heikle Informationen zu verschlüsseln und nur für den lesbar zu machen, für den sie gedacht sind. PGP steht für „pretty good privacy" (ziemlich gute Privatsphäre) – ein Versprechen, das gehalten wird.

Das Programmm kann zum Beispiel vom FTP-Server der Freien Universität Berlin (ftp://ftp.fu-berlin.de/pub/unix/security/pgp/dos) kostenfrei heruntergeladen werden. Als DOS-Anwendung der alten Schule ist es allerdings nicht jedermanns Sache. Darum empfiehlt es sich, zugleich eine Windows-Oberfläche zu besorgen, etwa den PGP-Manager (http://www.voicenet.com/jank/astec/pgpman.htm). Nach wenigen (und gut dokumentierten) Installationsschritten ist PGP dann startbereit.

Sofort verschicken kann man PGP-verschlüsselte E-Mails in diesem Stadium trotzdem noch nicht. Denn noch wüßte keiner, wie er die Nachricht entschlüsseln sollte. Ein Blick auf die Funktionsweise von PGP (und verwandter Verschlüsselungstechniken) lehrt jedoch, wie das geregelt wird.

In einem ersten Schritt erzeugt PGP ein zufälliges, aber genau aufeinander abgestimmtes Zahlenpaar. Dabei kann man zwischen drei Sicherheitsstufen wählen – von „einfach" bis „militärisch". Die eine der Zahlen dient dann als geheimer Schlüssel, der im Besitz des Benutzers bleibt, die andere als „Schloß". Kopien dieses digitalen Schlosses werden dann an all jene verteilt, die einmal in die Verlegenheit geraten könnten, einem eine verschlüsselte E-Mail schikken zu wollen. Mit dem digitalen Vorhängeschloß kann ein Absender künftig eine E-Mail verschlüsseln, die nur noch der Empfänger und Besitzer des entsprechenden Schlüssels wieder öffnen kann. Versuche, das Schloß zu knacken, kämen im Schnitt erst nach Jahrzehnten zum Erfolg.



GEHEIMSCHRIFTEN und natürlich das Couvert verschlüsseln den Liebesbrief. Fürs E-Mailing gibt es „PGP". Foto: Thilo Rückeis

Wer also verschlüsselte E-Mails verschikken will, braucht außer der PGP-Software auch eine Kopie des digitalen Schlosses des Empfängers – auch wenn die Geheimhaltung mehr im eigenen als in dessen Sinne ist. Umgekehrt spricht nichts dagegen, die entsprechende Zahlenfolge zum Beispiel auf einer Homepage im World Wide Web publik zu machen – als würde man auf dem Marktplatz umsonst Sicherheitsschlösser verteilen, für die nur man selber den Schlüssel besitzt.

Unter einer Windows-Oberfläche wie dem PGP-Manager lassen sich die verschiedenen öffentlichen Schlösser (etwas mißverständlich auch „öffentliche Schlüssel" genannt) leicht verwalten. Textnachrichten werden durch Mausklick (auf „encrypt") und vor den Augen des Benutzers zu einem unentzifferbaren Zeichensalat verarbeitet und – hat man testweise den eigenen öffentlichen Schlüssel verwendet – durch einen zweiten Klick (auf „decrypt") ins Dasein als lesbarer Text zurückgeholt. Nur direkt versenden kann man die verschlüsselte Nachricht noch nicht. Sie muß noch per Hand ins E-Mailfenster exportiert werden, was aber auch kein großer Aufwand ist.

Zur Beruhigung: Auch wenn PGP-Erfinder Phil Zimmermann jahrelange vom FBI observiert wurde – konkrete Pläne, den privaten Gebrauch von sicheren Verschlüsselungstechniken wie PGP unter staatliche Aufsicht zu stellen – wovon in einschlägigen Newsgruppen geraunt wird –, gibt es zumindest in Deutschland nicht.

Ellis Huber, Präsident der Berliner Ärztekammer, macht Vorschläge zur radikalen Veränderung des Gesundheitssystems und glaubt an die bevorstehende Revolutionierung der Medizin. Mit ihm sprachen ■ **Dorothee Winden und Ute Scheub**

Das Krankenhaus – ein Ort der Schönheit



Krankes Gesundheitswesen

Das deutsche Gesundheitssystem sei schwer krank, diagnostiziert Ellis Huber, Arzt und Präsident der Berliner Ärztekammer, in unserer heutigen Folge der Serie „Zukunftsvisionen". Die Schuld daran gibt der alternativ orientierte Gesundheitspolitiker in erster Linie den Ärzten selbst. Hubers These: Ein gutes Gesundheitssystem ist gleichzeitig preiswert. Statt ständig Beiträge zu erhöhen, müßten die Politiker den Mut finden, dem Gesamtsystem eine Radikalkur zu verordnen.

Dr. Ellis Huber (46) studierte in Freiburg Medizin, arbeitete als Krankenhausarzt und wurde zum Mitbegründer der alternativen Gesundheitsbewegung. 1980 und 1981 organisierte er in Berlin die „Gesundheitstage" als Gegenveranstaltung zu den „Ärztetagen", danach arbeitete er als grüner Gesundheitsstadtrat in Berlin-Wilmersdorf und -Kreuzberg. 1987 wurde er als Spitzenkandidat der „Fraktion Gesundheit" mit einer Stimme Mehrheit zum Präsidenten der Berliner Ärztekammer gewählt und 1991 und 1995 im Amt bestätigt. Die Ärztekammer von Berlin ist bundesweit die einzige, in der alternativ orientierte Mediziner die größte Fraktion bilden. *Foto: Wolfgang Borrs*

taz: *Stellen Sie sich vor, Sie seien ernsthaft krank. Würden Sie freiwillig in ein Krankenhaus gehen?*

Huber: Nein. Ich würde zunächst überprüfen, ob ein Klinikaufenthalt überhaupt nötig ist. Wenn ja, würde ich in das Krankenhaus gehen, das die größte Patientenfreundlichkeit aufweist.

Das setzt ein Wissen über vertrauenswürdige Ärzte aus, das Normalbürger nicht haben.

Zugegeben. Deswegen arbeitet die Ärztekammer Berlin mit der Stiftung Warentest zusammen im Versuch, mehr Transparenz im Hinblick auf Qualität und Leistung der Krankenhäuser herzustellen. Wichtiger als das Handwerk der Operateure ist meist die Beziehungsfähigkeit der Ärzte. Das Produkt Gesundheit ist eine gemeinsame Leistung von Arzt und Patient. Die Beziehung ist das, was am stärksten heilt. Medikamente und Apparaturen sind sekundär.

Wie sähe das Krankenhaus der Zukunft aus?

Es ist ein Raum, der Schönheit, Geborgenheit, Ruhe, Schutz bietet, ein geselliger, besinnlicher, kommunikativer Ort. Nicht die Bettenbelegung steht in seinem Zentrum, sondern das Heilen von Menschen. High-Tech ist selbstverständlich, aber nicht Selbstzweck.

Und wie sähe das Gesundheitssystem der Zukunft aus?

Das Gesundheitssystem hat die Wunden zu heilen, die der Kapitalismus schlägt. Ein aggressives Wirtschaftsgefüge wie der Kapitalismus braucht ein sozialintegratives Ausgleichssystem.

Vor 150 Jahren entwarfen die naturwissenschaftlichen Mediziner das Weltbild einer Lebensmaschine, das sich dann weltweit durchsetzte. Diese Medizin ist erfolgreich bei der Lebensrettung, aber völlig hilflos bei chronischen Krankheiten und funktionellen Störungen. 30 bis 70 Prozent der Patienten haben funktionelle Störungen, psychosomatische Probleme, die man mit dem Konzept einer funktionsfähigen Körpermaschine nicht erklären kann.

Gegenwärtig entwickelt sich jedoch eine Art Relativitätstheorie der Medizin, die das Gesundheitswesen so revolutionieren wird wie Einsteins Relativitätstheorie die Physik. Heilkunst wird dann nicht mehr bedeuten, körperliche Reparaturprozesse in Gang zu setzen, sondern ein aus dem Gleichgewicht geratenes Wechselverhältnis von Körper, Persönlichkeit und Kultur neu auszutarieren. Man kann mit Placebos auch Krebsmetastasen wegbekommen. Es gelingt nicht regelmäßig, aber es gibt Zehntausende von nichterklärlichen Heilungen unheilbarer Krankheiten. Es gibt kränkende Kräfte und heilende Kräfte. Gesundheit oder Krankheit sind momentane Ausdrucksform eines kommunikativen Netzwerkes. Die Europäer haben in den letzten 150 Jahren leider nur Krankheiten bekämpft, statt gesundheitsfördernde Kräfte zu stärken.

Derzeit entwickelt sich eine Art Relativitätstheorie der Medizin

Die Menschen werden immer älter. Steigen damit nicht zwangsläufig die Gesundheitskosten?

Daß die alten Menschen schuld seien, wird von interessierter Seite ständig behauptet. Die Regel im Alter aber ist: gesund mit Zipperlein. In Schweden, das Deutschland im demographischen Aufbau ein paar Jährchen voraus ist, beträgt der Einfluß der Alterskrankheiten auf die Kosten im Gesundheitswesen nur 0,2 bis 1 Prozent der Krankenkassenbeiträge.

In Deutschland herrscht das öffentliche Bild vor: die Alten rauben die Kassen aus.

Das ist schlichtweg Quatsch. Die Alten werden zunehmend Opfer von Gewinninteressen. Pseudomedikamente werden entwickelt, die die Einsamkeit im Alter verbrämen sollen. Gingkobaumextrakte sollen die Durchblutung fördern, obwohl jeder weiß, daß soziale Durchblutungsförderung wirksamer ist. Allerdings brauchen viele alte Menschen ihre täglichen Tabletten, um ihren Tag zu strukturieren. Die Medizin nutzt ihre soziale Not aus und betreibt ihre künstliche Verkrankung.

Ein Großteil der Krankenversicherungskosten eines Menschen fällt in dessen letzte zwei Lebensjahre, egal ob er 65 oder 85 ist, die werden plötzlich teuer. Der 65jährige ist dabei noch teurer als die 85jährige, weil man die 85jährige eher sterben läßt und den 65jährigen mit allen verfügbaren Apparaten rettet. In diesen Kosten sind also auch Apparatkosten für die künstliche Lebensverlängerung gegen den Willen der Betroffenen enthalten. Wenn man mit alten Menschen darüber

spricht, wie sie ihr Leben beenden wollen, sagen die meisten: nicht mit Schläuchen auf einer Intensivstation, sondern zu Hause. Ich will nicht reanimiert werden, wenn mein Herz stehenbleibt. Wenn die Medizin das ernst nehmen würde, sänken manche Kosten.

Damit setzt man sich sofort dem moralischen Vorwurf aus, das Leben nicht genügend zu schützen.

Deutschland tötet im Straßenverkehr doppelt bis dreimal soviel Kinder wie Holland. Viele europäische Länder messen dem Kinderschutz – und Unfälle sind die häufigste Todesursache für Kinder zwischen vier und zehn – viel mehr Bedeutung bei als wir.

Wir erleben derzeit wieder einen heftigen Verteilungskampf innerhalb der Ärzteschaft. Gerade engagierte Hausärzte sind von Praxisschließung bedroht, weil die Honorare für „sprechende Medizin" ständig sinken. Die Honorare, die qua ärztlicher Selbstverwaltung in den Kassenärztlichen Vereinigungen festgelegt werden, kommen vor allem den Apparatmedizinern zugute. Was tun?

Das heutige Gesundheitssystem gleicht dem Wachstum von Krebszellen: Jedes Einzelteil versucht auf Kosten des Ganzen zu wachsen und reißt aggressiv alle Ressourcen – Nährstoffe oder Geld – an sich. Die verschiedenen Fachgruppen der Ärzteschaft müssen aus dem Konkurrenzkampf um Pfründen aussteigen. Wenn sie das nicht tun, werden sie noch schlimmer leiden müssen, und das geschieht ihnen dann auch recht.

Wer hätte denn die titanische Kraft, das Honorarsystem, überhaupt das ganze Gesundheitssystem umzubauen?

Die Politik muß die Kassen und die Ärzte dazu zwingen. Jeder Betriebswirt weiß, daß im Dienstleistungsgewerbe die Leistung klar definiert werden muß, bevor man Preise festlegt. Das fehlt im gesamten Gesundheitssystem. Es ist keine Leistung, die Anzahl der Gelenkoperationen um tausend Prozent zu steigern. Das ist ein Verdinglichungsprozeß. Man hat die Leistung eines Heilkundigen übertragen auf sein Instrument. Das ist, als wollten Sie einen Zimmermann nach der Zahl seiner Hammerschläge bezahlen.

Wie kommt man aus diesem Verdinglichungsprozeß heraus?

Man muß den Arzt als Person bezahlen. Zwei Dinge machen die Leistung eines Arztes aus: die Beziehungsfähigkeit, die Art, wie er Geborgenheit, Vertrauen, Sicherheit vermittelt. Zweitens die hochkreative Fähigkeit, das Leben von Patienten so zu verändern, daß sie mit ihrer Krankheit zurechtkommen: Gespräche mit Angehörigen führen, einen Handwerker zuziehen, der die Wohnung behindertengerecht umbaut, eine Selbsthilfegruppe finden.

Wie kann man das in einem Honorarsystem abbilden?

Wenn ein Patient einen Arzt wegen seiner Beziehungsfähigkeit zu seinem Hausarzt oder Vertrauensarzt kürt, dann sollte sich das in einer Pauschale niederschlagen, die gegenwärtig etwa 50 Mark im Quartal betragen könnte, egal ob er den Doktor braucht oder nicht. Der Vorteil der Kopfpauschale ist auch, daß die Ärzte die Zahl der hier lebenden Menschen nicht künstlich erhöhen können. 80 Millionen Menschen mal 50 Mark im Quartal ist eine klare und begrenzte Größe. Zweitens würde ich den Zeitaufwand eines Arztes bezahlen, egal ob er Gespräche führt oder das EKG anschaltet. In heutigen Preisen wären das etwa 100 Mark pro Stunde. Auch dieses Honorarsystem hat einen natürlichen Deckel von allerhöchstens 24 Stunden am Tag. Als Kontrollmaßnahme könnte man die Patienten bitten, die Zeitabrechnung eines Arztes gegenzuzeichnen. Wenn ich jetzt 50 Mark pro Quartal und Patient plus 100 Mark Stundenhonorar über die vorhandenen 110.000 Vertragsärzte in Deutschland stülpe, dann komme ich zu einem Honorarvolumen, das mit dem heutigen in etwa identisch ist.

Haben Sie da nicht sofort die Apparatmediziner gegen sich?

Sicher. Aber hier hätte man die Möglichkeit, die Investitionskosten für ein Röntgengerät von den Bedienungskosten zu entkoppeln. Es wäre sogar vernünftig, wenn ein in der Region stehender Röntgenapparat von verschiedenen Ärzten benutzt werden könnte. Der Träger dieses Apparats würde anders finanziert als die Benutzer. Die Investition würde optimiert, der Röntgenarzt würde als Person bezahlt, damit würde das Gesamtsystem billiger.

Wenn Menschen ein fixes Gehalt bekommen, macht sich schnell Beamtenmentalität breit.

Nein, da kommt ein leistungsbezogenes Gehalt von rund 200.000 Mark vor Steuer pro Jahr raus.

Das wird manchen nicht reichen.

Wer Millionär werden will, soll mit Häusern spekulieren oder Ölquellen anbohren.

Wäre es nicht möglich, in einem Teil Berlins modellhaft ein neues Honorarsystem zu erproben?

Ich habe den Krankenkassen und Politikern empfohlen, Berlin in seiner finanziellen Notsituation als Chance zu begreifen. Die Krankenkassen, die Gesundheitssenatorin und ihre Verwaltung, die Kassenärztliche Vereinigung, die Ärztekammer und die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände müßten sich gemeinsam verpflichten, einen verantwortlichen Aufsichtsrat für das vernetzte Gesamtunternehmen Gesundheit in Berlin zu bilden. Berlin hätte das Potential für eine Neuorientierung der Medizin. Es tut was für die Republik, es ist Brennglas für die positiven und negativen Seiten des Landes. Mit der Hausbesetzerbewegung in den 80er Jahren ertrug Berlin die Schäden, die pietistische Eltern in Schwaben angerichtet haben. Berlin versorgt die Aidskranken, die in Isny nicht leben können, weil sie dort diskriminiert werden – 20 Prozent der Aidskranken Deutschlands leben hier. Ich habe in meiner Verzweiflung der AOK angeboten, in deren Geschäftsführung einzutreten und sie sanieren zu helfen. Die Arbeitgeber dieser Stadt haben das massiv und aggressiv verhindert. Wenn nur eine Krankenkasse mit der Ärztekammer zusammen die Verhältnisse anpacken würde, könnten wir das Berliner Gesundheitssystem revolutionieren.

Der AOK steht doch finanziell das Wasser bis zum Hals. Warum zieht die nicht mit?

Ich habe den Eindruck, daß die AOK ein maroder Funktionärsapparat ist, der keine innere Orientierung mehr besitzt und die positiven Energien einzelner Mitarbeiter systematisch zerstört. Die Organisation ist nicht selbstbewußt genug, die moderne Gesundheitskasse in die Praxis umzusetzen und ein radikal verändertes Honorarkonzept zu vertreten. Es fehlt der Mut in den Institutionen, die bewegliche Wand unserer Gesetzesnormen mal auszutesten, die eigene Freiheit wieder zu spüren.

Beziehung ist das, was am stärksten heilt. Medikamente sind sekundär.

Gibt es eine spezifisch deutsche Krankheitskultur? Sind wir Deutschen anders krank als andere?

Wir Deutschen sind zwanghaft, haben eine eher depressive Seite und eine romantisierende Ader. Ein englischer Allgemeinmediziner bemerkte einmal, er erkenne die Nationalität seiner Patienten an ihren Bedürfnissen. Die Deutschen fühlten sich immer dann gut behandelt, wenn sie an Apparate angeschlossen würden. Wir haben offenbar einen fatalen Hang nach Fremdbestimmung und Fremdsteuerung. Das drückt sich auch im deutschen Chefarztsystem aus, das feudale Abhängigkeit schafft und in der Biographie von Ärzten Unterwürfigkeit und Unfähigkeit zur Autonomie züchtet. Sie werden zu willfährigen Soldaten, die als Mediziner den Körper kolonialisieren und sich freiwillig einem gigantischen Profitsystem unterwerfen. Wir Deutschen haben mehr Krankheiten, die mit inneren Verkrampfungen zusammenhängen. Und unsere romantische Ader drückt sich in vermehrten Herzproblemen aus. Den niedrigen Blutdruck gibt es als Krankheit nur hier, andernorts heißt er „German disease".

Die lebenslustigen Franzosen haben es eher an der Leber, nirgendwo werden mehr Leberschutzpräparate verkauft. Die höchste Lebenserwartung in Europa erreicht die griechische Bevölkerung, obwohl sie gleichzeitig das billigste Gesundheitssystem hat. Auch daraus wird deutlich, daß Heilkunst eine soziale Wissenschaft ist.

Anschläge gegen die Bahn - alles nur Provokateure?
oder
CastorgegenerInnen nehmen Gefährdung von Menschen in Kauf?

Offene Fragen an die BI Lüchow-Dannenberg und Andere

Hallo Wolfgang, BI-ler, Graswurzler und Greenpeace, liebe Castor-GegnerInnen, sehr geehrte Damen und Herren von der Presse,
in den letzten Wochen war einiges von Euch zu hören und zu lesen, im Fersehen bei Kontraste oder auch in der Zeitung; "Atomgegner falsch beschuldigt", heißt es in der Frankfurter Rundschau (9.Nov. 96) - "Distanzierung" bei Kontraste, die "Gefährdung von Menschen" überhaupt und bei Greenpeace in der taz (20.Nov). Es geht einmal wieder um Anschläge und Gewalt, den Verfassungsschutz, um Erpresser und Provokateure und natürlich um den Castor.

Um es vorweg gleich noch einmal klarzustellen:

Autonome und linksradikale Anti-Castor-Gruppen haben den Anspruch, daß bei militanten Aktionen keine Menschen körperlich zu Schaden kommen. Daß bei über 250 Anschlägen niemand verletzt wurden, ist kein Zufall, sondern liegt im wesentlichen am verantwortungsvollen Umgang der militanten Gruppen. Daß es nun zu einem ersten Unfall gekommen ist, bei dem ein Lokführer verletzt wurde, finden wir sehr bedauerlich. Wir nehmen diesen Vorfall sehr ernst und wollen wissen wie es zu dazu kommen konnte. Nach einer genaueren Aufklärung und Analyse sind für alle aus dem Geschehen praktische Konsequenzen für weitere Anschläge zu ziehen.

Es ist lobenswert, daß Ihr - Leute aus der BI Lüchuw-Dannenberg - Eure Rolle als SprecherInnen eines Teiles der Anti-Castor-Bewegung bzw. der Anti-AKW-Bewegung nutzt, um gegen die neuerliche Kampagne des Verfassungsschutzes "zur Diskreditierung der Atomkraftgegner" das Wort zu erheben. Auch wir finden es sehr wichtig, daß sich die Anti-Castor-Bewegung von den Taten einiger Bahnerpresser abgrenzen muß, die meistens gerade auf die Gefährdung von Menschen abzielen.
Bei Euren Klarstellungen und Vorwürfen gegen die Staatsschutzkampagne ist uns allerdings sehr aufgestoßen, gegen wenn Ihr dabei gleichzeitig noch ausholt. Ihr schützt zwar Eure Politik gegen die Diskreditierung, stellt aber einen erheblichen Teil des Widerstandes, nämlich den militanten, in die Ecke von Erpressern und Provokateuren.
Die gleiche Scheiße im neuen Aufguß: Zum letzten Castor-Transport ins Wendland hattet ihr die Militanten allesamt als Polizei-Provokateure entlarvt. Heute sind alle Anschläge gegen die Bahn nur von Provokateuren, denn "wie einfach ist es für Provokateure, einen Anti-Atom-Aufkleber zu hinterlassen." Was bezweckt ihr mit Euren Konstruktionen? Uns ist von keinem Erpresser bekannt, daß er bei seinen Taten einen Anti-Atom-Aufkleber hinterlassen hat! Wieso auch sollte ein Erpresser von seiner Absicht ablenken, er will ja schließlich die Bahn erpressen.
Zu einer größeren Serie von Hakenkrallen in Oberleitungen Anfang Oktober gab es ein mehrseitiges Schreiben "autonomer Gruppen", einen "offenen Brief an die Anti-AKW-Bewegung". Wir fanden die Erklärung sehr spannend und fänden es gut, wenn Ihr Euch einmal inhaltlich dazu äußern würdet, anstatt Euch (immer wenn es in der Presseöffentlichkeit gerade heikel wird) vom militanten Widerstand zu distanzieren oder schlimmer noch ihn als nicht existent zu erklären. Was haltet ihr eigentlich von der Politik der Deutschen Bahn AG, einem der wichtigsten Standbeine der Atommafia in der Entsorgungsfrage, um den es ja bei den ganzen Anschlägen geht?

Ihr solltet aber auch zur Kenntnis nehmen, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Anti-Castor-Bewegung vor und am Tag X zu Militanz und militanten Aktionen einen positiven Bezug hat. Die Terminverschiebung des nächsten Castortransports ins Wendland hängt doch offensichtlich auch mit den militanten Aktionen der letzten Wochen in der gesamten BRD zusammen.
Eure Distanzierungen bringen der Anti-Castor-Bewegung überhaupt nichts! Ihr redet damit eine Spaltung des Widerstandes herbei, die dem Staat und der Atommafia gerade recht ist. Eure Trennung von *guter* Militanz, der "gewaltfreien" Sabotage direkt am Gleis vor dem Verladekrahn "mit offenem Gesicht" und *schlechter* Militanz, der "gewalttätigen" Sabotage, weil vermummt und überall praktiziert, halten wir für Unsinn und ist doch letztlich blanke Theorie. Sie geht vor allem an den deutschen Realitäten von Widerstand und Repression vorbei, außerhalb des Wendlandes ist doch die *gute* Militanz ohne größere repressive Konsequenzen für den einzelnen gar nicht möglich. Und der Castor rollt eben überall durch Land! Ihr solltet Euch nich zu einer Instanz erheben, die meint, sie wisse, was in der Anti-Castor- und Anti-AKW-Bewegung praktisch wie inhaltlich das Richtige ist.

Wir bleiben dabei: Der Atommafia das Handwerk legen - lebendig und militant!

autonome Gruppe Hakenkralle

PS. Noch eine kurze Bemerkung an Lou Marin und die graswurzelrevolution 213: Bevor ihr die "autonomen Gruppen", und ihre Aktionen von Anfang November als arrogant und belehrend bezeichnet, solltet ihr doch erst einmal die Erklärung (u.a. Anti-Atom-Aktuell) dazu lesen und euch nicht einfach auf die Satzfetzen in der Jungen Welt beziehen.
Gruppen, die ihren Beitrag gegen die Castor-Transporte einbringen und eine Diskussion um Anti-AKW-Politik wollen, vorzuwerfen, sie würden auf den fahrenden Zug der Bewegung aufspringen, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Für folgenden Text können wir nicht garantieren, daß er dem genauen Wortlaut entspricht, da das zugesandte Schreiben kaum zu entziffern war.

Gegen Castortransporte und Deutsche Bahn

Wir haben in der Nacht vom 22.10 auf den 23. 10. 96 einen Anschlag auf die Bahnstrecke Bremen - Hamburg verübt. Dabei wurde der Lokführer Udo H. verletzt.

Wir wenden uns mit diesem Brief an alle, die gegen die Atomwirtschaft und ihr "Entsorgungsprogramm" Widerstand leisten, egal ob gewaltfrei oder anders. Und wir wenden uns auch an diejenigen, die sich dadurch betroffen fühlen, insbesondere an den Lokführer, der verletzt worden ist.

Letzteres ist uns wichtig, weil wir mit unserer Aktion natürlich keinen Unbeteiligten verletzen/gefährden wollten und dies auch nicht in Kauf nehmen, aber dazu später.

Wir übernehmen hiermit die Verantwortung dafür, wollen uns inhaltlich den vorangegangenen Erklärungen anschließen und hier nur konkret auf die Umstände eingehen, die zu dem Unfall geführt haben. Wir halten das für politisch notwendig und angemessen. Wir haben in der Nacht zum 23. 10. 96 einen Wurfanker auf die Oberleitung an der Bahnstrecke Bremen - Hamburg plaziert. Es ist eine Hauptverkehrsstrekke, die an dieser Stelle zweigleisig ist. Aus den Medien wissen wir, daß ein ICE mit seinem Stromabnehmer den Wurfanker erfaßt hat und die Oberleitung, bis er zum Halten kam, "planmäßig" herunterriß. Wenn die weitere Darstellung stimmt, ist gleichzeitig ein Güterzug an derselben Stelle auf dem anderen Gleis entgegengekommen. Ein herunterstürzendes Eisenteil oder ein Porzellanisolator soll dabei das Fenster der Lok des Güterzuges durchschlagen haben, wobei der Lokführer durch Glassplitter - zum Glück nur leicht - im Gesicht verletzt wurde und sicherlich einen heftigen Schock erlitten haben wird.

Wir gehen trotz der widersprüchlichen Darstellung in den Medien davon aus, daß es sich tatsächlich um einen Unfall handelte, obwohl wir nicht ausschließen können und wollen, daß die Bahn/ Polizei einen Unfall inszeniert hat oder den Zug wissentlich in den Anschlagsbereich hat hineinfahren lassen, um einen Unfall zu provozieren. Schließlich gehören gezielte Diffamierungen, Verdrehungen oder Lügen genauso wie sogenannte Counterinsurgency-Operationen zum Verhaltensrepertoire all derjenigen, die den politischen Widerstand in der BRD und woanders am liebsten mundtot machen würden.

Wir sind bisher davon ausgegangen, daß bei Aktionen mit Wurfankern, die von dem Stromabnehmer der Lok erfaßt werden und die Oberleitung herunterreißen, Menschen - Passagiere und Lokführer - nicht gefährdet werden können. Bezogen auf den etwaigen Zug, welcher in den Wurfanker hineinrasselt, stimmt dies auch nach wie vor.

Dennoch haben wir einen Fehler gemacht, weil wir diese eine Möglichkeit, daß sich nämlich zeitgleich zwei Züge an der Stelle, wo der Wurfanker plaziert ist, begegnen, nicht ausreichend bedacht haben.

Zwar sind Güterzüge nicht im Fahrplan erfaßt und damit nicht einkalkulierbar, trotzdem hätten wir den Unfall vermeiden können, wenn wir vorsorglich auch auf der Gegenstrecke plaziert hätten, um zu verhindern, daß sich die beiden Züge begegnen, s. u.

Jetzt ist zum ersten Mal der Fall eingetreten, daß ein Unbeteiligter verletzt wurde. Wir bedauern es sehr und entschuldigen uns bei dem Lokführer, dem wir hiermit auch wünschen, daß er keine langwierigen Konsequenzen zu erleiden hat.

Diejenigen, die hier militant Widerstand leisten, werden schon lange als menschenverachtende Monster diffamiert, die den Tod von Unbeteiligten für ihre Ziele in Kauf nehmen. Der Unfall vom 23. 10. 96 scheint dafür natürlich "der beste Beweis". Dies ist aber ein Ablenkungsmanöver derjenigen, die wissentlich und geplant den tausendfachen Tod von Menschen in Kauf nehmen, um ihren Profit und ihre Herrschaftsinteressen abzusichern.

Wir haben die Aktion gemacht, um von uns aus einen Beitrag dazu zu leisten, der deutschen Atomwirtschaft (Stromkonzerne, nukleare Servicebetriebe, PolitikerInnen, die das Atomprogramm finanzieren, Wachschutz und ...eben auch Transportunternehmen wie die DB) ein reibungsloses Arbeiten unmöglich zu machen und auch um die Möglichkeiten des Widerstands dagegen sichtbar zu machen.

Unser Widerstand richtet sich gegen die Deutsche Bahn AG und nicht gegen die Menschen, die zufällig bei ihr arbeiten.

Wir werden unsere Konsequenzen aus diesem Unfall ziehen.

Menschenverachtend und gewalttätig sind nicht wir, sondern die Polizei, die die Castor-Transporte militärisch durchsetzt, die PolitikerInnen, die das anordnen, die Atomwirtschaft, die ihre Meiler trotz zahlreicher Unfälle weiterbetreibt und neue bauen will, und eben auch die Bahn, die die Atomtransporte durchführt und dabei tatsächlich den Tod von (unbeteiligten) Menschen in Kauf nimmt.

Wir werden weiterhin gegen die menschenverachtenden Verhältnisse kämpfen, mit allen notwendigen Mitteln. Und wir wollen weiterhin alle dazu ermutigen, sich diesem politisch-wirtschaftlichen System in den Weg zu stellen.

Nicht nur in Gorleben, nicht nur gegen Atomkraft - gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung, gegen die kapitalistische Verwertungslogik, gegen jede Form von Unterdrückung.

Wir fordern alle dazu auf, aus diesem Unfall zu lernen. Trotzdem halten wir Aktionen mit Wurfankern weiterhin für durchführbar und effektiv, ohne Menschen zu gefährden, wenn folgendes beachtet wird:

Der Fall eines entgegenkommenden Zuges kann beispielsweise dadurch ausgeschlossen werden, daß dieser durch einen zweiten Wurfanker rechtzeitig gestoppt wird.

Wir empfehlen daher, bei mehrgleisigen Strecken in einer Entfernung von ca. 3 km in Fahrtrichtung auf der zweiten Seite einen anderen Wurfanker zu plazieren.

Im Anschluß wollen wir aus unserer Sicht noch auf zwei andere Dinge hinweisen.

Zum einen wollen wir davon abraten, Wurfanker von Brücken zu plazieren, da das Risiko, dabei erwischt zu werden, inzwischen zu hoch geworden ist. Brücken sind leicht zu überwachen!

Zum anderen appellieren wir an alle, beim Einkauf der nötigen Utensilien allergrößte Vorsicht walten zu lassen!!

In diesem Sinne
AUGEN AUF UND WEITER SO

Wenn die Nacht am tiefsten, ist der Tag am nächsten

Ich schreibe euch aufgrund der Anfrage an eure LeserInnen in der Interim 397. Zuerst will ich etwas zu dem Abschnitt zur radikal sagen, und dann zu eurer Sinnkrise. Zumindest beim ersten Teil bitte ich um Veröffentlichung, denn ich meine ihn als Gegendarstellung.

Auf S.16 schreibt ihr:

"Ein weiterer Auslöser unserer Diskussionen sind die Ereignisse rund um die radikal. Dort wurde einfach immer weiter gemacht, bis schließlich dieser nichtdiskutierte schleichende Erosionsprozeß ihnen in dem Moment auf die Füße fiel, als der Staatsanwalt an die Tür klopfte. Die Diskussion um Sinn und Zweck ihrer Zeitung wurde sozusagen von außen aufgenötigt. Dann ist es erstmal zu spät - auch wenn die radikal es geschafft hat, sich wieder aufzurappeln."

Als erstes frage ich euch: woher wißt ihr das alles, bzw. woraus interpretiert ihr das?
Als zweites frage ich mich: was wollt ihr mir und euren LeserInnen damit sagen?

Ihr behauptet einen angeblichen Erosionsprozeß, der durch die Repression *auf die Füße fiel*. Mal angenommen es wäre so, was hätte die Schwäche einer linken Struktur konkret mit ihrer Verfolgung zu tun?
Vielleicht meint ihr mit Erosionsprozeß, daß 1993 eine Fraktion in der radikal aufhörte. Man kann sich ausmalen, daß die Übriggebliebenen danach eben nicht *einfach weitermachen* konnten, sondern sich umorientieren mußten, und sei es nur deswegen, weil weniger Leute mehr Zeit und Kraft in das Projekt reinstecken mußten.
Damals gab es ein Flugblatt, in dem das so drin stand. Demnach könnte das verwanzte Haus in Baar Wanderath im Dezember 93 - sollte er sich so zugetragen haben - die Struktur in einer Phase der Instabilität und Neuorientierung getroffen haben.
Spaltungen in der Linken und innerhalb ihrer Gruppen sind keine Spezialität der radikal. Aber was soll da auf die Füße fallen? Daß weitergemacht wurde, obwohl einige aufgehört haben? Daß das Projekt deswegen nicht infrage gestellt wurde? Daß das Maul zu weit aufgerissen wurde?
Tatsächlich klopfte nicht ein Staatsanwalt an irgendeine Tür, sondern am 13.6.95 fand eine koordinierte Aktion von Innenministerium, BAW, BKA und 9 LKAs gegen den sogenannten Linksterrorismus statt.

Ihr behauptet weiter eine fehlende Sinn-Diskussion in der radikal-Struktur, und diese würde erst jetzt *von außen aufgenötigt*.
Ist nicht eher anzunehmen, daß die Beteiligten an der radikal sehr wohl einen Sinn in ihrer Arbeit sahen, erstrecht wenn sie wegen des Ausstiegs einer Fraktion vermutlich vor genau dieser Frage standen? Auch der AK, eine andere linke Zeitung spaltete sich vor 3 Jahren, und beide Fraktionen sahen einen Sinn darin, einmal den AK und zum anderen die 'Bahamas' weiterzumachen.
Mal angenommen, den Leuten wäre tatsächlich nichts mehr zum politischen Sinn der radikal eingefallen, und sie hätten - der Umkehrschluß - aus Selbstbefriedigung und weil sie sich so toll vorkamen weitergearbeitet: was hat die Perspektive einer linken Zeitschrift mit der Repression zu tun, erstrecht wenn sie so organisiert ist, daß sie sich der Repression zu entziehen versucht?

Große Teile der Linken befinden sich in einer Sinnkrise, offensichtlich auch ihr, wie andere Projekte vor euch. Gerade die, die in dieser sauren-Gurken-Zeit Strukturen aufrecht erhalten, fragen sich immer wieder, wozu und für wen sie das tun. Natürlich ist es schwer in diesen Jahren, die der Reaktion gehören, ausdauernd die eigene Identität zu bewahren und radikale Politik beharrlich zu verteidigen. Dabei spielt die Repression insofern eine Rolle, daß sie dich ganz existenziell mit den Konsequenzen deiner Überzeugung und Taten konfrontiert. Auf die Unsicherheit der Linken setzt sie noch eins drauf, nämlich Angst, Drohung und Knast.
Für von der Repression Betroffene wird es also nochmal schwerer, ihre Identität zu bewahren, aber dabei ist nicht ausgemacht, daß sie sie verlieren. Es ist wie bei Sport und Training: je mehr Hürden du nehmen mußt und dich durchbeißt, desto genauer weißt du warum du das machst, und desto ausdauernder wirst du. Die alternative Erklärung wäre, daß dich die Trainerin oder der Trainer zu immer neuen Leistungen peitscht, und du sie nur bringst, weil du dem Druck nicht standhälst oder irgendwelchen nicht selbst bestimmten Idealen entsprechen willst. Aber über sowas brauchen wir in diesem Zusammenhang hoffentlich nicht reden.

Wenn den Leuten von der radikal seit 1984 Knast droht, gehe ich erstmal davon aus, daß sie wissen was sie tun. Wenn sie sich nach dem 13.6.95 genauer fragen sollten, was sie da eigentlich machen, halte ich das für logisch und verständlich, den das tun in solchen Fällen alle Linken. Daraus oder aus sonstwas zu schlußfolgern, sie würden sich ihre Sinn-Diskussionen von der Repression aufzwingen lassen, ist denunziatorisch. Es bedeutet, daß man sich in seinen Zielen und Perspektiven von der Gegenseite abhängig macht, und genau dies versuchte die radikal mit ihrer verdeckten Struktur zu verhindern.

Eure wenigen Sätze bauen auf der Andeutung von Insiderwissen auf und liefern außer negativen Feststellungen, die niemand überprüfen kann, nichts. Ob bewußt oder unbewußt tragt ihr dazu bei, den

Schergen ihr Geschäft zu erleichtern und das Projekt radikal abzuwickeln.

Jetzt zu euren Zweifeln und Fragen die Interim betreffend:

- Das Konzept eurer Zeitung hat sich meines Erachtens nicht überlebt. Sie lebt von der häufigen Erscheinungsweise, die Aktualität und Diskussionen ermöglicht, die schon monatliche Zeitungen kaum gewährleisten können. Sie lebt (deshalb) auch von der Beteiligung, wie sonst kaum ein linkes Medium. Eine solche Zeitung ist nötig, gerade jetzt, wenn vieles auseinanderläuft und atomisierte Reste eben nur über eine Zeitung in Kontakt und Diskussion treten können.

- Ich finde, ihr solltet weniger nach dem Sinn der Interim fragen, sondern eher danach, ob ihr diese Arbeit (für andere, für die Linke, für euch) noch leisten wollt. Dabei spielt weniger eine Rolle, ob sie nur noch zu 50% in Berlin gelesen wird - hauptsache sie wird gelesen - sondern ob ihr weiter bereit seid, Arbeitskraft für Notwendigkeiten und Ideale zu investieren. Ihr habt oft von einem "Dienstleistungsunternehmen" gesprochen. Dieser Begriff ist für mich ein beknackter Vorwurf an euch, oder er verdeutlicht, wenn ihr ihn euch anzieht, eine Distanz zu diesen Idealen.

- Ihr sagt selbst, daß es keine Alternative gibt. Also könnt ihr auch ruhig sagen, daß ihr momentan das macht, was möglich ist. Viele tun weniger, also warum sich geißeln oder unerreichbare Ansprüche setzen?
Eine Zeitung kann keine "Bewegungen initiieren", höchstens ihr Organ sein. Und wenn ihr mal Zeit und entsprechende Diskussionen habt, dann macht eben ein Positionspapier wie die Arranca und veröffentlicht es. Wozu Konzepte hinterfragen, bloß weil auch ihr nicht mehr leisten könnt oder klar habt wie die radikale Linke im allgemeinen. Wozu sich an anderen Zeitungskonzepten orientieren, wo doch gerade deren Vielfältigkeit den Spiegel der undogmatischen Linken darstellt?

- Wenn ihr Zeit und Lust habt, macht nicht nur gute Titel sondern auch layout, denn das Auge liest mit. Das ist aber keine Frage des Konzeptes. Denn die Leute schicken euch ihre Beiträge in der Form, wie sie sie rüberbringen wollen. Wenn sie Blei ausreichend finden, und wenn das offensichtlich auch viele eurer LeserInnen so sehen, dann ist gut.

- Ihr müßt die Interim nicht "für bessere Zeiten aufrecht erhalten", sondern ihr könnt jetzt euren Beitrag dazu leisten, daß es diese besseren Zeiten mal gibt. Ihr stellt etwas zur Verfügung, ihr setzt politische Schwerpunkte durch die Auswahl der Beiträge, ihr betreibt Aufklärungsarbeit, die gerade in solchen Durststrecken besonders wichtig ist, wenn wir radikale Positionen vor dem Vergessen retten und mehr werden wollen.

- Wenn euch das, was ihr veröffentlicht, nichts mehr sagt, solltet ihr aufhören. Ebenso, wenn die Arbeit euch als persönliches Alibi dient, noch irgendwas wichtiges politisches zu machen, weil ihr ansonsten ahnungslos und entwurzelt seid. Eine Bewegung auf die sich aufbauen ließe gibt es derzeit nicht, und deshalb könnt ihr auch darauf nicht aufbauen. Eure Fragen müßt ihr euch zuerst selbst beantworten.
Unabhängig eurer Motivation und persönlichen Krisen bin ich mir sicher, daß die Interim einen Gebrauchswert hat. Ich lese die Erklärung von Birgit Hogefeld ungekürzt, eine Aktionserklärung oder die Militanzdebatte, recherchierte Beiträge zu internationalen und sonstigen Themen... Das ganze nicht verteilt auf 10 Zeitungen und in einem Monat, sondern in einer und wöchentlich.
Laßt euch nicht runterziehen vom Gemecker derer, die die Interim tatsächlich nur archivieren, in der Regel über 30 sind, oft selber nicht wissen wo's langgeht und sich an Spiegeln abreagieren müssen. Leider ist es auch in unserer Szene üblich, daß weitaus mehr (kleinlich) kritisiert als gelobt wird.

- Wenn es die Interim nicht gäbe, würde sich ein Loch auftun. Wahrscheinlich würden die einen oder anderen wieder mehr Flugis machen, und vielleicht auch einigermaßen verteilen, aber das würde sie nie ersetzen. Auch wenn sie eine reine "Flugblattsammlung" wäre.
Durch eure Existenz verhindert ihr nichts. Wenn andere Leute tatsächlich etwas anderes vorhätten, würden sie es tun. Und wenn ihr sie dabei behindert, würden sie euch darauf anhauen und sagen: das und das haben wir vor, deshalb müßt ihr euch auflösen. Spekuliert nicht über vage Möglichkeiten und Schatten.

- Eine Diskussion über linke Medien ergibt sich nicht darüber, daß die Papiere dazu aufgezählt werden. Die Leute die sie interessiert kennen die Papiere oder werden sie selbständig suchen. Es sind leider wenige, und ich vermute viele davon kommen selbst auf die eine oder andere Art aus der "Öffentlichkeitsarbeit". Vielleicht wirkt sich das radikal-Verfahren irgendwann doch noch dahingehend aus, daß es ein paar mehr werden.

- Der Name ist euer Konzept. Ich finde ihn passend entsprechend der Linken, die sich in einem noch ungewissen Zwischenstadium befindet. Macht euch nicht tot mit überhöhten Ansprüchen.
Laßt sie lieber in euren Vorworten weg, denn dort übertragt ihr sie zuweilen auf andere. Sie waren des öfteren beleidigend und arrogant. Ihr habt die Macht der Auswahl, aber kokettiert nicht damit oder nutzt sie aus. Laßt lieber mal ein Intro weg und macht einmal im Monat oder so was vernünftiges.

Viel Glück und Beharrlichkeit!

Müller

Termine, Termiten & Tellerminen

Donnerstag, den 5.12.96
abends in der „Arena" (Nähe Puschkinallee). „Type-O-Negativ" will spielen, wird aber verhindert!

Freitag, den 6.12.96
20.00 Uhr Lesung im El Locco (Kreuzbergstr. 43)
Angelika Warning liest Ingeborg Bachmann mit Texten, Gedichten und der Erzählung „Alles"
21.00 Uhr (?) Soliparty für Mumia Abu-Jamal mit Filmen zum Thema Todesstrafe in der Köpi 137
21.00 Uhr im Cafe Größenwahn (Kinzigstr. 9 HH)
FrauenLesbenVideoKino mit „Bambule" (Verfilmung eines Theaterstücks von Ulrike Meinhof)

Samstag, den 7.12.96
ab 15.30 Uhr Kaffee und Kuchen im Cafe Größenwahn, mit Film „Der Name der Rose" ab 17.00 Uhr
20.00 Uhr Info- und Diskussionsveranstaltung zu Bevölkerungspolitik im Trikont im El Locco
20.00 Uhr in Neuruppin im JG Mittendrin, R.-Breitscheidstr. 38. Soliparty für Anwaltskosten mit Anschlag aus Brandenburg, Arche Now aus Potsdam, BMK aus Brandenburg sowie Tonnensturz aus Zirkow. Der Solibeitrag beträgt 5.-DM

Mittwoch, den 11.12.96
20.00 Uhr Video im El Locco „Die 19 Kinder des Kamakei - „Bevölkerungsexplosion" am Beispiel Kenia"

Donnerstag, den 12.12.96
17.00 Uhr - Demo ab Hallsches Tor gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung anläßlich der 1. Lesung des neuen Berliner Haushalts im Abgeordnetenhaus

Freitag, den 13.12.96
19.00 Uhr Eine Autorin und zwei Autoren stellen das „KommuneBuch" im El Locco vor
20.00 Film „Gespräche mit verrückten Frauen" OmU im Cafe Größenwahn

Samstag, den 14.12.96
ab 15.30 Kaffee und Kuchen im Cafe Größenwahn mit Film „Yellow Submarine" ab 17.00 Uhr

FrauenLesbenTag im Infoladen OMEGA

ein Treffpunkt für FrauenLesben
jeden Donnerstag von 17-20 Uhr
1x im Monat Filme, Lesungen, Diskussionen, Vokü und was ihr gefällt

WEGEN GROSSER NACHFRAGE: MEHR HERZSCHMERZABENDE MIT VIDEO, COKTAILS UND ESSEN

Do 12.12.1996 um 20.00 Uhr: AN ANGEL AT MY TABLE (OF)

Do 16.01.1997 um 20.00 Uhr: DIE VERSCHWÖRUNG DER FRAUEN

jeden 1. Donnerstag im Monat um 19 Uhr Einführung in die Datenfernübertragung (DFÜ)

Infoladen Omega
Sparrstr.21
13353 Berlin

Tel.: 454 82 207
Fax:: 454 82 208
BBS : 454 82 209

Kleinanzeigen:

Der Schülerladen im Mehringhof sucht einen ehrenamtlichen Nikolaus. Freiwillige melden sich bitte bei uns im Laden oder telephonisch 692 15 38.
Meldet euch bitte möglichst schnell, denn nur einer wird genommen.

Christian Booß
ORB-Klartext

Interim-Anzeige
Betr. Hau weg ...

Was'n los- Christian Booß, ORB-Klartext

Jetzt erhältlich !

We'll never give up

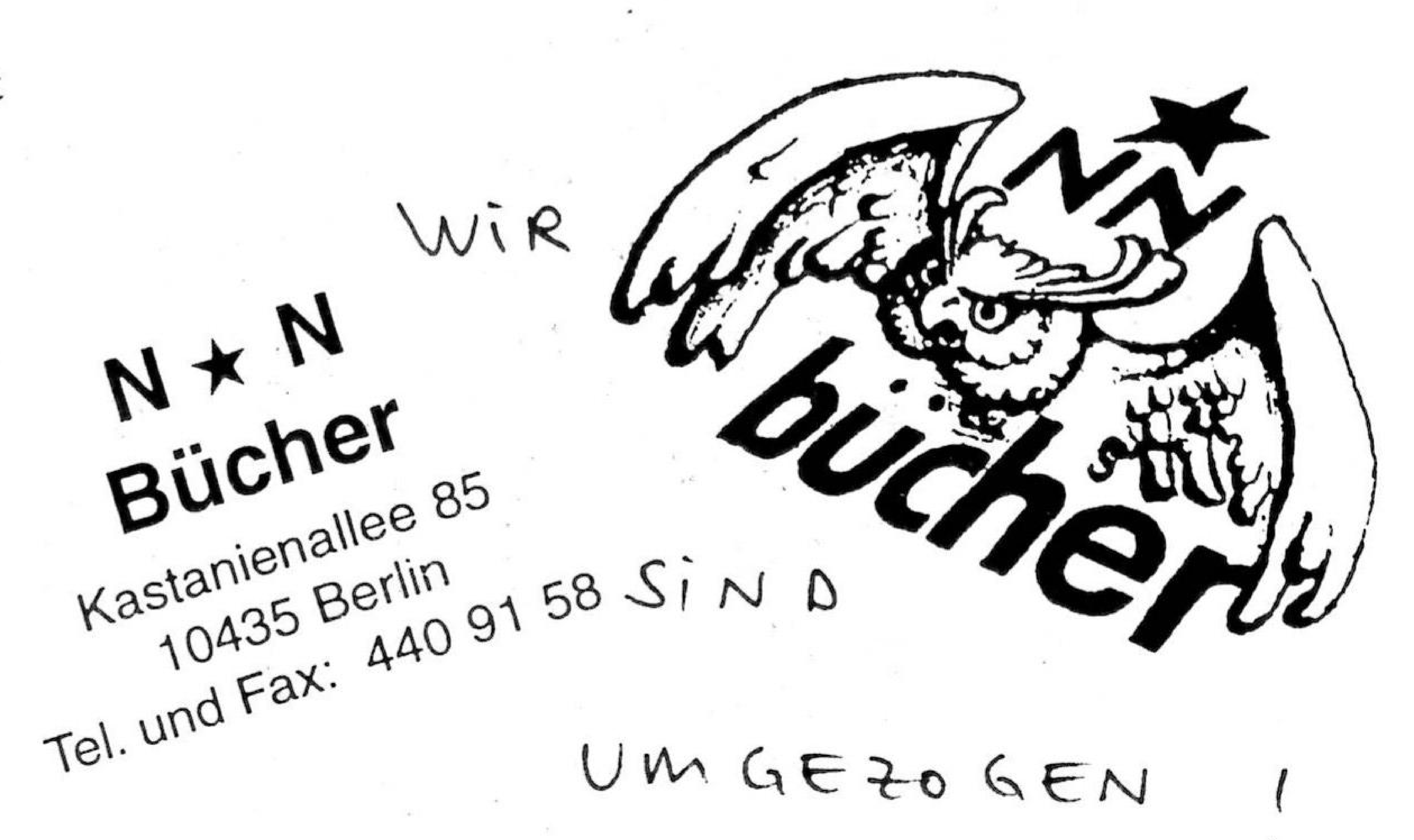
Ergänzungen zur Diskussion um
Aussageverweigerung

November 1996
Broschüre, 32 S.
5,- (incl. 1,- Spende)

HerausgeberInnen:
ZeugInnen-AG der Soligruppen zum 13.06.96

Bestellungen:
Anti-Repressionsgruppe c/o Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57, 48151 Münster
Preise incl. Spende & Versand:
1 Expl. 7,-
5 Expl. 23,-
10 Expl. 43,-
18 Expl. 75,-
ab 19 Expl: 3,-/Expl. + 8,- Versand
(nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)
oder in Buch- und Infoläden





Trommler (29) sucht PUNK(-Crossover)-Band! Utopie: Punkrock/Melodiecore mit Ska-, reggae-,Hip Hop-Elementen, d.h. schnelle, aggressive, melodische vielseitige Mucke. Die Texte sollen schwerpunktmässig dtsch. linxradikal/anarchistisch sein! Wem das (teils) zusagt, ruft mich an: 02533/3351 ! wenn es läuft, zieh ich in eure Stadt!!!

Heute:

Berlin
Der Wochendurchblick

Siemens
Nix mit feiern

radikal
Matthes wieder da

Wurzen
Und jetzt?

und vieles mehr